

Keine Stilllegung! Solidarität jetzt!

Wenn die Produktion im Kali-Werk nach drei Wochen Betriebsferien nicht wieder angefahren wird, droht sehr schnell der technische K.O. für die Grube. Genau das will der Vorstand mit seinem Ultimatum erreichen. Wer ein Werk stilllegen will, sabotiert Aufträge, wimmelt Kunden ab und schafft technische und ökonomische Tatsachen, die das "Aus" unvermeidlich machen. Die Kali-Kumpel haben ihr Werk seit April besetzt, um u.a. dies zu verhindern. Jetzt tritt der Arbeitskampf in ein entscheidendes Stadium. Die Herren Teusch & Co. wollen wieder "Ordnung und Gesetzmäßigkeit" auf dem Werksgelände herstellen. Betriebsfremde Personen (Hungerstreikende) und Werksangehörige, "welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten" (Werksbesetzer), so schreiben sie an den Betriebsrat, sollen das Werksgelände verlassen. Ist das bis Freitag, 20.8., 24 Uhr nicht der Fall, wird die Produktion nicht wieder angefahren. Eine freche Erpressung. Jetzt soll auch noch die Belegschaft für die sowieso beabsichtigte Stilllegung verantwortlich gemacht werden! Die Kali-Kumpel wissen genau und haben dies in den vergangenen Monaten wie jede wirklich im Kampf stehende Belegschaft gelernt: Ohne massiven öffentlichen Druck und eine mächtige Solidaritätsbewegung im Rücken haben sie keine Chance diesen Arbeits- und Existenzkampf gegen einen schier übermächtigen Gegner zu gewinnen. "Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist die Massenbewegung der Solidarität, ist der Schulterschluss der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte...als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So der stv. BR-Vorsitz. Gerhard Jüttemann am 1. August.

Die Kali-Kumpel werden ihre Waffen Werksbesetzung, Hungerstreik und Massenmobilisierung nicht freiwillig aus der Hand geben. Das Verlesen des Ultimatums wurde auf der Belegschaftsversammlung am 6.8. mit Hohngelächter quittiert. Jede Werksbesetzung nimmt dem "Eigentümer" die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Einzig und allein der Vorstand der MdK hat es zu verantworten, wenn er durch seine eskalierende Erpressungspolitik die Belegschaft zwingt, die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung eines technischen K.O.'s selbst zu ergreifen. Diese gutbetuchten Herren haben immer noch nicht begriffen, daß für die Bischofferode die Erhaltung ihres Schachtes bitterer Ernst ist. Sie benötigen etwas Nachhilfe.

Bis zum 17.8. wird die EG-Kartellbehörde in Brüssel ihr Votum zum Fusionsplan abgeben. In Berlin findet am 17.8. um 17 Uhr Unter den Linden eine Solidaritätsdemonstration zum Brandenburger Tor mit anschließender Protestkundgebung vor der Treuhandanstalt statt. Das vom DGB unterstützte Aktionskomitee Thüringer Betriebsräte ruft zu Aktionen des "zivilen Ungehorsams" auf, um Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen zu stoppen. Der ursprünglich für den 4.9. in Berlin geplante Protesttag gegen Treuhand und Regierung wird auf Samstag den 21. August nach Bischofferode verlegt. Die Kali-Kumpel benötigen jetzt wirkliche, praktische und massenhafte Solidarität an ihrem Ort, damit der erpresserische Plan des MdK-Vorstandes durchkreuzt werden kann. Insbesondere die solidarische Unterstützung von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen ist jetzt dringend nötig. Die Betriebsrätekonferenz am Nachmittag des 21.8. wird über das weitere Vorgehen beraten.

Kommt alle zum Aktionstag am Samstag, 21.8., 13 Uhr vor das Werk in Bischofferode!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden. Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann

Stichwort: Kali-Werk

Die Front der Kali-Kumpel bröckelt

Betriebsratsvorsitzender Brodhun drängt auf Streikabbruch und droht mit Rücktritt /
Kumpel wollen
weiterhungern / Kompromiß mit dem Eigentümer oder harte Konfrontation?

Berlin (dpa/AFP/taz) – Rote Fahnen wehten am Wochenende vor der roten Abraumhalde von Bischofferode. Auf Klapptischen wurden Leninbroschüren und Arbeiterliteratur angeboten. Der Betriebsratschef der von der Schließung bedrohten Kali-Grube, Heiner Brodhun, ließ sich bei den fast 3.000 aus allen Teilen der Republik angereisten Leuten nicht blicken. Gestern erklärte er, daß er sich bis zum Wochenende entscheiden wolle, ob er sein Amt niederlegt. „Hobby-Terrorismus“ und die Agitation „Berliner Gruppen“ seien seine Sache nicht – er habe stets für den Erhalt der Arbeits-

plätze in seiner Kali-Grube gekämpft und wolle sich nicht vor einen großpolitischen Wagen spannen lassen.

Aber nicht nur von den unerwünschten Solidaritätsbekundungen fühlt sich der 46jährige enttäuscht. Auch im Betriebsrat selbst gibt es massive Konflikte über die Frage der künftigen Linie – radikal auf der eigenen Position beharren oder mit dem Gegner Kompromisse suchen.

Der Katholik und CDU-Mann Brodhun ist für die weichere Gangart: Als die Mitteldeutsche Kali AG (MdK) letzte Woche ein Ultimatum stellte, entweder den Arbeitskampf zu beenden oder die Grube sofort zu schließen, antwortete er mit einem Kompromißvorschlag. Der MdK-Vorstand willigte ein, daß zunächst weiterproduziert werden kann – dafür dürfen die Herren aus der Chefetage jetzt wieder auf das Gelände der Grube, während Werks-

fremde keinen Zutritt mehr erhalten sollen. Als „Verräter“ beschimpften ihn einige Arbeitskollegen daraufhin, und im Be-

triebsrat wurde die Absprache nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von acht der fünfzehn Mitglieder gebilligt.

Bei der hungerstreikenden Basis in der Kantine ist Brodhuns Position verpönt. Die 15 Männer und fünf Frauen, die dort auf ihren Pritschen ausharren, ließen den Betriebsratschef am letzten Freitag auflaufen, als er einen Abbruch des Hungerstreiks vorschlug. „Es hätte jetzt, nach der EG-Entscheidung über die Prüfung des Fusionsvertrags, keinen günstigeren Zeitpunkt geben können, den Hungerstreik zu beenden, ohne das Gesicht zu verlieren“, meint



Brodhun. Bis zum Votum aus Brüssel würden schließlich noch einige Monate vergehen; Krankheiten, vielleicht noch Schlimmeres seien dann nicht auszuschließen. Aber auch seine Befürchtung, daß die großen Düngemittel- und Kaliumsulfathersteller ihre Bestel-

lungen künftig woanders aufgeben könnten, weil ihnen die Lieferungen aus Bischofferode wegen des Arbeitskampfes zu unsicher würden, beeindruckten die Kumpel nicht. Sie wollen bleiben, wo sie sind – und weiterfasten, bis sie eine feste Zusage für den Erhalt der Grube haben.

Brodhuns Stellvertreter Gerhard Jüttemann ist sauer auf seinen Betriebsratschef, weil der seine Rücktrittsabsichten zunächst der Presse und dann erst seinen Kollegen verkündet hatte. Aber auch inhaltlich ist er nicht dessen Meinung. „Ich glaube nicht, daß man versucht, unseren Kampf zu mißbrauchen“, sagte er am Wochenende. Und so trat er denn auch beim Aktionstag hinter Rednerpult und rief der Menge zu: Bischofferode muß „zum Beginn einer Bewegung werden, die den Arbeitsplatzvernichtern auf die Füße tritt“. Lauter Jubel erhob sich auf dem zum Versammlungsplatz umfunktionierten Busbahnhof, wo neben den Ständen von PDS, einer türkischen Arbeiterföderation und verschiedenen maoistischen und marxistisch-leninistischen Gruppen auch Würstchen- und Bierbuden aufgebaut worden waren.

Gestern nachmittag sollte Betriebsratschef Brodhun in einer Krisensitzung seine Position darstellen. Einen Rücktritt wollen auch seine Gegner im Betriebsrat möglichst verhindern – sie fürchten, daß der Arbeitskampf in der ostdeutschen Kaligrube durch einen offenen Bruch an Kraft verliert. Gewinnen dabei könnte dabei nur die westdeutsche Kali und Salz AG. aje

23.8.73

Aktionstag der Kali-Kumpel:**Arbeiterprotest
oder Klassenkampf**

Von Thomas Wüpper (Bischofferode)

„Ein Hungerstreik ist wie ein scharfes Schwert. Man muß genau überlegen, wie lange man es schwingt. Wir haben damit alles erreicht, was zu erreichen war. Nun sollten wir dieses Schwert aus der Hand legen.“ Heiner Brodhun sitzt niedergeschlagen auf dem abgewetzten Sofa seines Betriebsratsbüros, nimmt einen kräftigen Schluck aus der Bierflasche. Dann hört er kurz auf die Protestreden, die von draußen durchs halbgeöffnete Fenster dringen. Eigentlich sollte er dort stehen, auf der Bühne neben der gewaltigen Abraumphalde aus roter Erde, die den Kalischacht „Thomas Müntzer“ turmhoch überragt. Doch der Auftritt des Betriebsrats-Chefs beim dritten Aktionstag der Kali-Kumpel am Samstag in Bischofferode ist nicht mehr gefragt. „Es heißt, ich sei ein Verräter, ich hätte kapituliert.“ Noch ein Schluck Bier, seine Augen füllen sich mit Tränen, er wendet sich ab: „Da opfert man monatelang jede Minute für den Erhalt der Grube, reist nach Bonn, Berlin, Erfurt, verhandelt und verhandelt, versucht das Beste herauszuholen, und dann muß man sehen, daß hier zunehmend Hobbyterroristen auftauchen und das Sagen übernehmen.“

Brodhun tut keinen Schritt zwischen die knapp 2000 Demonstranten, die aus der ganzen Republik angereist sind. Als sein Stellvertreter Gerhard Jüttemann zu Beginn die Stimmung anheizt und unter lautem Jubel ausruft, Bischofferode müsse zum „Beginn einer Bewegung werden, die den Arbeitsplatzvernichtern auf die Füße tritt“, schaut er einmal kurz vor die Tür des Verwaltungstrakts, horcht über Werkszaun und Straße hinüber zum Busbahnhof, der zum Versammlungsgelände zweckentfremdet wurde. Als Gregor Gysi von der PDS spricht, ist er schon wieder im Büro. Zehntausend kamen noch vor drei Wochen; da fielen die Plakate, Fahnen und Infostände der PDS und KPD, von Marxisten, Spartakisten, Trotskisten oder kurdischen Partisanentruppen noch nicht so ins Gewicht. Heute dagegen wähnt man sich auf einer Versammlung Ewiggestriger. Und Heiner Brodhun ist es alles andere als wohl dabei.

Ein Eichsfelder, kein Revolutionär

Der 46jährige Grubenelektriker, Vater zweier Kinder, seit 30 Jahren im Werk, ist kein Revolutionär. Der „Ur-Eichsfelder“, geboren im nahen Weißenborn und bis heute dort wohnhaft, wurde streng katholisch erzogen. 1970 trat er als Student in die CDU-Blockpartei ein, „um vor der SED Ruhe zu haben“. Das gelang nur teilweise. Zwar setzte er gegen die Parteistrategen durch, daß sein Sohn nicht zur Jugendweihe mußte. Nach der Wende rächte sich der Werksleiter, setzte ihn als einen der ersten auf Kurzarbeit. Brodhun zog die Konsequenz, heuerte im Westen bei AEG an. Eine schwere Zeit. Lange Fahrten zur Arbeit, danach ins Krankenhaus zur Ehefrau, die einen Schlaganfall erlitten hatte. Dann der Ruf der Ex-Kollegen, als Betriebsrat zurückzukommen. Brodhun nahm an, kämpft seither für den Erhalt der Grube. Nicht radikal, sondern mit dem Willen zum Kompromiß, wie er es in der DDR lernen mußte: „Politisch war ich nie pro, aber kontra konnte man nicht sein, sonst landete man in Bautzen.“

Nicht allen paßt dieser Kurs. Bischofferode und der Protest der Kali-Kumpel — Systemgegner jeglicher Couleur haben ihr Symbol für den Wahl- und Klassenkampf gefunden. Die Instrumentalisierung kennt keine Grenzen. Vor einer Woche wollten Neonazis den sechsten Todestag von Rudolf Heß im Eichsfeld feiern. Die Polizei bekam Wind davon, postierte 3000 Beamte in drei Ringen rund um den Schacht, drängte die Rechten, die dafür später ungehindert in Fulda aufmarschierten, ebenso ab wie autonome Linke, die zur Gegendemo nach Bischofferode wollten. Bei solch traurigen Auswüchsen droht das wahre Anliegen der Kumpel unterzugehen.

Heiner Brodhun will keinen Klassenkampf, keinen Hungerstreik, der nur noch politisch ausgeschlachtet wird und seinem Ziel nicht mehr dient: Das Werk vor der Schließung zu retten. Dafür ist er bereit, Kompromisse einzugehen, wenn sie vernünftig sind. Er weiß: Mit dem Hungerstreik ist vorerst nichts zu erreichen. Eine Fortsetzung schadet nur. Die EG-Kommission prüft — viel kritischer als erwartet — die umstrittene Kali-Fusion. Brodhun: „Wird der Hungerstreik ausgesetzt, kann Brüssel die Fusion in Ruhe prüfen.“ Und müßte sich bei einem Veto oder Auflagen nicht sagen lassen, man habe dem Druck nachgegeben.

In langen Gesprächen hat Brodhun bei den Hungernden, die auf Liegestühlen in der Kantine des Werks dahindämmern, versucht, eine vorübergehende Aussetzung zu erreichen, bevor es den ersten Märtyrer gibt. Vergebens. Der Protest hat eine eigene, kaum zu kontrollierende Dynamik erreicht. „Als die EG am Wochenanfang entschied, die Fusion zu prüfen, wäre der richtige Zeitpunkt zur Aussetzung gewesen“, sagt Brodhun. Aber nun?

Ein Spalt im Betriebsrat

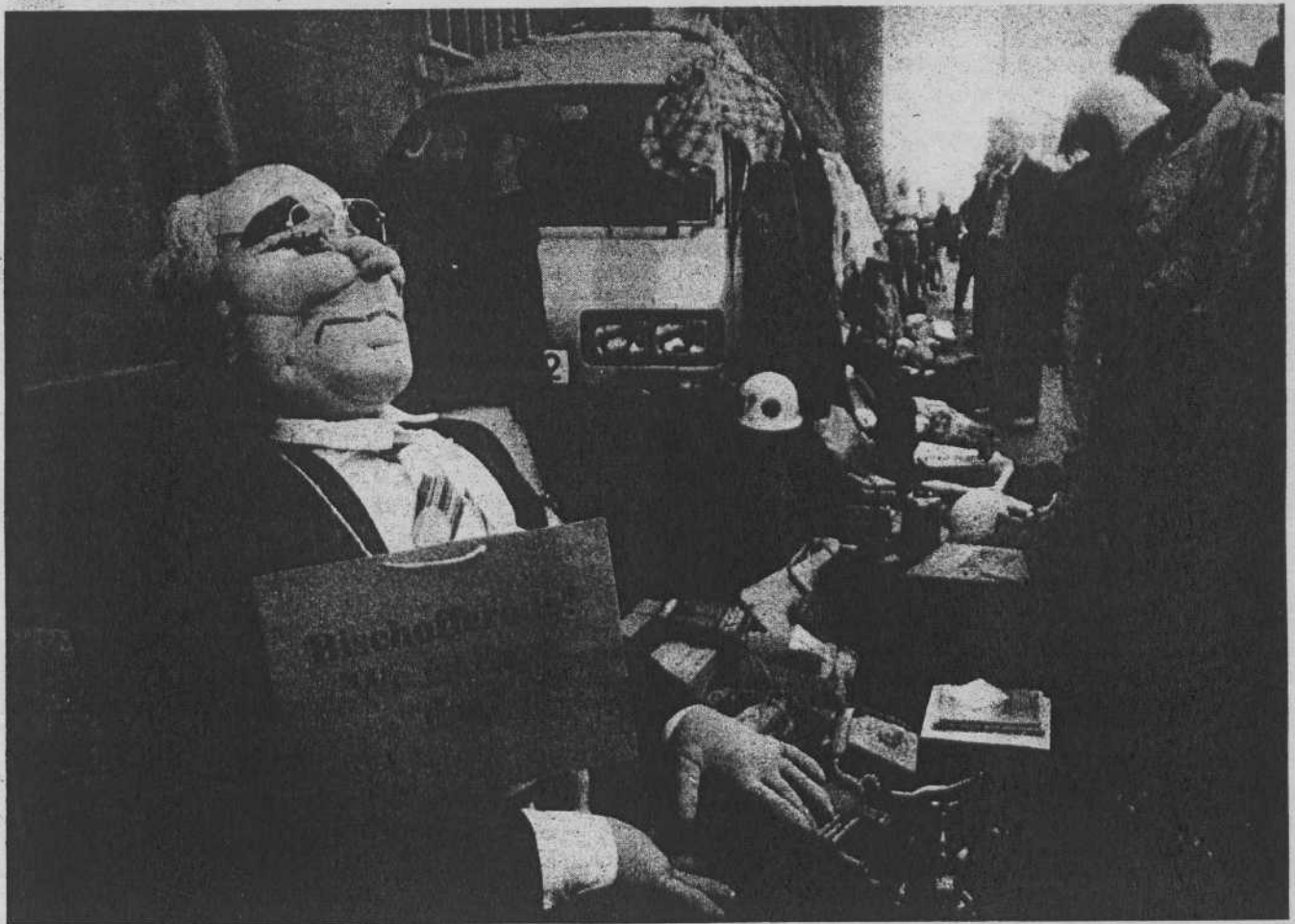
Brodhun gilt nun als Schwächling, als einer, der kapituliert hat. Und als Verräter, seit er dem Ultimatum des MDK-Vorstands, das Werk bis vorigen Freitag von „unbefugten betriebsfremden Personen“ zu räumen, nach Ansicht der „Hardliner“ im Betrieb und drumherum ohne Not zugestimmt hat. „Dabei ist die Vereinbarung ein voller Erfolg“, sagt er und hat, aus seiner Sicht, Recht. Weder müssen die Hungerstreikenden, wie von MDK verlangt, das Sozialgebäude räumen. Noch hat das Unternehmen die Drohung wahr gemacht, die Produktion von heute an einzustellen, was das sofortige Ende der Grube und den Lohnstopp für alle Kumpel bedeutet hätte. Brodhun hat als Gegenleistung zugestimmt, daß der MDK-Vorstand wieder aufs Gelände darf und die Werksbesetzer künftig vor dem Tor stehen. „Aber da standen sie vorher auch schon.“ Trotzdem stimmte der Betriebsrat nur knapp mit acht Stimmen der Vereinbarung zu. Sieben Mann fehlten, darunter Brodhuns Vize Jüttemann.

Das hat die Spaltung der Kumpel vertieft. Einige sind sie sich in ihrem Kampf für den Erhalt des Schachts — aber immer weniger über die Wege und Mittel dazu. Brodhun mag das nicht länger mitmachen. In dieser Woche will er seinen Rücktritt verkünden.

Kali-Kumpel bleiben hart

JW
20.8.93

Bischofferode: Der Hungerstreik und die Werksbesetzung werden fortgesetzt



Ja, wo ist denn Bischofferode? Vor allem: Wer fragt denn da so blöd?

JW-Foto: Gabriele Senft

JW. Die Kali-Kumpel in Bischofferode haben gestern auf einer Betriebsversammlung entschieden, den Hungerstreik und die Besetzung des Werkes fortzusetzen. Das

erklärte der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun. Zuvor hatte der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen mitgeteilt, daß sein Ultimatum vom

Tisch sei und nach den Betriebsferien die Kali-Produktion in Bischofferode am Montag wieder aufgenommen werde. Werksleitung und Betriebsrat hätten sich

geeinigt, den Forderungen des Unternehmensvorstandes nach »Wiederherstellung von Ordnung und Gesetzmäßigkeit« zu entsprechen.

Bischofferode: Die Nerven liegen blank

Berliner
Zeitung
23.8.93

Hungerstreik zum Erhalt der Kali-Grube geht weiter/Aktionstage ziehen Trittbrettfahrer an

Von dpa-Korrespondentin
Simone Rothe, Bischofferode

Hinter dem Schreibtisch ein nachdenklicher Heiner Brodhun. Draußen, vor dem Werkstor der Kali-Grube Bischofferode, Stimmengewirr und Trubel. Doch den Betriebsratschef zieht es nicht zum Kundgebungsplatz mit rund 3 000 Menschen unterhalb er riesigen rötlichen Abraumhalde mit dem Spruchband „Bischofferode lebt“.

Nein, mit dem Aktionstag an diesem Sonnabend habe er nichts zu tun. Derweil dringen Wortfetzen wie „Ihr müßt unbedingt durchhalten“ ins Betriebsratsbüro. Durchhalten im Interesse des Werkes will auch Brodhun: Seit fast einem Jahr legt sich der 46jährige für den Erhalt der

Grube und seine Leute ins Zeug. Inzwischen sind die Rebellen von Bischofferode über Thüringen hinaus bekannt.

Mit dem Druck im Rücken, den die Kumpel mit Werksbesetzung und Hungerstreik machten, hat der gesamte Betriebsrat mehr als Achtungserfolge erreicht: Politiker rangen sich ungewöhnliche Arbeitsplatzzusagen ab. Die EG-Wettbewerbschützer machen aus ihren „ernsthaften Bedenken“ gegen den umstrittenen Kali-Fusionsvertrag keinen Hehl und wollen tiefgründig prüfen. Mit einem Ergebnis ist nicht vor Dezember zu rechnen. Eine Marathonstrecke, angesichts der ab heute wieder beginnenden Salz-Förderung, bei der die Werksbesetzung weitergeht.

Jetzt plagen den eher bedächtigen Betriebsratschef Zweifel, ob die Alles-oder-Nichts-Haltung in der jetzigen Situation mehr nützt oder schadet. Doch mit seiner Bitte, den Hungerstreik auszusetzen, ist er bei den 15 Männern und fünf Frauen „bisher auf Granit gestoßen“. Die Hungerstreikenden auf den Pritschen in der Werkskantine sind eine eingeschworene Gemeinschaft und entscheiden eigenständig.

Mit seiner eher moderaten Gangart eckt der Elektroingenieur auch bei Teilen der Belegschaft und des Betriebsrates heftig an. Nach fast fünf Monaten hartnäckigem Widerstand und einem aufreibenden Arbeitskampf ohne Unterstützung der IG Bergbau liegen die Nerven blank.

Mit einigem Unbehagen wird jedoch von vielen das Treiben bei den Aktionstagen beäugt. Inzwischen eine Mischung aus ehrlichem und leidenschaftlichem Protest gegen die Plattmache im Osten und Volksfest mit Bratwurst-, Bierständen und Musik, locken die Kundgebungen Trittbrettfahrer an. Linke Splittergruppen von Marxisten bis Spartakisten und Maoisten tummeln sich rund um den Platz.

„Auf den Arbeitskampf setzen sich viele drauf“, sagt denn auch die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. Ihr paßte die Redner-Liste nicht. Aber wenigstens als Zuschauerin wollte sie Flagge zeigen. „Denn was hier mit den Arbeitern passiert, ist ungerecht.“

In Bischofferode schien nach monatelangem Kampf die Front der Kumpel zu schwanken

Betriebsratschef Brodhun bleibt im Amt ^{24.8.93} _{ND}

Bischofferode (ND/dpa/AFP/ADN). Der Betriebsratschef der umkämpften Kaligrube Bischofferode, Heiner Brodhun, bleibt doch im Amt. Das ist das Ergebnis einer vierstündigen Krisensitzung des Betriebsrates am Montag, bei dem es um die Rücktrittsabsichten von Brodhun ging. Brodhuns Äußerungen gegenüber der Belegschaft und einigen Medien hätten zu Spekulationen geführt. „Nach Klärung von Mißverständnissen, die zu diesen Äußerungen führten, haben wir Brodhun gebeten, sein Amt nicht niederzulegen“, erklärte Betriebsrat Hanno Rybicki. „Nach wie vor kämpft der gesamte Betriebsrat für den Erhalt des Kalistandortes.“

Rücktrittsmotiv sei eine Spaltung des Betriebsrates gewesen, die nach Brodhuns Einigung mit dem Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) zutage getreten sei. Aufgrund dieses Kompromisses dürfen Betriebsfremde nicht mehr, dagegen MdK-Mitarbeiter wieder das seit vier Monaten besetzte Werk betreten. MdK nahm die Drohung zurück, die Produktion stillzulegen.

Wegen des Kompromisses hätten ihn Teile der Belegschaft und des Betriebsrates als Verräter hingestellt, sagte Brodhun, der am Freitag vorgeblich versucht hatte, die Hungerstreikenden zur Aussetzung ihres Protestes zu bewegen. Gestern standen noch

12 Frauen und Männer im Hungerstreik, das Werkstor war besetzt. Dennoch lief die Produktion nach den dreiwöchigen Betriebsferien wieder an. Zur Frühschicht fuhren 156 Bergleute ein.

Die Einzelprivatisierung der Kaligrube ist nach Ansicht von Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Gruppe im Bundestag, auch ohne eine generelle Aufhebung des Kali-Fusionsvertrages möglich. Die Firmen ständen nicht in Konkurrenz, sondern hätten ganz unterschiedliche Kunden. Massive Bedenken meldete hat er jedoch zu der vereinbarten Konkurrenzaußschlußklausel an. Die Treuhandzusage an das Kaliunternehmen, in den nächsten Jahren den größten

Teil der Verluste zu tragen, bezeichnete Gysi als indirekte Subvention der BASF. Deshalb müsse der Vertrag vom Bundestag behandelt werden.

Der PDS-Politiker war vom Betriebsrat des Kaliwerkes beauftragt worden, als „Anwalt des Vertrauens“ Einsicht in den Fusionsvertrag zu nehmen. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (FDP) hatte jedoch seine Zusage zurückgezogen. Das Bundesfinanzministerium versuchte bei der Wahl eines von Waigel vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfers zwischen Treuhand, Kali und Salz sowie Betriebsrat zu vermitteln. Die Kumpel betonen, daß der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Hickel ihr Vertrauen habe. (Seite 11)

BZ 20.8.93

Kalikumpel fahren wieder ein

Bischofferode: Hungerstreik wird dennoch fortgesetzt/Proteste vorm Werk

Berlin/Worbis. ADN/eb
Die Kumpel der Kali-Grube Bischofferode haben sich gestern für eine Fortsetzung ihres Arbeitskampfes vor den Werkstoren ausgesprochen. Der Hungerstreik geht weiter, die Produktion wird aber am Montag wieder aufgenommen.

Nach Auffassung des Betriebsrates sei damit der Forderung des Vorstandes der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) genüge getan, der ultimativ auf eine "Wiederherstellung von Ordnung und Gesetzmäßigkeit" in der Grube gedrängt und eine Beendigung der Besetzung bis zum 20. August gefordert hatte. Andernfalls sei eine Wiederaufnahme der Pro-

duktion aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich.

Betriebsratsvorsitzender Rainer Brodhuhn, der den Beschluß der Kali-Kumpel bekanntgab, teilte weiter mit, daß neben der Mahnwache vor den Toren auch der Hungerstreik weitergeführt werde. Die Kantine, in der die Hungerstreikenden seit 49 Tagen ausharren, gehöre nicht zum Werksgelände. Gestern waren noch 15 Männer und fünf Frauen im Hungerstreik. MDK-Vorstandsmitglied Friedhelm Teusch betonte, der nunmehr für Montag gesicherte Produktionsanlauf ändere nichts an den Beschlüssen der MDK, die Grube in Bischofferode zum Jahresende aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen zu schließen. Auch sollten sich

die Kumpel klar sein, daß bei einem Kippen des Fusionsvertrages die Abfindungen von 20 000 Mark pro Person auf das treuhandübliche Maß von rund 5 000 Mark sinken würden.

Treuhandchefin Birgit Breuel hatte noch am Morgen die Kali-Kumpel aufgefordert, ihren Arbeitskampf auszusetzen. Sie verteidigte nachdrücklich den Fusionsvertrag.

Der für Wettbewerbspolitik zuständige EG-Kommissar Karel van Miert warnte die Belegschaft von Bischofferode davor, übersteigerte Erwartungen in die Prüfung des Fusionsvertrages zu setzen.

Bekannte Künstler und andere Prominente riefen zur Teilnahme an dem für Sonnabend geplanten Aktionstag vor dem Werk auf.

Kali-Betriebsrat bleibt

■ Vertrauen für Brodhuhn / Papst und Bischof beten / Kurzarbeit angekündigt

Bischofferode (AFP/AP/dpa) – Der Betriebsratschef des Bischofferoder Kaliwerkes, Heiner Brodhuhn, bleibt entgegen seinen ursprünglichen Rücktrittsabsichten im Amt. Wie Brodhuhn mitteilte, konnten Mißverständnisse ausgeräumt werden. Der Betriebsrat habe ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Inzwischen zeichnet sich auch ein vorläufiges Ende des Hungerstreiks ab. Die gestern noch neun Hungerstreikenden wollten die Aktion in den nächsten Tagen aussetzen, hieß es von seiten des Betriebsrats. Auch der Erfurter Weihbischof Hans Reinhard Koch appellierte an die Hungerstreikenden, ihre Aktion zu beenden. Heute nimmt eine Delegation aus Bischofferode an einer Papstaudienz teil. Der Papst, so Koch, werde mit Sicherheit ein offenes Ohr für die Kumpel haben: „Mit Sicherheit muß er das tun, was wir immer tun, daß wir im Anliegen der Kumpel beten.“ Koch kritisierte einen wachsenden Einfluß auswärtiger Gruppen in Bischofferode. Diese Solidaritätskundgebungen schaden der Sache eher, meinte der Weihbischof. Insgesamt habe die

Aktion der Bergleute einen beachtlichen Effekt gehabt, weil sie auf deren Sorgen aufmerksam gemacht habe.

Der Vorstand der Mitteldeutsche Kali AG (MDK/Sondershausen) hat für Bischofferode erneut Kurzarbeit ab Mitte September angekündigt. Nach den Werksferien hatte am Montag wieder die Förderung von Kalisalz für Abnehmer in Nord- und Westeuropa begonnen. Nach MDK-Angaben liegen für die Grube mit derzeit knapp 700 Beschäftigten nur Aufträge für drei Wochen vor. Nach Angaben des MDK-Vorstandes wurde mit dem Gesamtbetriebsrat des Unternehmens ein schriftlicher Interessenausgleich abgeschlossen. Danach ist für Bischofferode im Fall der Fusion vorgesehen, daß die Arbeitsverhältnisse der Bergleute zum Jahresende nicht gekündigt werden. Alle Mitarbeiter würden in die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe übernommen. Nur wenn der Übergang nicht gewünscht werde, erhielten die Kumpel Leistungen aus dem Sozialplan, der dem in den alten Bundesländern entspricht.

Jan 25.8.93

sie stimmt, schränkt Betriebsratsvorsitzender Brodhun ein ND 27.8.93

Nun haben die in Bischofferode nicht nur mehr die ehrlichen Argumente auf ihrer Seite, nun steht ihnen seit Mittwoch sogar Gottes Stellvertreter bei. Zweifelsohne haben die päpstlichen Worte viele Bergmannseelen gewärmt. Tags darauf saß der Betriebsrat erneut beisammen, „auch, um ein paar Dinge zu erledigen, für die ein Betriebsrat normalerweise da ist“, kommentiert Walter Ertmer. Die Produktion laufe „zwischen zehn- und elfeinhalbtausend Tonnen. Morgen beenden wir die Reparaturen am Schacht zwei, dann kommen wieder 12 000 t Tagesleistung zusammen“.

Man habe auch Ideen für weitere Kampffaktionen besprochen, schon um dafür zu sorgen, „daß Bischofferode nicht einfach so aus den Schlagzeilen verschwindet“. Denn das befürchten die Kumpel, nachdem die jüngste Medienkampagne ihr Ziel nicht erreichte. Da die in Bischofferode nicht gewillt sind, einen Zoll zu weichen, versuchte man deren Front „medial“ aufzuweichen. Herhalten sollte dafür ausgerechnet Heiner Brodhun, der Betriebsratschef.

Die „Mitteldeutsche Allgemeine“ trieb es gar zu weit. Überschrift: Unbeirrbar zwischen allen Stühlen. Noch als der Betriebsrat seine Mei-

Wofür sich Presse so hergibt

nungsverschiedenheiten geklärt und seinem Vorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen hatte, tat man sich mit Orakelleien hervor: Der Aktionstag am vergangenen Samstag sei nicht nach Brodhuns Geschmack gewesen, denn „mit dem Auftrieb der DDR-Anhänger wollte er nichts zu tun haben“. Und – glaubt man nicht seinen Augen und Ohren, sondern der „Mitteldeutschen“ – mag Brodhun auch seinen Vize Jüttemann, diesen „cholerischen Mann mit Kinnbart“, nicht mehr.

Alles Quatsch, Ungeschick läßt grüßen. Gar zu tölpelhaft reihte sich der Berichterstat in eine Front mit Roland Gimpel, dem MdK-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden. Den er statt Brodhun für Brodhun sprechen ließ. Das war zumindest instinktos hoch zehn. Denn Gimpel hat offenkundig keine Ahnung vom Selbstwertgefühl seiner Schutzbefohlenen. Er dackelt lieber brav BASF-Demagogen nach. Während die auf Spiritismus machen und vor dem „alten Geist der Spartakisten“ warnen, zeterte Gimpel nach dem Bischofferoder Aktionstag: „Die Kommunisten der KPD, Marxisten-Leninisten, linke Buchhändler und das alte

SED-Kampfblatt ‚Neues Deutschland‘ waren dabei.“

Heiner Brodhun, ein Mensch, der nicht gleich über jeden Stecken springt, sah diesmal offenbar einen Grund, in die Luft zu gehen: „Wer über mich, meine Meinung und meine Rolle in diesem Kampf etwas schreibt, der sollte auch mich dazu befragen“, schrieb er dem Blatt. „Wenn es in unserem Betriebsrat unterschiedliche Meinungen zu dieser oder jener Angelegenheit gibt, dann kann das in einem nun schon neun Monate dauernden Arbeitskampf nicht ausbleiben. Nach einer so langen Zeit sind öfters einmal die Köpfe heiß, und die Nerven liegen blank.“ Das hieße nicht, daß er oder „der mit mir verunglimpfte Gerhard Jüttemann Grund hätten, jetzt Anhänger der Kali-Fusion zu sein, bloß weil das dem Kollegen Gimpel so passen würde“.

Der Betriebsratschef, selbst CDU-Mitglied, gesteht wohl, von „Hobby-Terroristen“ gesprochen zu haben. Für gewollt-begriffsstutzige Journalisten erklärt er seine Position nochmals: „Gemeint waren Leute, die unseren Arbeitskampf für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen

wollen: Rechtsextreme haben versucht, Bischofferode zu ihrem Tummelplatz zu machen, Marxisten-Leninisten haben ihren privaten Krieg gegen die PDS geführt, und als mir ein Vertreter der Ostdeutschen Betriebsratsinitiative in einer Sitzung ‚Verrat an den Kollegen‘ vorgeworfen hatte, da ist mir der Geduldsfaden gerissen.“ Natürlich brauche man die Unterstützung und auch Kritik von außen, aber sie müßte uneigennützig und sachlich richtig sein. Und wenn sich der Ex-Genosse Gimpel, Brodhun spielt auf dessen Grenztruppenoffiziersherkunft an, darüber aufgeregt haben sollte, daß man „das alte SED-Kampfblatt ‚Neues Deutschland‘ zum Aktionstag antreffen konnte, kann ich nur feststellen, daß das ND eine der Zeitungen gewesen ist, die sachlich und sachkundig über Bischofferode, seinen Kampf und dessen Hintergründe berichtet haben. Daß Fernsehen und Radio nur über KPD-, MLPD- oder PDS-Stände berichten können, liegt doch nur daran, daß andere Parteien unseren Kampf und unsere Aktionstage nicht in dem gleichen Maße unterstützen, auch nicht der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Gimpel.“



Kausalkette: Heine kannte Marx, nach Marx benennen sich Marxisten. Wer also Heine-Gedichte zeitgenössisch verballhornt, auf Schilder schreibt und in Bischofferode zeigt, muß „linker hardliner“ sein ND-Foto René Heilig

Vermutlich werden wir noch einige Zeit über den Eichsfelder Ort und seine Leute informieren. Denn der Arbeitskampf hält an. Es geht, da hat sich auch für Brodhun nichts geändert, um Arbeits-

plätze für die Region und den Kalistandort Bischofferode.

Teile und herrsche, Zuckerbrot und Peitsche. Brodhun bringt es auf den Punkt: „Die alte Taktik, einen Keil in die Belegschaft oder auch den Be-

triebsrat oder zwischen die beiden zu treiben, gibt es, seit es Arbeitskämpfe gibt. Die Presse unseres Territoriums sollte sich dazu nicht hergeben!“

RENÉ HEILIG

ZENTRALE KOORDINIERUNGSSTELLE VON SOLIDARITÄTSAKTIONEN FÜR BISCHOFFERODE

Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin

Telefon: (030) 284 09 316
Fax: (030) 284 09 317

Presseerklärung

Wir informieren:

Solidaritätsveranstaltung in Hamburg

Am 2.9.1993 folgten ca. 120 Menschen der Einladung des Hamburger Solidaritätskomitees für Bischofferode zu einer Veranstaltung mit Gästen aus dem Kaliwerk "Thomas Müntzer". Daran nahm auch eine Vertreterin des Solidaritätskomitees von Kassel teil.

In der Diskussion wurde u. a. über die Organisation von gewerkschaftlicher Solidarität für Bischofferode beraten.

Post aus Bischofferode

Das Berliner Solidaritätskomitee, das am 9.9.1993 19.00 Uhr erneut im Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165 tagt, erhielt folgenden Brief aus Bischofferode:

Brief an Berliner Betriebsräte, Gewerkschafter,
Kolleginnen und Kollegen

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus Berlin !

Hungerstreikende, Kalikumpel und solidarische Kollegen beginnen am 1. September einen Marsch nach Berlin, mit dem wir für den Erhalt der Grube und die Offenlegung des Fusionsvertrages eintreten wollen. Zugleich wollen wir auf dem Weg nach Berlin überall mit Kollegen und Kolleginnen bedrohter Betriebe, mit Arbeitslosen, Gewerkschaften und Betriebsräten ein gemeinsames Anliegen in die Öffentlichkeit bringen : Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung und dem Sozialabbau.

In Ostberlin sind bereits die meisten Betriebe Treuhand-Opfer. Wir wissen aber, daß auch in Westberlin in vielen Unternehmen wie Siemens, Schwartzkopf, Osram, BMW massenhaft Arbeitsplätze abgebaut werden sollen.

Wir meinen daher, daß wir uns alle am Ende des Marsches voraussichtlich am 19. September in Berlin zu einer Kundgebung treffen sollten. Kollegen und Kolleginnen in Ost und West sollten nicht getrennt, sondern gemeinsam etwas unternehmen.

Rücksprache per Telefon : (036077) 99470 oder 99474. Mit den Leuten, die nach Berlin gehen, könnt Ihr über Funktelefon (0161) 530 7365 Verbindung aufnehmen.

Hungerstreikende, Betriebsrat.

Bischofferode, 31. 8. 93

c/o Bundesgeschäftsstelle der Komitees für Gerechtigkeit

- 2 -

Wie uns die Leitung des Marsches aus Bischofferode nach Berlin mitteilte, haben sich die Etappenorte wie folgt geändert:

- 3.9. Sangerhausen - Eisleben
- 4.9. Eisleben - Hettstedt
- 5.9. Hettstedt - Aschersleben
- 6.9. Aschersleben - Bernburg
- 7.9. Bernburg - Schönebeck

Alle Interessenten, Betroffene und Sympathisanten können sich dem Zug anschließen.

Die Kumpel freuen sich auch über Betätigung am Straßenrand.

Mitteldeutsche KALI AG
Werk Bischofferode
Betriebsrat

S t e l l u n g n a h m e

des Betriebsrates zur Situation im Kaliwerk Bischofferode

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 10. 12. 1992 wurde in einer Presseerklärung zum Fusionsvertrag des Vorstandes Kali und Salz und MdK sowie Treuhand die Schließung des Werkes Bischofferode zum Jahresende 1993 bekanntgegeben.

Dieses entsetzte uns umso mehr, da beim Besuch des Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Bernhard Vogel, am 03. 07. 1992 der Fortbestand des Kaliwerkes Bischofferode bestätigt wurde.

Selbst im Oktober 1992 bekam das Mitglied des Bundestages, Herr Gerhard Reddemann, von der Treuhandanstalt Berlin die Auskunft, daß eine Stilllegung des Werkes Bischofferode nicht vorgesehen sei.

Außerdem war unser Betrieb als sanierungsfähig eingestuft, was für uns von fachlicher Seite aus auch verständlich war.

- erbohrte Lagervorräte auf 47 Jahre,
- hoher K_2O -Gehalt im Rohsalz (13 Prozent)
- moderne Gewinnungstechnologien,
- seit Jahrzehnten fester zahlungsfähiger Kundenstamm in Nord- und Westeuropa (80 % der Produktionsmenge)
- und die Aussage der Vorstände, daß in strukturschwachen Regionen keine Werksstillegungen mehr getätigt werden, wo handelt es sich um eine solche, wenn nicht gerade im Eichsfeld (Schließung aller größeren Industriestandorte).

Argumente, mit denen die Schließung angeblich begründet wird, wie

- maroder Betrieb,
- kein Absatz (in Wirklichkeit Auslastung im I. Quartal 1993 80 % - Verlust unter 1 Mio DM),
- Welt-Kali-Verbrauch rückläufig,
- Dollarverfall,
- schlechte Lagerstätte,
- Qualität des Salzes

treffen für unser Werk in keinem Fall zu.

Die Schließungsabsichten unseres Werkes können also nur mit Marktberreinigung gleichgesetzt werden.

Unsere Situation verbesserte sich schlagartig im Februar 1993 mit dem Auftreten des Privatinvestors, Herrn Johannes Peine, der das Kaufinteresse am Kaliwerk Bischofferode beim Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Bernhard Vogel, bekundete, welcher dieses dann der Treuhandpräsidentin, Frau Birgit Breuel, am 31. 03. 1993 bekanntgab.

Somit trat eine Situation ein, die im Vorfeld vom Vorstandssprecher der MdK AG, Herrn Friedhelm Teusch, im Kaliwerk und von Herrn Dr. Schucht am 18. 01. 1993 in Berlin gegenüber dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Landrat geäußert wurde: "... wenn Sie einen Käufer finden, dann bitte schön ..."

Nun ist ein Investor gefunden.

Aber wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Freude über den Investor sehr verhalten seitens der Vorstände ist.

Im Gegenteil - durch immer neue Forderungen werden die Hürden für einen Erwerb immer höher gesteckt und aus den Steinen, die man in den Weg legte, sind inzwischen Felsbrocken geworden, so z. B.:

- eigenen Markt mitbringen,
- Kaufpreis wird höher geschraubt,
- keine Unterstützung bei der Altlastensanierung durch die THA (Aussage Dr. Schucht am 17. 05. 1993 in Berlin THA).

Wir als Belegschaft fordern für unseren Betrieb faire Privatisierungschancen mit der Firma Peine, da dies aus unserer Sicht die beste Möglichkeit ist, unseren Arbeitsplatz im Kalistandort Bischofferode zu erhalten.

Eine solche ist uns von seiten der Treuhand, Kali und Salz AG und MdK-Vorstand nie gegeben worden, denn diese Herren sehen ihre einzigen Bemühungen dahingehend, uns von der Schließungsnotwendigkeit zu überzeugen.

Wir fordern, daß dem Kalistandort Bischofferode in dieser strukturschwachen Region des Eichsfeldes, die Chance der Einzelprivatisierung gegeben wird!

Kurzer Bericht zu den Arbeitskampfaktivitäten des Kaliwerkes Bischofferode

Am 10. 12. 1992 hat unser Arbeitskampf begonnen.

Seit dem 07. 04. 1993 halten wir unser Werk bei laufender Produktion besetzt.

Seit 1.7.93 Hungerstreik, mit Mord auf Bel. ausgelegt
Wir konnten das ungerechte Fusionskonzept zwischen der Mitteldeutschen KALI AG Sondershausen und der Kali und Salz AG Kassel nicht akzeptieren, da es für uns nur die Schließung bedeuten würde.

Wir haben unsere Politiker um Hilfe gebeten, da wir uns bewußt waren, daß wir von unserem eigenen Vorstand und der Gewerkschaft keine Unterstützung erwarten konnten.

Wir können sagen, daß die Politiker bis auf Landesebene und auch Bundestagsabgeordnete voll auf unserer Seite stehen.

Einstimmige Beschlüsse des Landes Thüringen, der Landkreise Worbis und Nordhausen für den Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode sind ein Beleg dafür.

Auch die aktive Unterstützung durch die CDA, die katholische und evangelische Kirche sollte nicht unerwähnt bleiben.

Wir sind davon überzeugt, daß wir einen gerechten und fairen Arbeitskampf auch ohne Gewerkschaft führen.

Auf 3 wichtige Dinge wurde immer hingewiesen:

- keinen Personenschaden,
- keinen Sachschaden,
- keinen Produktionsausfall.

Eine kurze Chronologie unseres Arbeitskampfes:

- Großkundgebung am Heiligabend vor dem Werkstor des Kaliwerkes mit etwa 5000 Teilnehmern, darunter Kommunalpolitiker, Kirchenvertreter, Minister der Staatskanzlei Thüringen.
- Am 12. 03. 1993 fand eine große Protestkundgebung in Bonn mit ca. 1500 Teilnehmern statt.
- Am 08. 04. 1993 wurde verantwortlich durch die Bürgermeister der Kommunen die B 80 an 2 verschiedenen Stellen durch Straßenblockaden gesperrt;
Flugblätter für den Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode wurden verteilt.
- Auch Karfreitag befanden sich 175 der rund 700 Beschäftigten Untertage; sie fuhren eigens zu einer Kreuzwegandacht aus.

- Am Ostersonntag beteten die Kumpel in 600 m Tiefe bei einem ökumenischen Gottesdienst um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.
- Am 17. 04. 1993 besuchte uns Bundestagspräsidentin, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth; auch sie sprach sich vor versammelter Belegschaft für den Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode aus und sagte Unterstützung zu.
- Am 21. 04. 1993 - Teilnahme von etwa 50 Kaliwerkern an einer Plenarsitzung im Thüringer Landtag; hier wurden Beschlüsse zum Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode gefaßt.
- Am 23. 04. 1993 fand eine Kundgebung in Düsseldorf statt. Grund: Treuhandverwaltungsrat entschied zur Kalifusion; 150 Kaliwerker brachten ihren Unmut zu dieser Entscheidung zum Ausdruck.
- Am 27. 04. 1993 übertrug das ZDF-Morgenmagazin am Werkstor einen Situationsbericht zur Besetzung unseres Werkes; erstmals stellte sich die Firma Peine als Investor vor.

Anschließend fuhr ein Autokonvoi von ca. 120 Fahrzeugen mit 300 Kalikumpeln zur Aktionärs taggedung nach Kassel, um auch dort ihren Unmut über die geplante Fusion zum Ausdruck zu bringen.

- Großkundgebung zum 1. Mai an der ehemaligen Deutsch-Deutschen Grenze; 4000 Teilnehmer waren unserem Aufruf gefolgt, an der Spitze marschierte Bischof Wanke.

Durch Aufstellen von Schildern mit Kritik an der Treuhandanstalt an 4 ehemaligen Grenzübergangsstellen kam zum Ausdruck, daß wir nicht gewillt sind, den Osten zu einer deutschen Kolonie - verwaltet von der Treuhandanstalt der Bundesregierung - werden zu lassen.

- Am 17. 05. 1993 fand eine Protestkundgebung vor dem Gebäude der THA Berlin statt, 400 Kalikumpel haben daran teilgenommen, diese Kundgebung wurde von Provokationen von Polizei in zivil begleitet; (durch Bildmaterial können wir dieses auch belegen).

- Am 09.06.1993 tagte der Treuhandausschuß zum Thema Kali in Bitterfeld. Etwa 100 Frauen und Kinder der Kalikumpel demonstrierten vor dem Tagungsgebäude.

Am gleichen Tag fand eine demonstrative Gruben- und Werksbesetzung mit Minister und Abgeordneten aller Fraktionen des Thüringer Landtages statt; ihnen haben sich Vertreter des Landkreises Worbis und Bürgermeister der umliegenden Kommunen angeschlossen.

Auch eine Abordnung von Vertretern des Stahlwerkes Rheinhausen nahm an der Grubenbesetzung teil, sie hatte zuvor mit Transparenten ihre Solidarität mit den Kalikumpeln in Bischofferode zum Ausdruck gebracht.

Um 19.00 Uhr fand ein ökumenischer Gottesdienst unter Teilnahme von Probst Dr. Falcke und Probst Kockelmann statt und dokumentieren damit den friedlichen Charakter.

- 19.6.93 Abordnung von Bischofferode zur 3. Konferenz der ost-deutschen BR-Initiative Berlin
- 23.6.93 Abordnung des Kaliwerkes zur Demonstration der DSR vor dem Schweriner Landtag, um die Solidarität mit den ebenfalls von Werksschließung Betroffenen zu bekunden.
- 1.7.93 Empfehlung THA, Fusion zuzustimmen - 12 Kumpel in Hungerstreik
Aufruf an die Kommunen durch Bürgermeister Lintzel, die Verwaltungen im Eichsfeld zu schließen.
- 2.7.93 Die Zahl der Hungerstreikenden erhöht sich auf 23. Kommunen in der VG Eichsfeld-Südharz und Worbis symbolisch geschlossen.
- 17.93 Zahl der Hungerstreikenden erhöhte sich auf über 40. Unter ihnen der MdL Roland Hahnemann, Fraktion LI/PDS und der Regionalsekretär der CDA, Thomas Heddergott.
- 6.7.93 Schülerdemo vor dem Kaliwerk. Um dies zu verhindern, ging zum 2. Mal im Aussiedlerheim eine Bombendrohung ein.

1.7.93 MdR-Live-Übertragung vor dem Werk. Solidaritätsbekundung der Einwohner der umliegenden Orte und einer Abordnung aus dem Aussiedlerheim.

Wirtschaftsminister Bohn spürt den Unmut der Belegschaft.

8.7.93 Solidaritätsbekundung einer Abordnung des Kaliwerkes in Rudolstadt - Thüringer Faser AG Schwarza - 986,-- DM Geldspende für Bischofferode.

Ministerpräsident, Dr. B. Vogel, werden die eindeutigen Positionen der Belegschaft und der Hungerstreikenden klar gelegt.

Wir werden auch weiterhin für den Erhalt des Kali-Standortes Bischofferode kämpfen!

Wir hoffen, daß wir die Sympathie vieler Menschen in Deutschland erfahren werden!

Glück auf!

Betriebsrat

- 15.8. Ockten (offiziell (042 Zimmermann))
- 16.8. Info-Veranstaltung zu Bischofferode / SS Medien - DSB-Haus Bielefeld
- 17.8. Demo in Bielefeld / Info-Veranstaltung in ^{Stigmatal} ~~Kassel~~ / Vogel demo in Kassel
- 21.8. Bischofferode 3. Oktoberfest mit ca. 3000 Teilnehmern
- 25.8. Papstaudienz
- 22.8. Bischof Hoffmann predigt im Ockten (offiziell)
- 1.9. Hungermarsch
- 16.9. Anklage - Bielefeld
- 18.9. Alex demo
- 24.9. } Besetzung des Friedhofs
- 25.9. }

1.

- 10.07.93 Großer Aktionstag für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen die Werksschließung in Bischofferode.
Mehr als 5000 Menschen nahmen teil, darunter Belegschaftsvertreter aus fast 50 Betrieben aus Ost- und Westdeutschland.
- 14.07.93 Die von den Oppositionsfaktionen erzwungene Sondersitzung des Landtags findet statt. In Erfurt demonstrieren ca. 500 Kaliwerker, deren Angehörige sowie etwa 500 mit ihnen Sympathisierende. Wieder wurden Polizisten in Zivil unter die Demonstranten geschleust und Filmaufnahmen aus dem Landtagsgebäude heraus gemacht. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, alles für den Erhalt des Kalischachtes zu tun.
Am gleichen Tag werden Vertreter der ca. 60 nach Bonn gereisten Bürgermeister von der Bundestagspräsidentin und dem Kanzleramtsminister empfangen. Auch Kanzler Dr. Kohl "schaut kurz herein". Die Bundesregierung verspricht Alternativarbeitsplätze bis Ende 1995.
- 16.07.93 Die Belegschaft entscheidet per Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes.
Das Ergebnis: 535 dafür, 50 dagegen, 3 x ungültig.

Gisela B., Ehefrau eines erkrankten Bergmanns, beteiligt sich als erste Frau am Hungerstreik.
- 17.07.93 2. Aktionstag mit mehr als 2000 Teilnehmern, darunter Unternehmer von dem Ost- und Westeichsfeld, die sich mit uns solidarisieren. Inzwischen sind 5 Frauen am Hungerstreik beteiligt.

Die Landesregierung bietet Arbeitsplatzgarantien über 1995 hinaus, notfalls in einer Landesgesellschaft.
Sie gibt ihren kurzen Kampf gegen die Schließung des Kaliwerkes auf.
- 19.07.93 Inzwischen befinden sich 7 Frauen im Hungerstreik, darunter die Landtagsabgeordnete Christine Grage (Bündnis 90/Die Grünen).
- 23.07.93 Die Hungerstreikenden veröffentlichen ihren bundesweiten Aufruf, den Arbeitskampf in Bischofferode durch Solidaritätsaktionen und regionale befristete Hungerstreiks zu unterstützen.

In vielen Städten findet dieser Aufruf Gehör. Hungerstreiks werden aus Dresden, Frankfurt/O., Berlin, Hettstedt, Leipzig u. a. Orten gemeldet.

Am gleichen Tag wird in Worbis die Entwicklungsgesellschaft "Südharz/Kyffhäuser" gegründet.

- 28.07.93 Protestkundgebung gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau in Zella-Mehlis/Kugellagerfabrik, organisiert von der Betriebsräteinitiative Thüringen existenzgefährdeter Betriebe wie Suhler Jagd- und Sportwaffen GmbH, Kahla-Porzellan, Chemiefaser AG Schwarza, Lichterprozellan, Kugellagerfabrik Zella-Mehlis, Kaliwerk Bischofferode sowie dem DGB und Einzelgewerkschaften. Ca. 5000 Teilnehmer. Kanzleiminister Trautvetter und der IGBE-Vertreter ernten Pfiffe und Bu-Rufe.
- 29.07.93 Drei hungerstreikende Frauen ketten sich am Betriebstor des BASF-Stammwerkes in Ludwigshafen an und fordern die Offenlegung des Fusionsvertrages.
- 01.08.93 Großer internationaler Solidaritätstag in Bischofferode. Ca. 12.000 Teilnehmer, darunter Vertreter von etwa 150 Betriebsbelegschaften und viele Gewerkschafter. Die beteiligten Betriebsräte rufen zu Protestaktionen überall auf und kündigen eine Großdemonstration am 04.09. vor der Treuhandanstalt in Berlin an.
- 50 Berliner ketten sich am gleichen Tag am Brandenburger Tor an und bekunden so ihre Solidarität mit Bischofferode.
- 02.08.93 Am Abend schließt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Wieland Sorge dem Hungerstreik an.
- 04.08.93 Der Vorstand der MDK fordert unsere Belegschaft ultimativ auf, bis 20.08., Hungerstreik und Werksbesetzung zu beenden. Die Drohung; Grubenschließung noch im August.
- 05.08.93 Jugendliche aus Nikaragua besuchen das Kaliwerk Bischofferode. Ihr Besuch sei hier stellvertretend für Tausende, die vor Ort sich informieren, ihre Solidarität bekunden und ihre Hilfe anbieten. Die Zahl der Anrufe, Telegramme, Faxe, Briefe und Karten geht mittlerweile in die Zehntausende. Uns erreichten Schreiben aus allen Erdteilen.
- 06.08.93 Dem Bundeskartellamt wird durch den Bundeswirtschaftsminister die Entscheidungsmöglichkeit über den Fusionsvertrag versagt. Die Hungerstreikenden schreiben an das EG-Kartellamt und bitten um faire und gründliche Prüfung des Vertrages.

10.08.93 Der SPD-Spitzenpolitiker und Friedensforscher Egon Bahr besucht das Kaliwerk und bringt seine Achtung der Belegschaft gegenüber zum Ausdruck.

11.08.93 In Kassel wird ein Solidaritätskomitee gegründet. Es sei hier stellvertretend für viele andere genannt. Die Kasseler kündigen für den 13.08. den Beginn eines Hungerstreiks an.

In Halle verhandeln Vorstand der MDK und Betriebsrat des Kaliwerkes unter Vermittlung des Chefs des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen.

12.08.93 Die Beratungen mit der Landesregierung über die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Südharzregion für die schon Erwerbslosen werden fortgesetzt.

Die Chronik muß natürlich lückenhaft und unvollständig sein, zu zahlreich sind die Termine, so groß ist die Solidarität, so vielfältig ist der Arbeitskampf und leider bleibt zu wenig Zeit für die sorgfältige Dokumentation.

21.8. 3. Aktionstag

Ende August 93

DrA -
H3

Text innen
→

Kali-
e hat
Aus-
us Be-
Vor-
olgen
abbu-
alisti-
en las-

der
chlie-
idari-
tende
n bei
ange-
und
dafür,
er ge-
vor-
Volks-
den
rhalb
ozent
abge-
e Juli
Wirt-
lichen
anuar
neuen
Indu-
noch
t der
indu-
allen.
Spiel

Bund
struk-
ost-
zu ta-
u ge-
Zu-
tsch-
isch.
erter
schen
Wis-

, daß
umm
wahr-
eisen
nder
arkt-
was
treik
Of-
Zu-
aliin-
n für

Er-
n das
die
vom
ge-
e. Sie
eines
kern
ge-
hand
Die
neh-
e hat
gebot
Nicht
sproff-
offen-
giert

Werk
satz
onti-
den-
itern
ichte
ahre
ertes
ziges
-Un-
stel-
stko-
Bi-
auch
Ost-
ßlich
es
also
arkt
ent.
des-
spe-
das
sind,
opäi-

schen Kapazitäten für die Herstellung von Kaliumsulfat bzw. sulfatischen Mehrnährstoffdüngemitteln aus Bischofferoder Grundstoffen angewendet wird? In der BASF hingegen kommt das Kieserit-Verfahren zur Anwendung, wofür das Kali aus dem Eichsfeld ungeeignet ist. Der Weiterbetrieb der Bischofferoder Grube kann also gar nicht zu Lasten anderer deutscher Kalischächte gehen, weil ihr frei-fließendes, nicht staubendes und über längere Zeit lagerfähiges Produkt durch die verbleibenden Zechen der Mitteldeutschen Kali-AG nicht substituierbar ist. Auch der Vorwurf, die Eichsfelder wollten auf Kosten westdeutscher Kumpel überleben, greift aus gleichem Grunde zu kurz. Ganz abgesehen davon, daß bereits vor dem neuerlich geplanten Schnitt allein in Thüringen die Zahl der Beschäftigten in der Kaliindustrie von 24000 auf rund 1500 zurückgegangen ist. Wird Bischofferode nun aber wie vorgesehen stillgelegt, dann müssen die nord- und westeuropäischen Düngemittelhersteller entweder durch weite Transportwege (z.B. aus Kanada) wesentlich verteuerte Produkte einführen oder sich auf das Kieserit-Verfahren umstellen, was ebenfalls Kosten verursacht. Die BASF wäre in jedem Falle der lachende Dritte. Ihr stünden keine aufwendigen Änderungen bevor – schon ein Konkurrenzvorteil. Obendrein wäre ihr sogar ein Monopol in Europa sicher.

Die Schlacht um die Kunden tobt. Da ist jedes Mittel recht.

Bischofferode ist das bisher krasseste Beispiel dafür, wohin Privatisierung im Schweinsgalopp führt. Die Treuhand hat sich dem von Bonn verordneten Abschlußtermin 1994 nie energisch widersetzt. Privatisierungsultimo vor Augen, ging sie nicht nur zahllosen Spekulanten und Karriereisten auf den Leim. Sie ist auch erpressbar geworden. So hat sie sich in diesem Fall von der in den alten Ländern marktbeherrschenden BASF-Tochter Kali und Salz AG Kassel im Fusionsvertrag mit der Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen die Privatisierungsbedingungen geradezu diktieren lassen. Dazu gehört z.B. eine Wettbewerbs- und Konkurrenzausschlussklausel. Danach ist es der Behörde untersagt, ostdeutsche Kali-Gruben wie Bischofferode an einen anderen als die BASF-Tochter zu verkaufen.

Im Klartext: Die Treuhand hat sich vertraglich verpflichtet, zugunsten des Konzerns jeden anderen Interessenten abzuweisen. Die Einwände gegen den Mittelständler Peine, er sei als Investor nicht potent genug und sein Absatzkonzept nicht tragend, sind also nur vorgeschoben. Auch andere Vorschläge für die Privatisierung hätten keine Chance, solange es bei der genannten Klausel bleibt.

Eine weitere Knebelung hat die Treuhand mit der im Fusionsvertrag enthaltenen Verlustausgleichsklausel hingenommen: Die Behörde hält 49 Prozent der Anteile an dem neuen deutschen Kali-Monopol, übernimmt aber in den ersten drei Jahren 90 Prozent, im vierten Jahr 85 und im fünften Jahr immerhin noch 80 Prozent der Defizite. Und das unabhängig von deren Ursache. Wenn das kein Schnäppchen für die BASF ist, deren Tochter sich riesige Verluste leisten kann, auch durch Verkauf von Kaliprodukten unter dem Marktwert an die BASF-Mutter. Das würde dieser wiederum in Europa Verdrängungskonkurrenz durch vorteilhafte Angebotspreise erlauben.

Den Preis für die Monopolkonstruktion am deutschen Kalimarkt zahlt die Treuhand aus der Tasche des Steuerzahlers. Und die Kalikumpel zahlen obendrein mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze, wenn die EG nicht noch ein Veto einlegt.

Wen wundert es, daß der Fusionsvertrag »For eyes only« gehandhabt wird? Seine Offenlegung wird mehr als eine Peinlichkeit für Treuhand und das aufsichtführende Finanzministerium bedeuten. Ein Skandal ist programmiert.

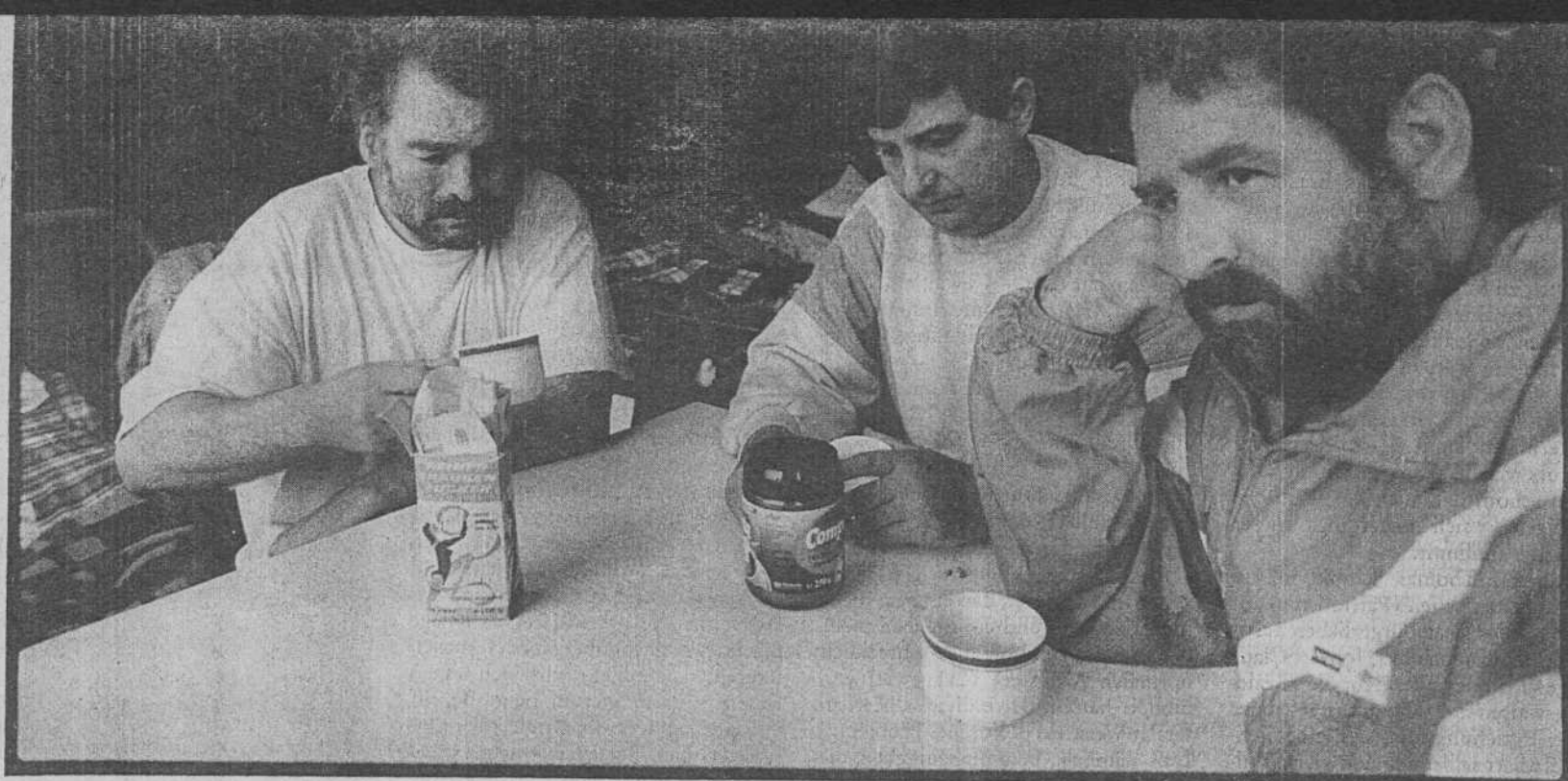


Foto: Daniel Biskup

Hungerstreikende Kali-Kumpel in Bischofferode im August 1993

Seit Beginn des Hungerstreiks ist eigentlich täglich in, unter und vor der Schachtanlage »Thomas Müntzer« in Bischofferode »Aktionstag«. Wenn es sonst bis zu 600 Besucher am Tag sind, waren es am Sonntag jedoch über 12000. Anschließend fand in der zum Werk gehörenden »Cañon-Disco« eine Betriebsräte-Konferenz statt, die mit einer Presse-Information endete. Am vergangenen Mittwoch bereits hatte der Bischofferöder Betriebs- und Sprecherrat an einer vom DGB veranstalteten Aktions-Bündnis-Veranstaltung thüringischer Betriebe und Gewerkschaften in Zella-Mehlis teilgenommen. Zwar sind sie fast alle noch in »ihrer« Gewerkschaft, der IG Bergbau und Energie, aber sie fordern insbesondere den Rücktritt des Vorsitzenden der IGBE, Hans Berger, denn »der vertritt Interessen der Kali-Industrie«, wie selbst die »Super-Illu« konstatierte. In Zella-Mehlis mußte der Gewerkschafter die IGBE-Fahne schließlich in die Büsche werfen, bevor die Demo losgehen konnte. Auch vor Beginn der Reden mußte – auf dem Podium – erst noch die IGBE-Fahne durch eine mit der Aufschrift »Bischofferode ist überall« ersetzt werden. Der DGB bündelte dann die Klagen und Forderungen aus den einzelnen Betrieben zu einer »Erklärung«, die von den konkreten Kampfzielen der Bischofferöder (Erhalt ihrer Grube) bis zu allgemeinen Wünschen (ein weiteres Ministerium) reichte. Gleichzeitig wurde für den vier Tage später, am Sonntag, in Bischofferode stattfindenden »Aktionstag« mobilisiert. Die IG Chemie ließ später verlauten: der Aktionstag falle aus. Vom DGB verkündete Frau Engelen-Kefer jedoch: ihre Organisation führe ihn durch. Beides war falsch. Der Betriebsrat war unterdessen mit anderen Dingen als Dementis beschäftigt: Waigels Offerte, einem Experten ihres Vertrauens eine bedingte Einsicht in den Fusionsvertrag zu gewähren, den die Landesregierung anfänglich, ohne ihn überhaupt zu kennen, gutgeheißen hatte, galt es die eigene Forderung nach gänzlicher Offenlegung entgegenzustellen. In einem Fax an die Nachrichtenagenturen verwies man dabei auf Rita Süßmuth, die diese Forderung unterstützte. Mitten in der Nacht rief daraufhin die Bundestagspräsidentin in Bischofferode an und forderte den Betriebsrat auf, den Waigelschen Vorschlag anzunehmen, sonst ziehe sie sich zurück.

Die Betriebsräte hätten es jedoch nicht bis hin zum CDU-Ortsvorsitzenden in ihrem zivilen Eichsfelder Leben gebracht, wenn sie sich durch solche oder ähnliche »Umfallereien« aus der Ruhe bringen ließen. Außerdem bekommen sie nun täglich auch das zu hören, was eine Betriebsrätin aus Neu-Isenburg im Rhein-Main-Gebiet dann auf dem Aktionstag in ihrer Rede ausführte: Anfänglich hätten ihre Kollegen über den Hungerstreik in Bischofferode nur die Nase gerümpft (»Die Ossis sollen lieber arbeiten!«), aber als sie dann das Ersatzarbeitsplatzangebot zurückgewiesen

Helmut Höge

»Wir wollen zwar nicht die Welt verändern...«

Die Bischofferöder Kali-Kumpel im Kampf um mehr Marktwirtschaft

hätten, sei diese Haltung einer großen Hochachtung gewichen, und sie hätten spontan 380 DM für sie gesammelt. (Applaus) Von der IG Metall Sachsen war zu hören, sie schicke täglich eine Delegation zu den Kalikumpeln: »Als Schulungskurs im aufrechten Gang«. Die IG Metall Erfurt ersetzte das bereits vom Betriebsrat verschlissene Bürogerät (Fax, Kopierer etc.) durch neues und bot ferner an, eine »Person« rund um die Uhr nach Bischofferode abzukommandieren: »Wir müssen Regeln brechen« – das war zwar gegen den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gesagt, der sich zuvor um strikte Legalität besorgt hatte, aber der Betriebsrat insgesamt befürchtete hernach eher, durch den Erfurter IG Metaller dominiert zu werden. Gleichwohl stimmte man der Betriebsrätin des gerade liquidierten Stahlwerks Oranienburg zu: »Wir dürfen uns nicht von den Gewerkschaften trennen lassen.«

Während jedoch die meisten Betriebsräte für größer angelegte Aktionen am 28.8. bzw. am 17.8. (wo der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kaliwerke eventuell die Schließung Bischofferodes anordnen wird) plädierten, sprachen sich die auf dem Aktionstag anwesenden Gewerkschaftsvertreter quasi für eine Pause bis zum 3. Oktober aus, da die von ihnen geplanten dezentralen Aktivitäten und Arbeitskämpfe dann in einer Aktion »Ziviler Ungehorsam« zusammengefaßt werden sollen.

Wenn die täglich steigende Flut von (gefakten) Solidaritäts-Grüßen und -Spenden (auf einer Lehrer-Kundgebung der GEW-Erfurt wurden allein 12000 DM gesammelt, und drei Frankfurter Betriebe spendeten 3500 DM) ein Zeichen dafür ist, daß Bischofferode zwar noch nicht überall ist, aber ein Echo allerorten findet, dann – und da waren sich die ca. 100 am Sonntag diskutierenden Betriebsräte einig – muß der Druck jetzt verstärkt werden. Gerade hat der auf dem Werksgelände mit einer Sendeanlage permanent vertretene TV-Sender »N-TV« ermittelt lassen, daß 58 Prozent der Bevölkerung den Hungerstreik in Bischofferode für berechtigt halten. Und einem Frankfurter Betrieb nutzte in einem Brief an die Treuhand, in dem Einsicht in den Kaufvertrag gefordert wurde, bereits die Drohung mit »Bischofferode«, um blitzschnell Antwort und Terminvorschlag zu bekommen. In der Treuhand befürchtet

man einen zweiten noch schrecklicheren Fall »Narva«, wo man den vom Elektrokartell »IEA« favorisierten Immobiliendeal wieder rückgängig machen mußte. Selbst die Treuhand-Archivaren stöhnen: »Wir sind nur noch in Bischofferode beschäftigt!« Allein über sechs Stunden Video-Material hat man dort bereits gesammelt.

Am Morgen des Aktionstages fand im Saal der Hungerstreikenden erneut ein Gottesdienst statt, diesmal ein ökumenischer. Einer der Prediger bemühte »Epheser 5« – die »Kinder des Lichts«, die sich, hier im Saal, dem wahren Leben nähern, während jene Dunkelmänner dort, in der Treuhand zum Beispiel, in Wahrheit tot seien. Selbst der eher agnostische Sprecher des Betriebsrates war darob schwer ergriffen.

Die noch agnostischere West-Geschäftsführung der Mitteldeutschen Kaliwerke hatte indes an jeden ihrer noch fast 700 Beschäftigten in Bischofferode einen Brief geschickt, in dem den Betreffenden eine großzügige Abfindung nebst Ersatzarbeitsplatz angeboten wurde.

»Laßt euch nicht auseinanderdividieren!« Das war dagegen die Botschaft nahezu sämtlicher am Sonntag angereister Solidaritätsgruppen, zu denen zum Beispiel der Motorrad-Klub Kuhle Wampe aus Elze gehörte sowie der CB-Funker-Club Leinefelde. (»Wir stehen hinter euch!«) Selbiges galt auch für die Baufirma R. Borchert und die Fleischerei Rhode Jr., beide aus Nesselröden, die zusammen mit dem Modehaus Steinmetz aus Duderstadt »1500 Bratwürste« spendeten. Der größte Erfolg waren sicherlich die vom Betriebsrat selbst entworfenen und dann in Köln hergestellten T-Shirts, auf denen die berühmten Köpfe dreier großer DM-Scheine prangten, darunter der Hinweis: »Wir sind das Volk!« und darunter: »Bischofferode ist überall!« Bis zum Abend war nahezu die gesamte Sechstausender-Auflage, zu 15 DM das Stück, verkauft. Am PDS-Stand gab es Ähnliches als Ansteck-Button.

Auf der Pressekonferenz in der Discothek fragte der Rias-Reporter die Betriebs- und Sprecherräte abschließend, was sie von seiner Meinung nach auf dem Aktionstag überpräsenten »Trotzkisten, Kommunisten, Marxisten, Leninisten usw.« halten würden. »Wir können niemandem die Teilnahme verbieten«, wurde ihm knapp geantwortet. Abgesehen da-

von, daß die damit angesprochenen »Sekten« auch bloß die Bischofferöder unterstützen wollen, versuchen sie mit ihren Flugblättern, Transparenten und Zeitungen Ziele in den Arbeitskampf zu tragen, die auch unter den Gewerkschaftern und Betriebsräten diskutiert werden: »Alles enteignen!« (BR des Spezialbau Potsdam), »35-Stunden-Woche« (BR aus Oberhausen), »Vernetzung untereinander forcieren« (Jakob Moneta, früher IG-Metall-Trotzkist, jetzt PDS), »Offenlegung aller Treuhand-Verträge« (IG Medien Berlin und BR der Deutschen Seereederei), »Berger und Rappe davonjagen!« (ein HBV-Vertreter), »Keine Macht den Doofen!« (Aufdruck eines ebenfalls von vielen Aktionstag-Besuchern getragenen T-Shirts). Daneben wurde zum Beispiel von den Marxisten in der SPD (»Vorank«) gefordert: »Deshalb muß in der ganzen Wirtschaft die Macht des Kapitals gebrochen werden.« Die »spartakus«-Leute wünschten sich: »Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk« (diese Worte Thomas Müntzers stehen in Stein gemeißelt auch an einer Wand neben dem Werkseingang in Bischofferode). Und die »Super-Illu« orakelte: »Bischofferode hat im Osten eine Wende eingeleitet... Zündstoff für die deutsche Einheit.« Im Grunde argumentierte nur die – rechte – »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (früher EAP – Europäische Arbeiterpartei) ungewöhnlich: Einmal, weil sie den »Aufbau eines eurasischen Infrastrukturprojekts« – bestehend aus Magnetbahnen, Atomkraftwerken und Weltraumeroberungs-Technologiezentren – forderte, und zum andern, weil sie die ganze ostdeutsche Misere inklusive Bischofferode sich (und uns) mit dem konzentrierten Wirken des »Regimes von IWF und George Soros«, dem im Osten wirklich mäzenatisch handelnden Meisterspekulanten jüdischer Herkunft, erklärte. Ein merkwürdiger Antisemitismus, der seine Nahrung auch dadurch erhält, daß zur gleichen Zeit zum Beispiel Finanzminister Waigel die Schuld für die derzeitigen, durch die Wiedervereinigung ausgelösten, EWS-Turbulenzen dunkel bei irgendwelchen »Spekulanten« vermutet – und dabei ebenfalls an den Quantum-Fond von George Soros denkt.

Bleibt noch nachzutragen, daß wir auf der Rückfahrt nach Berlin an einem Schild vorbeikamen mit der Aufschrift: »Wer Deutschland liebt und Einigkeit, der trinkt auch eine Kleinigkeit!« Das vor allem ist nämlich auch Bischofferode: Täglich kommen dort Belegschaftsangehörige aus Ost und West, aber auch Arbeitslose, Krankengeschriebene, Vorruheständler und Kurzurlauber zusammen – und trinken einen oder zwei oder drei... Und diese Gefahr, die dann von dort ausgeht, die ist wirklich nicht zu überschätzen! Das gab selbst der auf der Pressekonferenz dienstlich anwesende Polizeioberst zu bedenken – aber sehr freundlich, ja fröhlich, fast ausgelassen.

Saalfeld, 30. VIII.

Lieber Giselher Hickel -

wie's Lähm so spielt: zusammen mit Eurer Auflistung von Themen im Zusammenhang mit "Bischofferode" kam der Brief von Herrn Kley, den ich Dir in Ablichtung beilege. Ich bin Euch beiden außerordentlich dankbar für das Papier, das ich gern benutzen möchte für ein Gespräch, um das der thüringische Landtagspräsident Gottfried Müller auch im Namen von MP Bernhardt Vogel den Landeskirchenrat gebeten hat. Müller hat durchblicken lassen, daß die Erklärung des LKR "Es geht nicht mehr nur um Bischofferode" und meine in "Glaube und Heimat" veröffentlichte Predigt in B. am 15. August und mein Interview im ZDF-Mittagsmagazin am 17. großen Ärger bei der Landesregierung ausgelöst hat. Da kommt mir Eure Systematisierung des Problems gerade recht! Ich darf es doch in dem Gespräch verwenden?

Kannst Du mir was empfehlen, wie ich mit Herrn Kley umgehen soll? Abfahren lassen - oder eine Gesprächsrunde, vielleicht mit Betriebsräten und ein paar ausgesuchten Kirchenleuten anstreben? Ist Walter Romberg eigentlich für so eine Runde geeignet?

Lass mich bald Deine Meinung wissen.

Herlichen Dank und freundliche Grüße -

Peter Linde

Max Dietrich Kley
Mitglied des Vorstandes

BASF Aktiengesellschaft
D-6700 Ludwigshafen
[D-67056 Ludwigshafen]

24. August 1993

Herrn Oberkirchenrat
Peter Zimmermann
Kirchplatz 3

07318 Saalfeld

*Aufwand C: \ TEXTE \ SAFTIGE \
2.9.93 BISCHROD*

Kopie

Sehr geehrter Herr Zimmermann,

aus dem epd vom 16. August 1993 habe ich entnommen, daß Sie sich in einem ökumenischen Gottesdienst in Bischofferode zum Kali-Fusionsvertrag geäußert haben. Dabei sollen Sie den Vertrag als sittenwidrig bezeichnet haben. epd hat die Nachricht unter ein angebliches Zitat von Ihnen gestellt "Mächtige verfolgen in Bischofferode Eigeninteressen".

Ich bin seit langen Jahren Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Unternehmer, einer Gruppe evangelischer Christen, die in der Wirtschaft tätig sind. Eines unserer Ziele ist die Vermittlung von wirtschaftlichem Wissen in unserer Kirche, weil der Abstand von Kirche und Wirtschaft manchmal erschreckend groß ist und viele Äußerungen von Kirchenvertretern zu wirtschaftlichen Fragen aufgrund mangelnder Sachkenntnis zur Kirchenverdrossenheit und zu wachsenden Austrittszahlen beitragen. Außerdem bin ich Mitglied des Aufsichtsrates der Kali + Salz AG.

Die von Ihnen angeblich gemachten Äußerungen verwundern mich doch sehr. Einmal kann man über einen Vertrag, den man nicht kennt, doch kein Urteil abgeben. Daß der Vertrag nicht publiziert wird, ist jedem Sachkundigen einleuchtend, enthält er doch detaillierte Angaben über die einzelnen Gruben, ihre Kostenpositionen und die notwendigen Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit. Lauter Details, die für jeden Konkurrenten der deutschen Kali-Werke von größtem Interesse sind.

Mit Ihren angeblichen Äußerungen, daß hier "Mächtige ein Eigeninteresse verfolgen", hätten Sie einen falschen Akzent gesetzt. Aufgrund der drastischen Rückgänge im Düngemittelmarkt ist der für das deutsche Kali erreichbare Markt drastisch geschrumpft; hinzu kommt der intensivisierte Wettbewerb, insbesondere aus Kanada und der GUS. Will man überhaupt Kali-Bergbau in Deutschland für die Zukunft erhalten, müssen die Kapazitäten deutlich gesenkt werden. Wenn man so etwas tut, muß man die Förderung selbstverständlich auf die von der Lagerstätte her zukunftssträchtigen Gruben konzentrieren. Dazu gehört Bischofferode nicht. Ein Aufrechterhalten von Bischofferode würde zu Lasten einer anderen west- oder ostdeutschen Grube gehen, die dann anstelle von Bischofferode geschlossen werden müßte. Es wäre verantwortungslos, eine solche - wie beschrieben - zukunftssträchtige Grube dem Streik in Bischofferode zu opfern.

Allen Beteiligten macht die Entwicklung der deutschen Kali-Industrie große Sorgen. Bei der jetzigen Situation der deutschen Kali-Industrie geht es nicht um Geldverdienen, sondern darum, die Verluste und die von der Treuhand gezahlten Subventionen zu verringern. Wir alle wissen, daß unrentable Arbeitsplätze auf die Dauer nicht gehalten werden können. Dabei wäre der schwierige Weg, vor dem die deutsche Kali-Industrie steht, sicher leichter zu bewältigen, wenn das Thema nicht ständig von Sachunkundigen und populistischen Politikern zur Profilierung mißbraucht würde. Ich würde mir wünschen, daß meine eigene Kirche zu mehr Gerechtigkeit in der Beurteilung beitrüge.

Für den Fall, daß Sie zu dem Vorgang weitere Aufklärung wünschen, steht Ihnen der Kali + Salz-Vorstand, aber auch ich gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

R. D. Rly

→ J. Harald

Giselher Hickel
Glinkastr. 16
10117 Berlin
Tel. 2292705

Herrn Peter Zimmermann

2. September 93

Lieber Peter, über die Fragen im Zusammenhang mit dem Kley-Brief hätte ich gern mit Harald geredet, weil er die Situation vor Ort und in Thüringen besser als ich kennt. Da ich ihn gestern und heute vormittag aber nicht erreichen konnte und Du schnell Antwort haben wolltest, jetzt also nur meine Überlegungen:

1. Grundsätzlich: Kley bietet eigentlich kein Gespräch an, sondern ausdrücklich "Aufklärung", offenbar im Sinne seines Briefes. Dieser enthält nun aber keinen Deut einer Information, die über das vage, Fakten mehr verschleiernde als darlegende Gerede der Treuhand hinausginge, wie wir es hinlänglich aus der Presse kennen. Das ist eigentlich keine Grundlage für ein Gespräch.
2. Das "Verwundern" kann man Herrn Kley mühelos zurückgeben, wenn er die gezielte Desinformation, die die Bischofferöder ja so ärgert, offensichtlich gutheißt. Der Verschluß von "Produktionsgeheimnissen" ist die eine Seite, die Verweigerung von detaillierter Auskunft an die Betroffenen in einer Frage, in der es um Leben oder Sterben ihres Betriebes geht und damit um ihr eignes Wohl oder Wehe und das der Bewohner einer ganzen Region, ist wahrhaftig eine andere Sache. Die scheinheilige Rechtfertigung von letzterem durch Kley widerspricht in der Tat der Sitte und dem Anstand, von demokratischen Spielregeln ganz zu schweigen. Die Verweigerung zuerst einer fairen und rechtzeitigen Unterrichtung und dann von schlüssigen Antworten auf berechnete Rückfragen hat zu der Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrages geführt. Inzwischen ist das Vertrauen zerstört, das die Voraussetzung für das Gespräch wäre. Für das gegenwärtige Mißtrauen sind Treuhand und MdK verantwortlich, nicht, wie Kley in schöner Platttheit behauptet, die "Sachkundigen" und "populistischen Politiker".
3. Auf der Basis einer "Sachkunde", der die Informationsverweigerung gegenüber den Betroffenen "einleuchtend" erscheint, ist das Gespräch wenig aussichtsreich. Herrn Kley wäre klarzumachen, das es neben der BASF-Vorstands-Kompetenz auch eine Kompetenz der Betroffenen gibt. Soll ein Austausch sinnvoll sein, so müßte er wohl zuerst seinerseits signalisieren, daß es ihn interessiert, wie man in der Kantine des Müntzer-Schachtes denkt, wie in den Kneipen und auch den kirchlichen Gemeindehäusern von Bischofferode und den umliegenden Orten. Voraussetzung für ein fruchtbringendes Gespräch wäre also wohl die Erklärung seiner Bereitschaft, diese Erfahrungen ernstzunehmen und ihnen im eigenen wettbewerbsstrategischen Denken Raum zu geben.
4. Zur Taktik: Natürlich sollte seitens der Kirche nichts ohne Wissen des Betriebsrates und nichts ohne Absprache mit ihm geschehen. Was ich nicht weiß: Hat es bereits Versuche gegeben, mit den zuständigen Vorständen ins Gespräch zu kommen? Wie ist das ausgefallen?
Vermutlich wäre es ein Fehler, von kirchlicher Seite ein Gespräch zu führen, daß den unmittelbar Betroffenen verwehrt wird oder mit dem sie schlechte Erfahrungen gemacht haben.
Die Kirche könnte doch wohl allenfalls versuchen, Vermittlerin eines solchen Gesprächs zu sein. Das heißt aber, daß die Kumpel dann selbst vorrangig Partner wären.
Zu klären wäre wohl auch, ob das Gespräch mit Vorstand K+S und nicht zuerst mit dem von MdK zu führen wäre? Oder ist das zu pingelig gedacht?

Wenn Kirche als Vermittlerin, müßte man dann nicht bei der Frage der Wirtschaftsexperten auch die Bischoffsfröder fragen? Z.B. habe ich am 21.8. den Namen von (meinem mir nur vom Hörensagen bekannten Namensvetter) Rudolf Hickel gehört.

Walter Romberg ist sicher gut (allerdings, soviel ich weiß, hauptamtlich für die SPD tätig, also Parteivertreter) - ein Ostdeutscher, der sich, wie wahrscheinlich nicht viele, in die Theorie der Marktwirtschaft hineingedacht und sich zudem mit "Strasbourg" und "Brüssel" befaßt hat.

(Dirksenstr. 47, 10178 Berlin, Tel. 282 81 43)

So weit. Wenn Du Dich für "Abfahren lassen" entscheidest, was ich verstünde, müßtest Du womöglich auf das "Schwarzer-Peter-Spiel" achten, also darauf, daß Du nicht, durch Kleys Brille betrachtet, als der dastehst, der in bodenloser "Sachunkunde" zu beharren trachtet.

Machs gut!

Giselher Hickel

Telefon
030 / 631 78 09
Telefax
030 / 636 11 98

Harald Messlin
Gossner Mission · Fennstraße 31 · O-1190 Berlin · Neue PLZ 12439

Neue Postleitzahl
12439

Herrn
Bischof Dr. Christoph Demke
EVANG. KIRCHE DER
KIRCHENPROVINZ SACHSEN
Am Dom 2

39104 M A G D E B U R G

Berlin, am 23. August 1993

Sehr verehrter Herr Bischof, lieber Bruder Dr. Demke!

Gestern abend bin ich aus Bischofferode zurückgekommen, nachdem ich dort die vergangene - für das Schicksal der Eichsfelder Kaligrube besonders entscheidende - Woche mit den Hungerstreikenden verbracht und dabei natürlich auch mit gehungert habe. Pastorin Haas, mit der ich mich vorher in Verbindung gesetzt hatte, hat mich in diesem Vorhaben ausdrücklich bestärkt.

In Kontakt mit dem dortigen Betriebsrat war ich schon Anfang Juli aufgrund meiner Mitarbeit in der Initiative Ostdeutscher Betriebs- und Personalräte gekommen, die den Arbeitskampf in Bischofferode von Anfang an maßgeblich unterstützt und die bisher dort stattgefundenen Aktionstage mit organisiert hatte. Die ausgesprochen herzliche Aufnahme, die ich bei den Hungerstreikenden ebenso wie bei allen für den dortigen Arbeitskampf Verantwortlichen gerade als Pfarrer fand, lag sicher mit daran, daß die Bischofferöder die Unterstützung, die sie bisher von Seiten der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, von der Evang.-Luth. Kirche in Thüringen und von der Katholischen Kirche erfahren haben, als besonders wichtig beurteilen und entsprechend dankbar dafür sind.

Natürlich habe ich in Bischofferode in dieser Woche auch sehr hautnah mitbekommen, wie angeschlagen die Leute dort nach langen Arbeitskampf sind, dessen Ende ja nicht abzusehen ist. Sicher ist es für die Kumpel ein Lichtblick, daß man in Brüssel "ernsthafte Bedenken" gegen die deutsche Kali-Fusion hat und die Wiederaufnahme der Produktion mit dem heutigen Tage gibt ihnen neue Hoffnung. Aber damit steht nun auch die Frage, wie man bei laufender Produktion die Betriebsbesetzung und vor allem den Hungerstreik durchhalten kann. Und daß die Bischofferöder jetzt aus ganz Ostdeutschland und mehr und mehr auch von Belegschaften aus westdeutschen Betrieben, die von

~~Bischofferöder jetzt aus ganz Ostdeutschland und mehr und mehr auch von Belegschaften aus westdeutschen Betrieben, die von Massenentlassungen bedroht sind, zu hören bekommen: "Haltet durch!" und "Ihr seid unsere letzte Hoffnung!", das legt ihnen zu ihrer eigenen Last noch eine gewaltige zusätzliche auf, die sie kaum tragen können.~~

Ich denke, daß gerade in dieser kritischen Situation die solidarische Unterstützung der Kirchen für die Menschen, die diesen Arbeitskampf mit friedlichen Mitteln führen, besonders wichtig ist - ganz gleich, ob sich vor Ort nun die durchsetzen, die weiter hart bleiben wollen oder die, die mehr für Verhandlungslösungen und Kompromisse sind (und die von außen dann vermutlich als "Kapitulanten" hingestellt würden).

Über die außerordentliche Rolle, die Pastorin Haas vor allem seit Beginn des Hungerstreiks in Bischofferode spielt, brauche ich Sie nicht zu informieren. Ich habe erlebt, daß sie wirklich jeden Tag viele Stunden im Kali-Werk ist und dort gebraucht wird: die nun schon wochen- und monatelang andauernde Anspannung und Unsicherheit werden für eine Reihe der Kumpel und der beteiligten Frauen, die sich praktisch rund um die Uhr engagieren, einfach zu viel, was sich in Ehekrisen, Alkoholproblemen usw. auswirkt. In diesen und anderen Krisensituationen ist Frau Haas zur Stelle; von der Verantwortung für die nun schon über zehn ökumenischen Gottesdienste, die sie gemeinsam mit dem katholischen Ortspfarrer trägt, und die für Bischofferode und weit darüber hinaus eine ganz große Bedeutung haben, nicht zu reden. Nun geht diese Arbeitslast natürlich auch an Pastorin Haas nicht spurlos vorüber - es ist ihr deutlich anzumerken, daß sie sich viel zu viel zumutet.

Meine Frage an Sie wäre, ob Sie eine Möglichkeit sehen, wie man Frau Haas für einige Zeit entlasten könnte?

Solange der Arbeitskampf in der bisherigen Form weitergeht, braucht sie dringend jemand, der ihr für drei bis vier Wochen bei der "normalen" Gemeindearbeit hilft, die jetzt verständlicherweise zu kurz kommen muß. Und noch dringender wäre, wenn sie selbst wenigstens für vierzehn Tage Urlaub machen und etwas Abstand von den Bischofferöder Ereignissen gewinnen könnte. Daß ihr an einer befristeten Hilfe für die Gemeindearbeit gelegen ist, weiß ich von ihr selber. Von Urlaub will sie momentan zwar nichts wissen, aber ich bin davon überzeugt, daß sie ihn sehr sehr dringend benötigt. Ich werde mich auch hier in Berlin im Umfeld der Gossner Mission nach jemand umsehen, der bzw. die bereit und in der Lage zu solch einem Vertretungsdienst in Bischofferode wäre. Sollte ich damit Erfolg haben, würde ich mich natürlich zunächst mit Ihrer Kirchenleitung in Verbindung setzen.

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich der Einfachheit halber Herrn Landesbischof Hoffman in Eisenach zur Information eine Kopie dieses Briefes sende.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für Ihre Arbeit
Ihr

Harald Luper

ZENTRALE KOORDINIERUNGSSTELLE VON SOLIDARITÄTSAKTIONEN FÜR BISCHOFFERODE

Presseerklärung

Zu Beginn ihrer Beratung am 21.8.1993 in Bischofferode informierten sich die ca. 180 anwesenden Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über Aktivitäten der Solidaritätskomitees für Bischofferode in Berlin, Köln, Kassel, Frankfurt/Oder, Frankfurt/Main, München, Hamburg, Gelsenkirchen und Ludwigshafen. Im Ergebnis ihrer Diskussion trafen sie folgende Festlegungen:

- Am 2. und 3. Oktober 1993 sollen im Zusammenhang mit dem "Tag der deutschen Einheit", insbesondere in den neuen Bundesländern, zahlreiche örtliche und regionale Widerstandsaktionen gegen die herrschende Politik der Arbeitsplatzvernichtung und des Sozialabbaus durchgeführt werden. Diese werden genutzt, um den Kampf zum Erhalt des Kaliwerkes in Bischofferode zu stärken.

Für den 30. 10.1993 wird ein weiterer zentraler Aktionstag zur Verteidigung der Kali-Arbeitsplätze in Bischofferode vorbereitet.

- Der Aufruf der 3. Konferenz von Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaftsvertrauensleuten "Gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus" vom 19.6.1993 wird unterstützt. Darin heißt es:

"Zum Gedenken an die Opfer nationalistischer Gewalt und zum Zeichen des Protestes gegen eine Politik, die diese Gewalt befördert, soll in der Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1993 in der Zeit von 12.00 Uhr bis 12.01 Uhr an allen Orten geschwiegen werden."

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Beratung kamen ferner überein:

- Der Kampf der Ammendorfer Waggonbauer zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze wird breite Unterstützung finden. Deshalb sollen sich möglichst viele Menschen an der Kampfdemonstration und -kundgebung am kommenden Dienstag in Halle beteiligen.

- Die dienstags für 11.55 bis 12.00 Uhr vom Thüringer Aktionsbündnis initiierten Maßnahmen des zivilen Ungehorsams werden unterstützt. Sie sollen auch in anderen Bundesländern Praxis werden.

- Auf dem im September 1993 stattfindenden außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bergbau/Energie muß die Forderung nach gewerkschaftlicher Solidarität für den Kampf der Bischofferoder Kalikumpel offensiv erhoben und verteidigt werden.

Berlin, den 22.8.1993

Spendenkonto: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 83921362

BLZ 100 500 00
Kennwort "Komitees für Gerechtigkeit"

Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin

Telefon: (030) 284 09 316
Fax: (030) 284 09 317

Presseerklärung

Wir teilen mit:

- 3.000 Thüringerinnen und Thüringer gaben erneut Beispiel für Widerstand

Bereits den dritten Dienstag haben Thüringerinnen und Thüringer mit ihrer Aktion "Fünf vor Zwölf" zivilen Ungehorsam praktiziert. Diese Maßnahme im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau wird auch in anderen Bundesländern unterstützt, darunter von Mitgliedern des Berliner Solidaritätskomitees für Bischofferode. So wurden heute nachmittag auf dem Alexanderplatz Informationsmaterialien über Bischofferode und das Thüringer Aktionsbündnis verteilt.

- Die Zentrale Koordinierungsstelle von Solidaritätsaktionen für Bischofferode hat mit Sorge Pressemitteilungen und Artikel zur Kenntnis genommen, in denen von politischen Kräften die Rede ist, die Bischofferode für organisationsegoistische Ziele mißbrauchen wollen. Wir distanzieren uns sowohl von derartigen Versuchen als auch von Bestrebungen, Solidaritätsaktionen für Bischofferode zu verunglimpfen.

Zu verschiedenen Erklärungen, wonach die Initiative Berliner bzw. ostdeutscher Betriebs- und Personalräte Konflikte innerhalb des Betriebsrates und der Belegschaft des Kaliwerkes in Bischofferode schüre und eigene Intentionen verfolge, erklärt der ehemalige Vorsitzende des Betriebsrates von BELFA, **P e t e r H a r t m a n n**:

Die Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte bzw. die Initiative ostdeutscher Betriebs- und Personalräte ist und bleibt überparteiisch. Uns ging und geht es ausschließlich um BEZAHLTE ARBEIT FÜR ALLE, die an ihr teilhaben wollen. Deshalb unterstützen wir die Belegschaft des Kaliwerkes in Bischofferode in ihrem Ringen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, organisieren gewerkschaftliche Solidarität. Wir stehen weder irgendwelchen Politikern in ihrem Wahlkampf zur Verfügung noch irgendwelchen Sekten, die aus Bischofferode den Startplatz für die Weltrevolution machen wollen. Uns interessiert, wer uns hilft, ökologisch vernünftige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Und wer das tut, den verteidigen wir auch gegen Anschuldigungen und Beleidigungen.

Berlin, den 24.8.1993

Presseerklärung

Wir, die Hungerstreikenden in Bischofferode,
setzen den Hungerstreik fort,

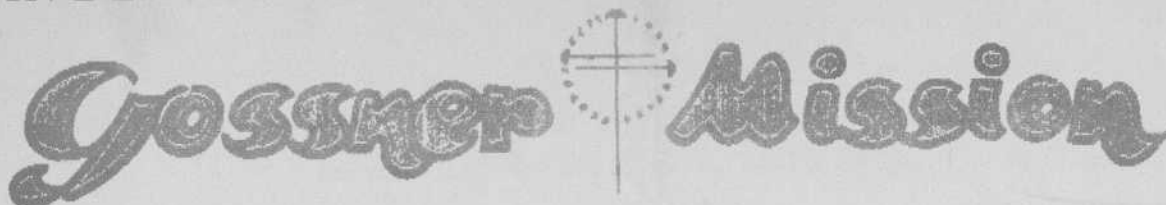
- wir hungern für den Erhalt der Grube
in Bischofferode,
- wir hungern für die Offenlegung des
Fusionsvertrages,
- wir hungern für die vielen Benachteiligten,
die uns ihre uneingeschränkte
Solidarität bekundet haben, in Ost wie West.

Die Hungerstreikenden

Bischofferode den 19. 8. 1993

i. H. *W. H. H. H. H.*

SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT



Gossner Mission · Albert-Schweitzer-Str. 113-115 · 55128 Mainz

PER TELEFAX AN DEN BETRIEBSRAT
DES KALIWERKES BISCHOFFERODE
Zu Hd. HERRN HARALD MESSLIN

036077-99271/99251

IHRE NACHRICHT VOM:

IHR ZEICHEN:

UNSER ZEICHEN:

MAINZ, DEN

17. August 1993

Lieber Harald,

von unserer Klausurtagung wollen wir Dich alle ganz herzlich grüßen und Dir sagen, daß wir oft an Dich gedacht haben und Deine Entscheidung von uns mitgetragen und unterstützt wird. Bitte gib unsere Grüße auch weiter an die Kolleginnen und Kollegen im Aktionskomitee und in den praktischen Aktionen.

Wir hoffen mit Euch, daß durch den EG-Einspruch neue Spielräume eröffnet werden und neue Chancen entstehen, um Euren berechtigten Anspruch auf Fortsetzung der Produktion im Werk Bischofferode durchzusetzen.

Herzliche Grüße von der Klausurtagung

Dieter Fiedler
Michael
Dieter Fiedler
Michael
Dieter Fiedler
Michael
Dieter Fiedler
Michael
Dieter Fiedler
Michael



Kali und Salz AG

Der Betriebsrat informiert

Anläßlich der Demonstration am 17.08.1993 für die Kali-Fusion äußert sich der Gesamtbetriebsrat zur Sache:

7.500 Arbeitsplätze in Ost und West stehen auf dem Spiel

Durch Bischofferode wird ein schiefes Bild gezeichnet: Dort wird für 700 unwirtschaftliche Arbeitsplätze gehungert und alle Welt nimmt Anteil. Daß jedoch K+S und die Treuhandanstalt alles tun, um 7.500 Arbeitsplätze in der deutschen Kaliindustrie zu erhalten, geht in der Bischofferode-Diskussion häufig unter. Und außerdem: 3.000 dieser Arbeitsplätze sind in Ostdeutschland - in Sachsen-Anhalt und in Thüringen.

Deshalb fordern wir Kali und Salz und die Treuhandanstalt auf: Opfert keinen der 7.500 Kali-Arbeitsplätze! Unsere Kollegen bei K+S und bei der Mitteldeutschen Kaliindustrie haben für so etwas kein Verständnis.

Belegschaften und Betriebsräte von K+S und MdK und auch die IGBE tragen die Entscheidung mit, daß in beiden Unternehmen rund 3.500 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen und nicht etwa nur 700 in Bischofferode!

Die deutsche Kaliindustrie in Ost und West muß wirtschaftlicher werden, wenn sie überleben will. Dafür sind wir bereit, Opfer zu bringen. Wir bringen aber keine Opfer, damit ein unwirtschaftliches Werk wie Bischofferode auf Staatskosten erhalten wird. Entsprechende Arbeitsplätze gehen dann nämlich bei uns verloren, weil man jede Tonne Kali nur einmal verkaufen kann.

Kollegen von Bischofferode: Nehmt die Tatsachen endlich zur Kenntnis. Der Bund und Eure Landesregierung in Thüringen haben Euch Arbeitsplätze und damit mehr Sicherheit angeboten, als sonst jemand erhalten hat. Nehmt das Angebot an!



Kali-Monopol - eine Legende!

Je länger sich die Fusion hinzieht, desto mehr Legenden bilden sich. Zum Beispiel die, daß mit der Zusammenführung der west- und ostdeutschen Kaliindustrie ein "Monopolist" entsteht.

Wer ist Monopolist? Das ist jemand, der in der Lage ist, den Preis zu diktieren und dicke Gewinne einzustreichen. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Weder K+S, die Mitteldeutsche Kali AG, noch in Zukunft das Gemeinschaftsunternehmen können Kali-Preise hochtreiben. Und fette Gewinne? Allein K+S mußte sich in den letzten Jahren rd. 130 Mio. DM Verluste ans Bein binden. Und MdK macht noch höhere Verluste. Auch unser Gemeinschaftsunternehmen wird allergrößte Anstrengungen unternehmen müssen, um nach fünf Jahren einen bescheidenen Gewinn erzielen zu können.

Der Weltkalimarkt ist so durchschaubar, daß die Preise, die von den internationalen Wettbewerbern vorgegeben werden, auch das Preisverhalten von K+S bestimmen. Die Preise in Europa und Deutschland richten sich nach den internationalen Preisen auf US-Dollar-Basis. Das heißt: Der deutsche Bauer kauft so ein wie z.B. der amerikanische.

Die Kali und Salz AG und künftig auch das Gemeinschaftsunternehmen gehören nicht zu den führenden Anbietern im Kalimarkt. Das sind vielmehr Russen und Weißrussen, Kanadier, Jordanier sowie Israelis.

Soweit die Monopol-Legende. Weitere Legenden ranken sich um die angeblich einmalige Produkt-Qualität des Bischofferoder Kali.

Das machen wir nicht mit!

Im Umfeld von Bischofferode gibt es Leute, die versuchen, einen Keil zwischen die ost- und westdeutschen Kalikumpel zu treiben. Damit eins klar ist: Das machen wir nicht mit!

Rund 40 Jahre war die deutsche Kaliindustrie getrennt. Das reicht. Jetzt legen wir das zusammen, was zusammenpaßt. Im neuen Gemeinschaftsunternehmen geht es nicht mehr um Ost und West, sondern darum: Wer kann was am besten? Der produziert!

Aus diesem Grunde werden auch Produktionen von West nach Ost verlagert, werden ostdeutsche Werke ausgebaut, müssen K+S-Standorte zumachen - so schlimm das für die Betroffenen ist. Werke, die nur ein Produkt aufgrund ihrer Lagerstätte herstellen können, haben keine Zukunft. Auch wir vom Betriebsrat haben die Zahlen und Berechnungen unter die Lupe genommen. Der Konkurrenzkampf auf dem Kaliweltmarkt ist knallhart.

Aus vielen Begegnungen mit unseren Kollegen von den ostdeutschen Werken wissen wir, daß sie sich auf den Neuanfang und die Zusammenarbeit freuen. Wir tun das auch. Wie die Zusammenarbeit funktionieren kann, davon können die 150 Kollegen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt erzählen, die bereits in Hattorf, Wintershall und Sigmundshall bei uns arbeiten. Hinzu kommen weiter 100, die bisher nicht im Kali gearbeitet haben.

Wir fordern die EG-Behörden, die im Augenblick den Fusionsvertrag prüfen, mit allem Nachdruck auf: Beeilt Euch bitte! Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!

Die deutsche Kaliindustrie geht an Krücken!

Das weiß bei K+S jeder. Allein in den letzten drei Jahren wurden auf unseren Werken 1.400 Arbeitsplätze abgebaut. Durch die Fusion sind weitere 1.700 fällig. Das ist hart. Trotzdem: Wir ziehen mit!

Warum? Nur mit der Bereitschaft, unternehmerische Entscheidungen mitzutragen, wie z.B. die Kosten zu senken, mehr als eine Million Tonnen Überkapazität abzubauen, im neuen Gemeinschaftsunternehmen das zusammenzulegen, was sich rechnet, kriegen wir wieder Boden unter die Füße. Im Klartext heißt das: Die deutsche Kaliindustrie hat nur dann eine Chance, wenn sie wirtschaftlich arbeitet und ihre frühere Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt. Da hapert es nämlich besonders.

Deshalb bleibt nichts anderes übrig als

den gesunden Kern der deutschen Kaliindustrie zu erhalten!

Verlustbringer wie Bischofferode (mehr als 20 Mio. DM Verlust pro Jahr) können wir uns nicht leisten, wenn wir eines Tages nicht alle "baden gehen" wollen. Durch die "Roßkur" Kali-Fusion besteht die Chance, 7.500 Arbeitsplätze - davon 3.000 im Osten - zu erhalten. Darum geht es letztlich! Deshalb stehen die Belegschaftsvertretungen und die IGBE voll hinter dem Kali-Fusionskonzept.

Der K+S-Betriebsrat

cvd Mon Aug 16 11:43 Seite 1

Titel	Quelle	Nummer	Zeit	Zeile
Bergbau/Kali	DPAPlu	nrf213	Mon Aug 16 11:38	

200 11:38 dpa 0106

EG-Kommission will Zuständigkeit für Kali-Fusion erst prüfen =

Brüssel/Bischofferode (dpa) - Die EG-Entscheidung zu Bischofferode verzögert sich weiter: Die EG-Kommission hat am Montag in Brüssel beschlossen, in den kommenden vier Wochen zu prüfen, ob der Zusammenschluß zwischen der Mitteldeutschen Kali AG (Mdk/Sondershausen) und der BASF-Tochter Kali und Salz (Kassel) einen Fall für die EG-Fusionskontrolle darstellt oder nicht. Dies erklärte der Sprecher des für Wettbewerbsfragen zuständigen EG-Kommissar, Karel van Miert. Falls die EG den Zusammenschluß prüfen wird, beträgt die dafür veranschlagte Frist weitere vier Monate.

Van Miert sagte nach Angaben seines Sprechers, daß "ernste Bedenken" gegen den Zusammenschluß bestünden. Es entstehe dadurch eine "sehr marktbeherrschende Stellung". Deshalb müßten auch die Auswirkungen auf den EG-Binnenmarkt geprüft werden.

Die Bergleute im Kali-Werk Bischofferode wollen an diesem Dienstag auf einer Belegschaftsversammlung über den Fortgang ihrer Protestaktionen beraten. Am selben Tag wollen nach Angaben des Betriebsrats Bergleute mit dem Vorstand des Mutterunternehmens Mdk in Sondershausen zusammentreffen. Bei dem Treffen wird es voraussichtlich auch um das vom Mdk-Vorstand gestellte Ultimatum am 20. August über ein Ende der seit April andauernden Betriebsbesetzung gehen.

Ein erneutes Gespräch in der Thüringer Staatskanzlei werde es entgegen früherer Angaben am Montag nicht geben. Auch an der Zusammenkunft von Vertretern Thüringer Krisenbetriebe mit Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) wollen die Bergleute am Montag nicht teilnehmen.

dpa mg el
161135 Aug 93

auch Unternehmer und Gewerbetreibende. Und deren Adressen sind nicht nur deutsche, sondern internationale. Inzwischen finden wir Gehör und Unterstützung auf allen Kontinenten dieser Erde. Wie dubios müssen diese sich mit uns Solidarisierenden sein?

Wir bitten Euch, wie es im Aufruf zur Demonstration am 17. 8. 93 geschrieben steht, forthin jedwede einseitige Darstellung abzulehnen und mit uns gemeinsam zu fordern:

Schluß mit der Geheimniskrämerei! Alle Dokumente auf den Tisch!
Wir wollen uns gemeinsam ein Bild machen!
Wir wollen uns nicht spalten lassen!

Glück auf!

Die Kumpel aus Bischofferode

Offener Brief

Bischofferode, den 16. 8. 1993

An die Kolleginnen und Kollegen
der Kali und Salz AG Kassel
und die Mitglieder der
Gewerkschaft Bergbau und Energie

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jüngst riefen der Betriebsrat der Kali und Salz AG und die IGBE zu einer Demonstration vor der Hauptverwaltung der K&S am 17. August, 17.00 Uhr auf. Auf dem Flugblatt heißt es u. a.:

"In den letzten Wochen ... ist von verschiedener Seite in unverantwortlicher Weise die Kali-Fusion einseitig dargestellt worden." Es stehe nur ein Betrieb im Mittelpunkt. "Damit muß jetzt Schluß sein! Denn es geht um mehr, um das Ganze, um den Erhalt des deutschen Kali-Bergbaus mit 7.500 Arbeitsplätzen..."

Jawohl, damit muß jetzt Schluß sein! Wenn der Fusionsvertrag öffentlich gemacht wird, dann ist automatisch Schluß mit einseitiger Darstellung.

Wir, die Belegschaftsvertreter des Kaliwerkes Bischofferode, haben den gleichen Kummer wie Ihr. Wir sehen leider zu selten unsere Gedanken, Argumente und die Ziele und Hintergründe unseres Arbeitskampfes sachlich richtig dargestellt. Laßt uns deshalb gemeinsam etwas dafür tun, daß alle Beteiligten und Betroffenen einander zuhören und verstehen lernen.

Unterstützt unser Bestreben, den Fusionsvertrag offenzulegen. Das ist der erste Schritt zur Vermeidung von Mißverständnissen und Schuldzuweisungen!

Macht Euch mit unseren Sorgen und Befürchtungen vertraut, aber auch mit unseren Argumenten:

Denn:

1. Die Bischofferöder Produkte stehen natürlich nicht als Agrardüngemittel, wohl aber als Vorprodukt für die Herstellung von Kaliumsulfat nach dem Mannheim-Verfahren einzigartig da gegenüber dem Sortiment aller anderen Werke des Fusionsunternehmens.

Und unser K60/K61 als solches Vorprodukt ist z. Z. und bis auf weiteres von anderen deutschen Schächten in den geforderten Eigenschaften nicht ersetzbar. Das mußte sogar Herr Dr. Schucht von der Treuhandanstalt einräumen. Von dieser Seite her gefährden wir nicht einen Eurer Arbeitsplätze, weil demzufolge unsere Abnehmer andere als Eure Kunden sind.

Damit ist auch entkräftet, daß der Markt hoffnungslos übersättigt sei.

Am 6. 8. 93 mußte der Vorstand der K&S AG einräumen, daß wichtige Abnehmer des Bischofferöder Kali, z. B. der Kaliumsulfathersteller Tessenderlo-Chemie/ EMC-Belgien das im Austausch zu unserem Erzeugnis angebotene Zielitzer Produkt nicht akzeptiert. Die anderen Abnehmer hatten sich auf Ersatzlieferungen aus Zielitz erst gar nicht eingelassen.

Neben der Körnung ist beispielsweise für die Lieferungen nach Dänemark von Bedeutung, daß unser K60 unbehandelt und damit frei von chemischen Rückständen und Zusätzen ist, wie sie z. B. bei der Rohsalzverlösung durch das Flotationsverfahren auftreten.

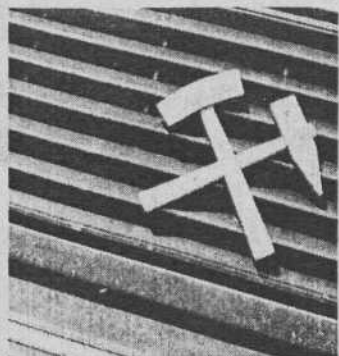
Das Bischofferöder Produkt ist also kein Standardprodukt, wie Treuhandvorstandsmitglied Dr. Schucht und seine Präsidentin der Öffentlichkeit ständig einzureden versuchen.

2. Der Verbrauch von Kaliumsulfat und sulfathaltigen Mehrnährstoffdüngern ist in den letzten Jahren stärker gestiegen als der Kaliverbrauch insgesamt. Für die Zukunft existieren zumindest keine gegenteiligen Prognosen, weil in den großen Verbrauchsgebieten der Welt die Böden Schwefeldefizite aufweisen und sulfathaltige Mehrnährstoffdünger deshalb als Zukunftsprodukte gelten.
3. Interessant ist, daß die dem Werk Bischofferode zugeschriebenen Jahresverluste jüngst beinahe von Tag zu Tag höher ausfallen, während die effektiv erzielten Verkaufserlöse vor uns geheimgehalten werden. Die Verluste wuchsen von angeblich 20 Mio (Schucht), über 26 Mio (THA am 30. 7. 93) auf 20 - 40 Mio (Bethge Anfang August 93) und schließlich sogar auf 46 Mio DM (K&S AG am 6. 8. 93 - Pressekonferenz). Übrigens liegt unser Werk bezüglich der verursachten Kosten im gesamtdeutschen Vergleich im Mittelfeld der nicht von Stilllegung betroffenen Gruben! Die Begründung, das Werk aus betriebswirtschaftlichen Gründen zu schließen, ist also mehr als fragwürdig, wir meinen sogar, es ist eine Lüge!
4. Die von der Treuhandanstalt behauptete "intensive weltweite Suche" nach Interessenten für die ostdeutsche Kaliindustrie, die mit der Beauftragung der Londoner Investmentbank Goldman & Sachs im April 1992 einsetzte, hatte ganze 4 Monate gedauert. Davor war Kali&Salz schon lange da (z. B. 6 Tage nach dem Mauerfall am 15. 11. 89 in der Grube Merkers), sorgte auch dafür, daß seit 1990 kein ostdeutsches Kali mehr auf den westdeutschen Kalimarkt gelangte. Wir wollen kein Auspielen Kalikumpel Ost gegen Kalikumpel West - wir wollen aber faire Bedingungen und gleiche Chancen für alle. Wo aber ist Gerechtigkeit, wenn Grubenschließungen in Westdeutschland über Jahre gestreckt werden, im Osten aber in wenigen Monaten vollzogen werden sollen? Wo ist Gerechtigkeit bei Abfindungs- und anderen Regelungen?

Und wo ist Gerechtigkeit, wenn man bedenkt, daß unser Werk der letzte einigermaßen bedeutsame Arbeitgeber einer ganzen Region ist?

Wo ist Gerechtigkeit, wenn die schon entlassenen 22 000 Stütharrevierbergleute noch heute auf insgesamt rund 27 Mio DM versprochene Abfindung warten müssen?

5. Es wird behauptet, wir seien undankbar, wenn wir die Ersatzarbeitsplatzangebote von Bundes- und Landesregierung ablehnen. Wir lehnen sie ja gar nicht ab. Wir sagen nur, daß es höchste Zeit ist, solche Alternativen zu schaffen - und zwar für die, die seit Jahren ohne Arbeit sind und anderenfalls auch keine mehr finden werden - unsere 22 000 ehemaligen Kolleginnen und Kollegen und die Arbeitslosen aus anderen Branchen. Wir aber können und wollen weiter im Schacht arbeiten.
6. Es wird behauptet, mit unserem Wunsch weiterzufördern, würden wir auf Dauer subventionierte Arbeitsplätze beanspruchen, also "sozialistische" Wirtschaft wiederbeleben wollen. Wir sind es schon müde zu wiederholen, was jahrelang in Westdeutschland in der Kohle praktiziert wurde. Wir verweisen nur darauf, daß eine zeitweilige Stützung unserer Produktion den Steuerzahler wesentlich billiger käme, als die Finanzierung der Verluste des Gemeinschaftsunternehmens und die Schließung des Kaliwerkes Bischofferode.
7. Als wirtschaftspolitische Stütze wird von den Regierungen in Bonn und Erfurt immer der Mittelstand hervorgehoben. Warum also privatisiert man unser Werk nicht unabhängig und losgelöst von den anderen zur Fusion bereiten Kaliwerken? Daß wir uns auf dem Markt nicht "totkonkurrieren" werden, ergibt sich aus unseren unterschiedlichen und jeweils schon lange feststehenden Marktanteilen.
8. Man sagt, wir erzählen die "Mär" vom bösen Monopolkapitalismus und lassen uns von "dubiosen" Parteien und Verbänden "aufhetzen". Gemeint werden damit die PDS, die Komitees für Gerechtigkeit und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative. Doch dazu später. Die Erkenntnisse von der Gewaltigkeit der Monopolinteressen, in unserem Fall des BASF-Riesen, haben uns in erster Linie die Vertreter des Kapitals und deren Helfershelfer selbst nahe gebracht, z. B. mit den lügenhaften Behauptungen von der Unwirtschaftlichkeit unseres Werkes, dem sogenannten Standardcharakter unserer Produkte, der Weigerung, eine Teilprivatisierung zu vollziehen oder der Verhinderung der Vertragsoffenlegung usw. Glaubt nicht, wir wären so einfältig, solches Verhalten nicht deuten zu können!
9. Was die sogenannten dubiosen Einflüsterer betrifft: Zum einen sind sie es, die uns am uneigennützigsten durch Spenden und Mitarbeit, durch Rat und Tat zur Seite standen und stehen, aber sie stehen ja nicht allein! In einer Reihe mit ihnen stehen Gewerkschafter fast aller Einzelgewerkschaften (auch der IGBE) und des DGB, Mitglieder der CDU, (natürlich mehr die sogenannten einfachen), der SPD, der Bürgerbewegungen, Vertreter der Kirchen,



Wenn der Westen wollte, wäre die Kaligrube Bischofferode ein Umweltmusterknabe ■ Von H.-J. Tenhagen

Weniger Umwelt, mehr Kartell

Die Absprachen wurden klar gefaßt. Die Kaliwerke von Thüringen und Hessen dürfen im Verhältnis zwei zu eins die Werra verschmutzen. Jährlich zwei Millionen Tonnen Salz dürfen aus Thüringen in die Werra eingeleitet werden. Am Pegel in Gerstungen – unterhalb aller Einleitungsrohre – darf die Werra nicht mehr als 2,5 Gramm Salz pro Liter Wasser mitführen. Ziel der Vereinbarung: Die Trinkwasserversorgung Bremens aus der Weser soll sichergestellt werden. Das Werrawasser wäre nach dem Zusammenfluß mit der Fulda in der Hansestadt so weit verdünnt, daß höchstens 0,35 Gramm Salz pro Liter Wasser den Strom hinunterkommen. Der Werra-Verschmutzungsvertrag wurde von Hessen und Thüringen 1913 unterzeichnet.

Heute, 80 Jahre später, meldet der Gewässergütebericht der Bundesregierung, daß in Spitzenzeiten das Bremer Weserwasser etwa ein Gramm Werrasalz enthält – fast dreimal so viel, wie vorgesehen. Verantwortlich dafür sind nach wie vor die Kaligruben in Hessen und Thüringen. Die thüringischen Gruben etwa leiteten 1992 noch 11 Millionen Kubikmeter Salzlauge in die Werra ein. Die hessischen Gruben der Kali u. Salz AG begnügten sich nach eigenen Angaben mit nur 2,3 Millionen Kubikmeter Salzlauge. Das meiste Abfallsalz wird dort aufgehaldet. Weil aber über 70 Prozent der jährlichen Fördermenge auf der Halde landen, verschandeln Kali-u.-Salz-Salzberge von 130 bis 140 Millionen Tonnen die hessische Landschaft. Die Alternative, den salzigen Abraum gleich wieder unter Tage zu verbringen, würde, so Kali u. Salz, fast so viel kosten, wie die Förderung selbst und wäre damit unwirtschaftlich.

9 Millionen Kubikmeter Salzlauge jährlich werden in Hessen in eine poröse Gesteinsschicht im Umkreis von rund 100 Quadratkilometer um die Kaligruben verpreßt. Seit dem Beginn der Verpressung in den späten zwanziger Jahren sollen dort etwa 900 Millionen Kubikmeter hochprozentige Salzlauge angekommen sein. In der DDR allerdings mußte die Verpressung 1968 eingestellt werden, weil das Salzwasser sich im Laufe der Zeit durch das Gestein drückte und das Trinkwasser von Eisenach gefährdete. Zu DDR-

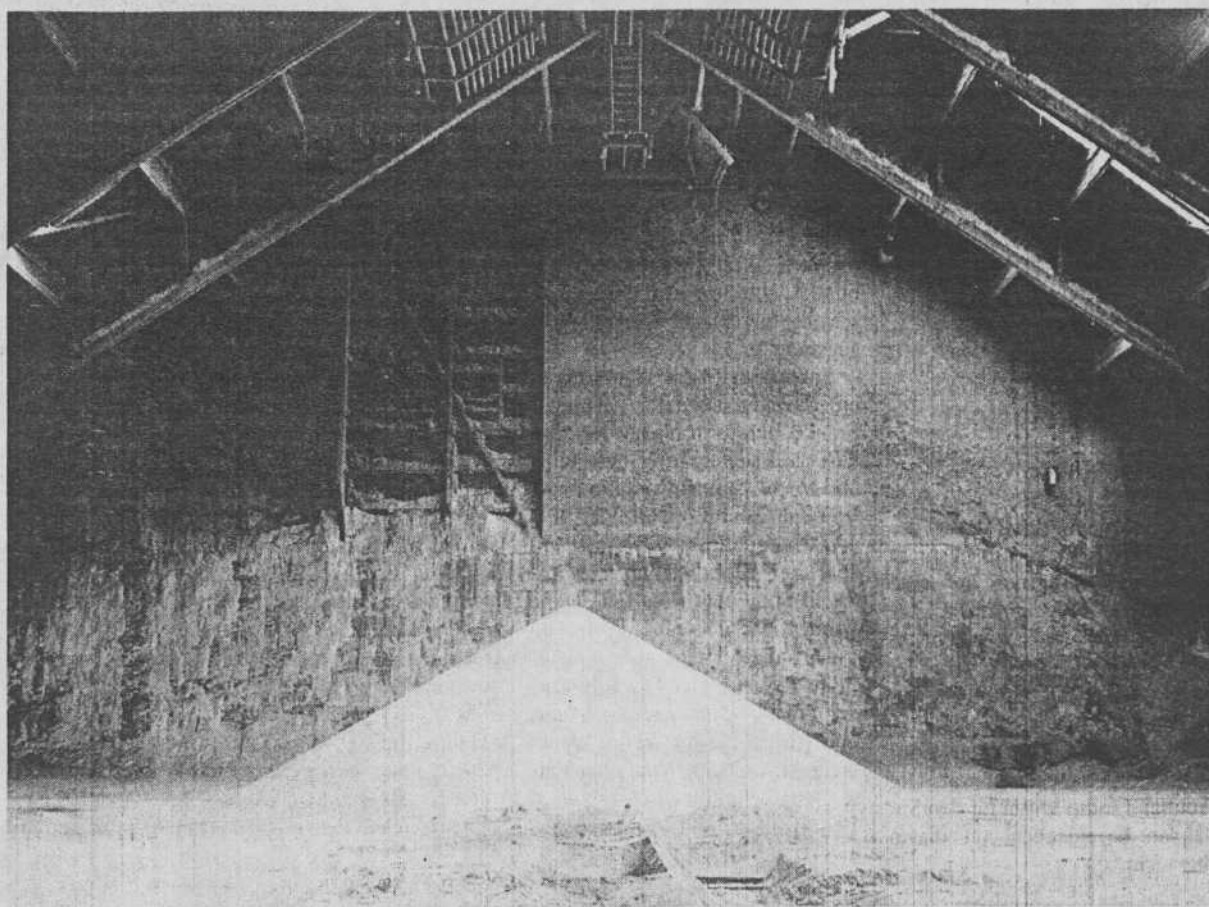
Zeiten argumentierten die hessischen Kaligruben – die samt und sonders zur Kali u. Salz AG (Kassel), einer 75-prozentigen BASF-Tochter gehören – für die Versalzung sei vor allem die DDR verantwortlich, im Westen würden nicht einmal der zulässige Anteil von einem Drittel eingeleitet.

Nach der Wende ist auch für die Kali-Industrie alles anders. Einst waren 32.000 Menschen im ostdeutschen Kalibergbau beschäftigt. Sie förderten ein Drittel der weltweiten Produktion. Nach dem Willen der Treuhand dürfen heute nur noch 1,1 Millionen Tonnen hergestellt werden. Die verbliebenen 3.000 Arbeitsplätze soll Westmonopolist Kali u. Salz übernehmen – der nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Ralf Bethke dann drittgrößter Lieferant weltweit werden will.

Für die Umwelt bringt die Schließung der DDR-Gruben zweifellos Vorteile. Kali u. Salz (Kassel) will neben der Kaligrube Zielitz in Sachsen-Anhalt nur eine der Gruben im thüringischen Werra-gebiet weiterführen: Unterbreizbach. Der Rest soll dichtgemacht werden, bzw. wurde bereits geschlossen. Eine rein betriebswirtschaftliche Logik der Kali-u.-Salz-Manager: Unterbreizbach liegt so nahe an zwei von Kali u. Salz betriebenen hochmodernen Westgruben Philippstal und Heringen, daß die drei zu einem Produktionsverbund zusammengeführt werden können. Weniger Arbeit bei gleichem Förderergebnis. Zunächst, so die Absicht von Kali u. Salz, wird Unterbreizbach mit hundert Millionen Steuergeldern saniert, später könnte die Salzförderung aus Unterbreizbach die nicht ausgelasteten Verarbeitungsanlagen amortisieren helfen und so die Kostenstruktur verbessern. Ein feines Geschäft für Kali u. Salz.

Die innere Logik der Kali u. Salz spricht zunächst für Unterbreizbach und die politische Macht der Kali u. Salz sorgt bislang dafür, daß in Bischofferode kein Konkurrenz zum Zuge kommt. Zum einen hat Kali u. Salz mit einer Konkurrenzausschlußklausel im Vertrag mit der Treuhand als Eigner der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) vorgebaut. Danach darf die Treuhand stillzulegende Gruben nicht an andere potentielle Kaliunternehmen veräußern. Diese Klausel zielt direkt auf Bischofferode, die

Fabriklager für Kaliumchlorid in Wintershall
Fotos: Myriam Vollmershausen



80 Prozent ihrer Produktion an westliche Abnehmer lieferten.

Drücklich macht normalerweise auch die Kali-u.-Salz-Konzernmutter BASF den eigenen Einfluß in Bonn geltend. Bundeswirtschaftsminister Günther Rexrodt (FDP) hielt das Kartellamt, das offenbar Einwände gegen den Fusionsvertrag hatte, von der Prüfung ab. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verdiente schließlich bei BASF seine ersten beruflichen Sporen, weshalb das BASF-Management die Interessen der Chemieindustrie auch immer wieder nachdrücklich im Kanzleramt vertritt. Das geht soweit, daß die bekannteste deutsche Giftmülldeponie im Salzschatz im hessischen Herfa-Neurode zwar der Kali u. Salz gehört, aber nicht Bestandteil des fusionierten Unternehmens ist. Hintergrund: Herfa-Neurode ist mit

seinen saftigen Gebühren für über 130.000 Tonnen neu eingelagerten Giftmüll im Jahr ein Gewinnherd, das fusionierte Kaliunternehmen bekommt wegen zu erwartender Verluste zunächst eine Milliardenspritze vom Eigentümer Treuhand. Die Treuhand kümmert sich nicht nur um die Altlasten, sie ist auch für die Fusionsverluste der Jahre bis 1997 bis zu 90 Prozent gerade, gewinnträchtige Sparten gliedert ein kluges Westunternehmen an dieser Stelle lieber aus. Der Coup wurde erst vollständig als die Kaligrube Sprinker, die die Thüringische Landesregierung gerne zur Giftmüllkippe und Konkurrenz von Herfa-Neurode aufbauen wollte, per Fusionsvertrag jetzt der Kali u. Salz zugeschlagen wird.

Die thüringische und hessische Landesregierung haben bei der Fusion von Kali u. Salz und MDK

überhaupt nichts zu lachen. Die Thüringer sehen zu, wie sich Kali u. Salz die Rosinen aus der MDK herauspicks und sowohl Umwelt- wie soziale Probleme dem Land überläßt. Die Hessen wissen, das Kali u. Salz mit seinen 4.500 Arbeitsplätzen kein Kleinunternehmen ist. Außerdem sind die Wasser-(Versalzungs)rechte an der Werra mehr als 50 Jahre alt. Und juristisch ist es nicht so einfach, dort heranzukommen. Das sagt zumindest Uli Kist, zuständig für die Kali u. Salz im hessischen Umweltministerium. „Man kann die Einleitungsmodalitäten ändern, aber wenn man an den erlaubten Mengen rührt, wird's schwierig. Da droht Schadenersatzpflicht.“

Dabei haben die noch 1991 erneuerten Genehmigungen zur Werraeinleitung mit der Realität nur noch wenig zu tun. „Die mei-

sten Fachleute sind sich einig“, hat Kist auf einer Kasseler Tagung im März beobachtet, „daß das Werrasalz nicht nur aus den Einleitungsrohren der Kali u. Salz kommt, sondern auch aus den Salzschwämmen ins Grundwasser und dann in die Werra gelangt“. Der Ministerialbeamte weiß, mit welchen Maßnahmen die Umweltprobleme des Kalis verringert werden könnten. Neuere Aufbereitungsverfahren vermindern die Salzlauge, Salzabfälle könnten weiterverwertet werden und ein größerer Teil des Abraumsalzes kann Untertage verbracht werden. Dies ist der Kali u. Salz bekannt. Jörg Holland, Leiter der dortigen Umweltaußerung, räumt ein, daß mit 20 bis 30 Mill. Mark der Umwelt pro Jahr ein bis zwei Mill. Tonnen Salzlauge erspart werden könnten. „Aber das ist viel Geld für wenig Resultat.“

Der Umwelttechnik-Krimi namens ESTA

■ Kali u. Salz wollte moderne Umwelttechniken nur gegen Marktanteile an die DDR geben



In den siebziger Jahren entwickelte die westdeutsche Kali u. Salz AG ein neues Verfahren, um das für die Düngemittelproduktion abgebaute Kaliumsalz von nicht nutzbaren Salzen, in erster Linie Kochsalz, zu trennen. Das sogenannte ESTA-Freifallscheide-Verfahren.

In einem 40 bis 50 Meter hohen Turm werden an den Wänden mit elektrischer Spannung elektromagnetische Felder aufgebaut. Das abgebaute Salz wird feingemahlen oben in den Turm gekippt. Je nach Ionen-Anziehung und Abstoßung sortiert kommen die verschiedenen Salze auf dem Boden des Turmes an.

Der Vorteil: Es fällt keine Salzlösung mehr an, die dann die Flüsse versaut.

Bonn versuchte dieses Verfahren jahrelang der DDR-Regierung anzudienen. Doch aus dem Deal wurde nichts. Kali u. Salz stellte sich zunächst bockig. In der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen hieß

es 1983: Der Patentgeber, (Kali u. Salz d.R.) werde eine Lizenz nur in die DDR vergeben, „wenn er keine wirtschaftlichen Nachteile zu erwarten hätte“. Konkret schwebte Kali u. Salz vor, daß die DDR für diese Lizenz auf Marktanteile im Westen verzichten sollte. „Wenn mit dem Verfahren vermehrt Kaliumsulfat produziert worden wäre, hätte das nicht auf den westlichen Markt gehen dürfen, um den Markt von Kali u. Salz nicht zu beeinflussen“, erinnert sich Heinrich Taubert an das Junktim. Taubert, als Chef des Ost-Kali-Kombinats an den streng geheimen Verhandlungen beteiligt, lehnte damals ab. 20 bis 25 Millionen Westmark „Eintrittsgebühren“ zum Ausprobieren der Westtechnik und dann das gewonnene Produkt allein auf den Ostmarkt verkaufen dürfen, das wollte die DDR nicht.

Auch nach der jetzt beschlossenen Fusion von Kali u. Salz mit der Mitteldeutschen Kali (MDK) wird das ESTA-Verfahren in Thürin-

gen allerdings keine Anwendung finden: „Weil die Investition zu teuer und die Realisierungszeit zu lang geworden wäre“, begründet MDK-Vorstand Heinz Mühlberg den Verzicht. Man wolle in dem einzig übriggelassenen thüringischen Bergwerk Unterbreizbach für 22 Millionen Mark das Flotationsverfahren neu installieren, bei dem auch kaum Abwasser anfällt. Das abgetrennte Kochsalz könne nach der Flotation in Unterbreizbach wegen der günstigen Geologie künftig sogar direkt unter Tage verbracht werden. Das sei doch umweltfreundlich.

Ökonomisch sinnvoll wurde diese Entscheidung vor allem, weil die MDK zuvor auf die lukrative Produktion des Kaliumsulfats in den thüringischen Minen verzichtet hatte – insbesondere dort hätte das ESTA-Verfahren nämlich auch ökologisch Sinn gemacht.

Der Frankfurter Kaliexperte Engelbert Schramm vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Alfred Heinz im Thüringischen

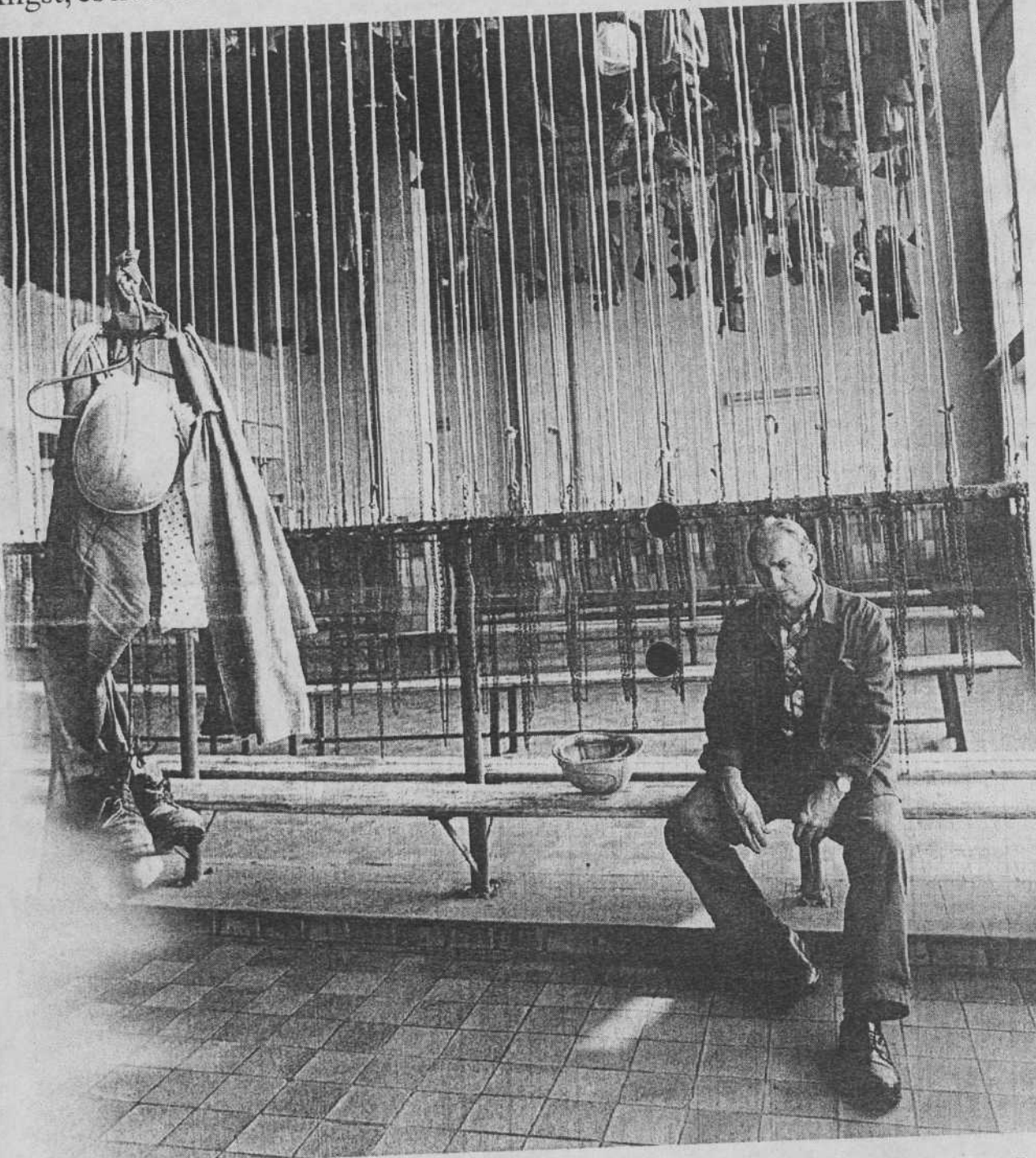
Umweltministerium und auch Kalifachleute beim hessisch-thüringischen TÜV waren sich auf Befragung der taz einig: Prinzipiell ist das Salz in Bischofferode mit der Freifallscheideverfahren besser und umweltverträglicher abzubauen als in den von Kali u. Salz künftig betriebenen Bergwerken Unterbreizbach und Zielitz. Ein auf Bischofferode hin optimiertes ESTA-Verfahren würde die Grube dort zum ökologischen Musterknaben der Kali-Industrie machen. „Das Ideale wäre, die Kali u. Salz ESTA-Technologie mit dem Bergwerk Bischofferode zu verbinden“, so Schramm. MDK-Manager Mühlberg winkt ab. „Die Variante ist nicht untersucht worden“, aber nach allem was er wisse, sei das „ein verfahrenstechnisch keinesfalls akzeptabler Zug“. Die Bergleute in Bischofferode weisen an dieser Stelle darauf hin, daß sie 80 Prozent ihrer Produktion ins westliche Ausland verkaufen konnten: An die ungeliebten Konkurrenten von Kali u. Salz.

die tageszeitung

Donnerstag, 12. August 1993
15. Jahrgang, Nr. 4083, 32. Woche
DM 1,70 (Mo-Fr) DM 1,90 (Sa)
Ost DM 1,50 (täglich)
Vertrieb
Kochstraße 18, 10969 Berlin
Postfach 610229, 10923 Berlin

Für Ostfirmen ist der Westmarkt tabu

Bischofferode wird nicht wegen Ökologie oder mangelnder Rentabilität stillgelegt, sondern aus Angst, es könnte den Westmarkt erobern / Aussagen eines DDR-Topmanagers erhärten Verdacht



In der „Waschkaue“ von Bischofferode wird die Kleidung unter der Decke aufgehängt.

Foto: Dietmar Gust/Zenit

Berlin (taz) – Die Kali und Salz AG verfolgt seit mindestens einem Jahrzehnt die Strategie, die Minen im östlichen Teil Deutschlands aus den westeuropäischen Märkten zu werfen. Dazu benutzte sie nach Aussagen eines führenden DDR-Kali-Managers gegenüber der taz auch überlegene Umwelttechnologie, die jetzt im Osten bewußt nicht eingesetzt werden soll.

Seit Anfang der achtziger Jahre verfügt die Kali u. Salz über ein Verfahren zur trockenen Trennung der erwünschten Kalisalze von unerwünschtem Kochsalz. Salzlaugen, die entsorgt werden müssen und die Umwelt gefährden, fallen dabei nicht mehr an.

Als die Bundesregierung drängte, die Verschmutzung von Werra (und damit der Weser) müsse verringert werden, wollte Kali u. Salz nur unter der Bedingung eine Lizenz ihres Verfahrens an die DDR vergeben, daß diese auf den Export nach Westeuropa verzichte. Mit dem neuen Verfahren dürfte Salz so „den Kaliumsulfatmarkt von Kali und Salz nicht beeinflussen“, erinnert sich der damalige Generaldirektor der ostdeutschen Kali-Industrie, Heinrich Taubert. Außerdem habe man in Geheimgesprächen 20 bis 25 Millionen Mark „Eintrittsgebühren“ für das Ausprobieren der sogenannten ESTA-Technologie verlangt. Die Verhandlungen über eine Verringerung der Werra-Versalzung liefen seit 1974. Ihren Höhepunkt fand die Auseinandersetzung zwischen Ost und West beim Besuch des SED-Parteichefs Erich Honecker 1987 in Bonn – ohne greifbares Ergebnis. Nach der Vereinigung hat die BASF-Tochter Kali u. Salz AG die Ostkonkurrenz endgültig ausgeschaltet. Die für die Kaliumsulfatproduktion interessante Grube Merkers in Thüringen wurde geschlossen und das Werk Bischofferode, das einen Großteil der Produktion an westeuropäische Konkurrenten von Kali u. Salz liefert, soll auch schließen. Die ESTA-Technologie, die Bischofferode zur ökologisch am wenigsten bedenklichen Grube Deutschlands machen würde, wird auch künftig östlich der Werra nicht eingesetzt.

Tagesthema Seite 3, Kommentar Seite 10

Kubas Dollar-Revolution

Seit Montag stehen Dollar-Shops auch den Einheimischen offen.

Aus Havanna berichtet Thomas Schmid. Seite 11

Minderheiten

„Wenn Türken in Deutschland die Rechte der Kurden in der Türkei hätten ...“, hält Altan Öymen, Herausgeber der Zeitung „Milliyet“, dem tazler vor. Seite 10

Holzhacker in Kanadas Regenwald

Kanadische und japanische Holzkonzerne nutzen alte Verträge, um einen der letzten nördlichen Regenwälder an der kanadischen Pazifikküste abzuholzen. 300 Demonstranten wurden am Montag festgenommen. Seite 7

V-Männer in Tibet

„Umerziehen“ wollen sie die tibetische Bevölkerung. Also schicken die chinesischen Behörden eine Lastwagenladung von Parteimitgliedern ins Kloster. Die erkundigen sich teilnahmsvoll nach den Sorgen von Mönchen und Dorfbewohnern – und finden so heraus, wer die Dissidenten sind. Es folgt eine Straffaktion der Militärs. Seite 8

Inzestdrama?

In Andrew Birkins Film „Zementgarten“ erscheint die Pubertät als Wüste; auch die deutsche Nation mußte durch sie hindurch. Christiane Peitz sprach mit dem Regisseur. Seite 12

Eiserne Lady

Der berühmt-berüchtigte „Ironman“, der Triathlon von Hawaii, ist für Astrid Benöhr nur ein Klacks. Wo andere ermatet ins Ziel taumeln, fängt die 35jährige erst richtig an. Kürzlich stellte die „Eiserne Lady“ einen Weltrekord im vierfachen Ultratriathlon auf: 15 Kilometer Schwimmen, 720 Kilometer Radfahren, 168 Kilometer Laufen. Seite 15

V-Mann hat das alles nicht gewußt und nicht gewollt

„über Zugriff nicht informiert“

– Glaubt man dem rheinischen Innenminister Walter... aus Steinmetz, V-Mann... schützes, nichts von der... aktion in... der ARD-Ma... in ei... Sonderitzung des Mainzer... 30. Juli... fahnd, zugegeben, seine Verfassungsschützer hätten Steinmetz in dem Glauben gelassen, sie wollten das RAF-Treffen als „zur Informationsgewinnung“ nutzen. der V-Mann nach Einschätzung seiner... bereit gewesen wäre,... aktion zu unterstützen, man ihm neben einem Peilsender... noch eine „Wanze“

(vornehm „Personenschutzsender“ genannt) untergeschoben. Dieses Vorgehen stößt bei manchen Verfassungsschützern auf Unverständnis. Der V-Mann sei regelrecht „gelinkt“ worden. „James-Bond-Methoden“ wie diese „zerstören jede Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und ihren Quellen“, zitiert „Panorama“ Kritiker, die selbstverständlich nicht genannt werden möchten. Ein Verfassungsschutzbeamter beschrieb Steinmetz als Idealisten, der zwischen RAF und Staat vermitteln wollte. Deshalb habe er auch seine Kenntnis über den geplanten Anschlag auf den Gefängnisneubau von Weiterstadt für sich behalten. Kommentar Seite 10

Sozialkürzungen haben den Segen des Kabinetts

Bundesregierung will 21 Milliarden sparen

Bonn (AFP) – Das Bundeskabinett hat am Mittwoch in einer Sondersitzung das 21-Milliarden-Sparpaket mit drastischen Einschnitten im Sozialbereich beschlossen. Die beiden Gesetzesentwürfe von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) sehen eine dreiprozentige Kürzung der Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld vor sowie die Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre. Kinder- und Erziehungsgeld sollen verstärkt vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden. Dazu soll die Mineralölsteuer um 16 Pfennige pro Liter erhöht werden. Die Sozialhilfe wird bis Mitte 1995 eingefroren. Diesem Teil des Sparpakets muß der Bundesrat zustimmen. In der Sondersitzung des Kabinetts

wurde deutlich, daß die Liberalen im weiteren parlamentarischen Verfahren den Wegfall von Arbeitsnehmersparzulage und Schlechtwettergeld verhindern wollen. Kritik kam erneut auch von den Gewerkschaften und der SPD. Oskar Lafontaine erklärte, das Kürzungspaket der Regierung sei ein schwerer Verstoß gegen die ökonomische Vernunft und die soziale Gerechtigkeit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund äußerte die Befürchtung, die Sparbeschlüsse der Regierung trieben mindestens 200.000 Menschen in die Armut. Etwa 50.000 Menschen in West- und bis 20.000 in Ostdeutschland würden arbeitslos werden. Die Kürzungsbeschlüsse im einzelnen auf Seite 4

Zentrale Stelle Berlin

Poelchau-Haus
Karolingerplatz 6a
14052 Berlin

Telefon 030/3023490
Telefax 030/3016765

9.08.1993

Stellungnahme zum Arbeitskampf in Bischofferode

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg fühlt sich durch den Kampf der Kali-Belegschaft in Bischofferode um die Erhaltung der Arbeitsplätze herausgefordert und betroffen.

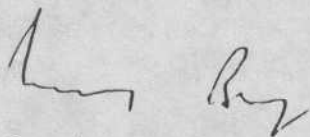
Eine Werksbesetzung galt bislang als weitestgehende Form eines Arbeitskampfes. Wie im Juni diesen Jahres bei der Batteriefabrik BELFA in Berlin-Treptow, greifen nun auch Beschäftigte in Thüringen zusätzlich zum Mittel des Hungerstreiks. Wie groß müssen Sorgen, Ängste, Verbitterung und Zorn sein, wenn sich die, deren Arbeitsplätze in Frage gestellt sind, durch diese gewaltfreie Aktion mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben einsetzen.

"Die einzige Sprache, die die Massen verstehen, ist die Sprache des Herzens, und das Fasten ist diese Sprache des Herzens, vorausgesetzt, daß es vollkommen selbstlos ist." (Gandhi) Den Ruf aus Thüringen begreifen wir als Appell an uns alle. Die Bergleute in Bischofferode kämpfen selbstlos und stellvertretend für die vielen Stummen, deren Arbeitsmöglichkeiten und Lebenschancen bedroht sind. In seiner Eindringlichkeit ist dieser Appell Ausdruck der Verzweiflung, die viele Menschen in den neuen Bundesländern erfaßt hat. Er fordert die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik auf, endlich eine Wende zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen einzuleiten.

Der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft hat dazu geführt, daß von ca. 3,2 Mill., die vor der Vereinigung in der Industrie Arbeit fanden, dort jetzt nur noch ca. 750.000 berufstätig sein können. Das heißt allein im industriellen Bereich haben etwa 2,5 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren - jenen Ort, der über lange Zeit ihren Alltag prägte und ihr Selbstverständnis bestimmte. Die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit verschärft sich durch eine tiefgreifende Wirtschaftskrise. Das Arbeitsministerium des Landes Brandenburg befürchtet, daß bestimmte Regionen einen Ruf als Notstandsgebiete bekommen, wenn Arbeitslosigkeit statt Arbeit finanziert werden sollte. Soziale Konflikte ungekannten Ausmaßes sind nicht mehr auszuschließen.

Als Kirche sind wir mit den Menschen solidarisch verbunden, die in ihren Hoffnungen enttäuscht sind oder die in Angst leben vor gesellschaftlichen Folgen der ökonomischen Entwicklung in der Zukunft. Bischofferode ist ein Signal. Die Zeit drängt. Es muß politisch gegengesteuert werden. Wir erwarten, daß in Politik und Wirtschaft Maßnahmen beschlossen und umgesetzt werden, die zur Behebung struktureller Defizite in den neuen Bundesländern beitragen und gleichzeitig eine große Zahl von Arbeitsplätzen schaffen. Wir erinnern angesichts der gegenwärtigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insbesondere in Ostdeutschland daran: Arbeit ist Mittel der Existenzsicherung und ermöglicht menschliche Beziehungen. In der Arbeit nimmt der Mensch auch Teil am Schöpfungsauftrag Gottes, der allen Menschen gilt, die Erde zu gestalten und verantwortlich zu bewahren.

Eine Verharmlosung von Arbeitslosigkeit und ihren Folgen können wir als Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt nicht hinnehmen. Struktureller Wandel darf nicht allein betriebswirtschaftlichem Kalkül und engen Konzernstrategien folgen. Die Förderung von Arbeit macht aus unserer Sicht für das Gemeinwesen mehr Sinn als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Wir unterstützen deshalb alle gesellschaftlichen Gruppen, die so mutig wie entschlossen an der Durchsetzung einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik arbeiten, die die soziale Krise zu beseitigen und neue Hoffnung auf Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe zu wecken vermag.



Manfred Berg, Pfarrer
Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt

Ostwind-Dokumentation Bischofferode
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Der Vorstand

Mitteldeutsche Kali AG, Postfach 58, 99701 Sondershausen

An die Werksleitung
des Kaliwerkes Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum

4. August 1993

An den
Betriebsrat des Kaliwerkes
Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Kaliwerk Bischofferode

Seit dem 7. April wird das Werk Bischofferode von der Belegschaft besetzt.

Mit Schreiben vom 28. April an das Bergamt Erfurt, von dem Sie Kopie erhielten, haben wir darauf hingewiesen, daß diese Besetzung gesetzwidrig sei. Im weiteren Verlauf dieser Besetzung sind Vorstand und Mitarbeiter des Unternehmens in massiver Weise bedroht worden. Öffentlich hat der Betriebsrat erklärt, daß der Vorstand der MdK sowie Mitarbeiter der HV keinen Zutritt zum Werk erhalten.

Durch diese Vorgänge wird der Vorstand an der Wahrnehmung seiner bergrechtlichen Gesamtverantwortung gem. §§ 61 und 62 des Bundesberggesetzes gehindert.

Außerdem stellt das ständige Betreten des Werkes, insbesondere auch des Grubenbetriebes durch betriebsfremde Personen, ohne Genehmigung des Vorstandes oder der Werksleitung einen Verstoß gegen § 25 der ABAO 120/2 dar. Schließlich halten sich ständig Belegschaftsmitglieder auf dem Werksgelände auf, die keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten und hierzu auch keine Genehmigung haben.

...

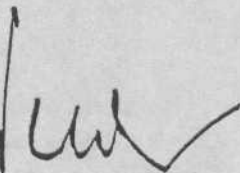
In der Zwischenzeit haben sowohl die Bundesregierung als auch die Thüringer Landesregierung zugesichert, die in Bischofferode gegenwärtig vorhandenen rund 700 Arbeitsplätze außerhalb der Kaliproduktion zu erhalten und hierzu entsprechende Maßnahmen verbindlich angekündigt.

Angeichts dieser Tatsachen beabsichtigt der Vorstand, Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen.

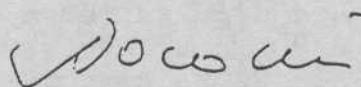
Die Werksleitung wird angewiesen und der Betriebsrat wird aufgefordert, dem Vorstand der MdK eine Erklärung abzugeben, wonach

- das ungehinderte Betreten des Werkes durch Mitglieder des Vorstandes und/oder seiner Mitarbeiter gewährleistet wird,
- die körperliche Unversehrtheit der vorgenannten Personen im Werksgelände sichergestellt wird,
- alle unbefugten betriebsfremden Personen das Werksgelände bis zum Zeitpunkt der abzugebenden Erklärung verlassen haben,
- alle Werksangehörigen, welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten, das Werksgelände ebenfalls verlassen haben.

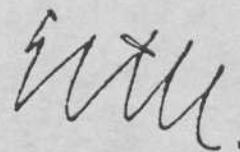
Sollte die Abgabe der gewünschten Erklärung nicht bis zum 20.08.1993 erfolgen oder nicht möglich sein, müssen anschließend alle Arbeiten im Werk unter und über Tage aus sicherheitlichen Gründen solange eingestellt werden, bis ein ordnungs- und gesetzmäßiger Zustand wieder gewährleistet ist.



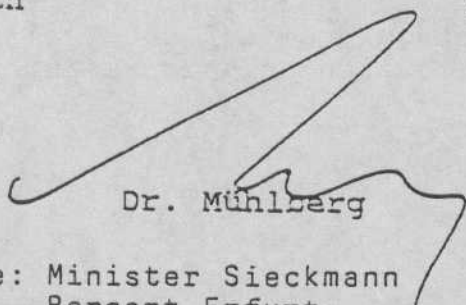
Teusch



Backhaus



Ertle



Dr. Mühlberg



Potthoff

Kopie: Minister Sieckmann
Bergamt Erfurt
THA - Dr. Schucht
IGBE
K+S

Nr. 60

3. August 1993

Ausgaben für Kirchenmusik weder Luxus noch Verschwendung Internationale Orgeltagung mit 400 Fachleuten in Berlin eröffnet

Berlin (epd). Mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ist am 1. August eine Internationale Orgeltagung eröffnet worden. Trotz der derzeit herrschenden sozialen Mißstände in der Gesellschaft seien Ausgaben für die Kirchenmusik und die Erhaltung von Orgeln weder "Luxus" noch "Verschwendung", betonte der Berliner evangelische Pfarrer Christoph Rhein. Musik spende Trost und ermutige, anderen Menschen in ihrer Not beizustehen. Nach den Worten des katholischen Pfarrers Peter Wistuba muß Kirchenmusik immer als "Dienst an Gott und den Menschen" verstanden werden.

Während der einwöchigen Tagung werden sich die knapp 400 Fachleute aus zahlreichen Ländern über die Geschichte und den derzeitigen Zustand von mehr als 65 Orgeln aus drei Jahrhunderten in Berlin und Umgebung informieren. Eines der Instrumente, die den Fachleuten gezeigt werden sollen, ist die von 1904 bis 1905 erbaute große Orgel des Berliner Doms aus der Frankfurter Werkstatt Wilhelm Sauer. Auf dem Programm stehen außerdem Exkursionen nach Treuenbrietzen, Brandenburg, Frankfurt/Oder und Havelberg (Sachsen-Anhalt). Zum Tagungsprogramm gehören zudem Vorträge, Interpretationsseminare sowie ein Symposium über die "Restaurierung pneumatischer Orgeln".

Bischofferode als Symbol gegen die Hoffnungslosigkeit bezeichnet 1.500 Menschen bei Gottesdienst zur Eröffnung des Aktionstages

Bischofferode (epd). Rund 1.500 Menschen haben am 1. August in Bischofferode an einem ökumenischen Gottesdienst teilgenommen, mit dem der Aktionstag gegen die geplante Schließung des thüringischen Kali-Werkes eröffnet wurde. Aufrechte und stolze Menschen, die sich ihrer Kraft bewußt sind, hungerten für Gerechtigkeit und ein lebenswertes Leben in der Eichsfeldregion, betonte Pfarrer Michael Schwenn aus der Partnergemeinde Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt/Main in seiner Predigt. Die streikenden Bergarbeiter hätten die Praxis des Ausverkaufes ostdeutscher Betriebe gestört.

Bischofferode sei ein Symbol des Widerstandes gegen die wachsende Sinnlosigkeit und Hoff-

nungslosigkeit in Deutschland, erklärten mehrere Kali-Kumpel, die das Werk seit April besetzt halten. Sie äußerten Wut über die Treuhand-Entscheidung und Sorge um ihre Zukunft. Von den ehemals 3.200 Arbeitern sind heute noch knapp 700 beschäftigt.

Bischof Demke würdigt Arbeitskampf

Der Magdeburger evangelische Bischof Christoph Demke würdigte bei einem Besuch am 30. Juli den Arbeitskampf der Kali-Kumpel. Der Hungerstreik und die andauernde Besetzung des Betriebes seien ein "tüchtiger Anstoß" für die notwendige Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland, sagte der Bischof. Es sei wichtig, daß dieser Anstoß wirksam bleibt und nicht wieder verebbt, fügte er hinzu. Am Hungerstreik nehmen zur Zeit noch fünf Frauen und 24 Männer teil.

Am Abend traf sich Demke zu einem Erfahrungsaustausch mit seinen Amtskollegen in Thüringen und Hessen-Nassau. "Wir müssen immer wieder Veränderungen in der Wirtschaftspolitik einfordern", sagte der Bischof, der auch hinunter zu den Frauen fuhr, die weiterhin den Schacht besetzt halten. Von den hungerstreikenden Kali-Kumpeln wurde in dem Gespräch betont, daß ihnen die Stimme der Kirchen sehr wichtig sei. Die Ostdeutschen hätten sich zu lange mit der Entwicklung abgefunden.

Die evangelische Pfarrerin des benachbarten Ortes Großbodungen, Christine Haas, hob in dem Gespräch die Notwendigkeit einer breiten Solidarisierung hervor. Als Beispiel nannte sie Mahnwachen, an denen sich auch und gerade die Kirchengemeinden beteiligen sollten.

Ausstellung "Wider den Krieg" in der Leipziger Nikolaikirche Lehrer zeigt persönliche Fotografien und Texte

Leipzig (epd). Unter dem Titel "Wider den Krieg" ist am 28. Juli in der Leipziger Nikolaikirche eine Ausstellung des Oldenburger Lehrers Helmut Hoffmann eröffnet worden. Gezeigt werden rund 50 Fotografien und Texte. Sie sind persönliche Dokumente Hoffmanns aus den 30er und 40er Jahren, darunter Fotos von der brennenden Dresdener Synagoge und aus Rußland.

"Aus eigener Betroffenheit" wolle er mit der Ausstellung gegen Krieg, Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit protestieren, sagte Hoffmann bei der Eröffnung. Die Ausstellung ist bis zum 25. August zu sehen.

Der epd - Landesdienst Ost erscheint zweimal wöchentlich. Bezugspreis beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdruckskosten) DM monatlich, die einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Vorkasse Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B

56 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

"Wir kämpfen weiter wie David gegen Goliath"

Bischofferode Kali-Kumpel rufen
zu bundesweiten Hungerstreiks auf
Von epd-Redakteurin Barbara Burghardt

Bischofferode (epd). Die rötliche Halde wächst weiter. Ohne Unterbrechung läuft das Förderband und bringt Abraum aus dem Bergwerk ans Tageslicht. Die Schornsteine rauchen. "Bischofferode lebt", heißt es auch auf zahlreichen Plakaten, die die rund 8.000 Menschen am 1. August zum Aktionstag gegen die geplante Stilllegung des Kali-Schachtes mitgebracht haben. Bunte Luftballons treibt der Wind mit Flugblättern ins Land. Junge Familien mit Kinderwagen ziehen an unzähligen Ständen vorbei. Hier und da werden Bratwurst und Bier angeboten. Ein Volksfest könnte nicht bunter sein.

Doch vor den Toren des Kali-Werkes "Thomas Müntzer" geht es nicht um eine Volksbelustigung. "Die Herren machens selber, daß ihnen der arme Mann Feind wird", hatte der Bauernführer einst geäußert. Und seine Worte scheinen an Aktualität nichts verloren zu haben. 75 Prozent der industriellen Arbeitsplätze in Ostdeutschland sind seit 1990 "den Bach runter gegangen", ruft ein Brandenburger Walzwerker erbost ins Mikrofon. Rote, schwarze und blaue Fahnen verdecken den Blick zur Bühne, auf der eine junge Frau mit zarter Stimme die Kraft der Solidarität besingt. Parteien und Gruppierungen verteilen Zeitungen, Flugblätter und Bücher. Die Spartaner, die DKP, die DSU und die PDS sind dabei.

Klar und kämpferisch sind die Reden der Betriebsräte aus Bischofferode, Magdeburg und Ber-

lin. Die Auseinandersetzung mit der Treuhand und den Konzernen gleiche zwar "dem Kampf zwischen David und Goliath", aber dennoch wollten sie sich ihm stellen, erklärt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende vom Kali-Werk, Gerhard Jüttemann. Zu den Forderungen zählen die Offenlegung des Fusionsvertrages und die Einsetzung eines Treuhand-Untersuchungsausschusses. Die Geheimniskrämerei und die Kungelei zwischen den Konzernen und Politikern müsse endlich aufhören. "Wir kämpfen offen, ohne Hinterlist und vor allem mit friedlichen Mitteln", betont Jüttemann.

Empört weist ein Kali-Kumpel, der seit 15 Tagen für den Erhalt seines Werkes im Hungerstreik ist, den Vorwurf zurück, wonach sich die Streikenden der Nötigung schuldig machten. "Ohne Arbeit auf der Straße zu stehen, ist diskriminierend und unwürdig. Wir handeln aus Notwehr", betont er. Sein Bruder, der bereits seit 18 Tagen hungert, fordert dazu auf, überall mit Hungerstreiks von Industrie und Regierung den Erhalt von Arbeitsplätzen einzufordern. Bischofferode ist überall, heißt es immer wieder, nicht nur auf den schwarzen und weißen T-Shirts, die am Werkstor verkauft werden.

David war zum Kampf gerüstet, doch Goliath schwieg. Weder Regierungsvertreter aus Bonn oder Erfurt, noch die Treuhandchefin oder ein Konzernmanager waren erschienen. Doch durch deren Abstinenz schwindet das Vertrauen in Politik und Marktwirtschaft in der Region mehr und mehr. 1990 hatte der überwiegende Teil der Bevölkerung noch die CDU gewählt. Heute scheint das Vertrauen in die eigene Kraft wieder zu wachsen. Solange Menschen gegen Unrecht aufstehen, bestehe noch Hoffnung, hieß es im Gottesdienst zur Eröffnung des Aktionstages.

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Hartmut Lorenz, Heiko Krebs, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167/169/170, Telefax 030/28467168; Büro Berlin: Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax: 030/28467168; Büro Potsdam: Iris Stoff, Mendelssohn-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/621429; Büro Schwerin: Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/883137, Telefax 0385/883109; Büro Greifswald: Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; Büro Dresden: Ulrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; Büro Magdeburg: z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/39906; Büro Erfurt: Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/667816; Herausgeber: Evangelischer Presseverband Ost e.V.; Geschäftsführer: Christian Meißner; Vertrieb: verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

Erfolgreicher Solidaritätstag in Bischofferode!

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich am Sonntag den 1. August über 12000 Menschen auf dem großen Platz vor dem Kali-Werk in Bischofferode. Von weit her waren sie angereist, mit Bus, PKW und Fahrrad, und sie kamen nicht mit leeren Händen. Zehntausende DM an Spendengeldern, Blumen, Geschenke und Solidaritätsadressen wurden dem Betriebsrat der Kali-Grube überreicht. Ein buntes Meer von Fahnen und Transparenten (darunter viele Gewerkschaftsfahnen) vor der Rednerbühne, Grußadressen aus Belgien, der Ukraine, Ost- und Westdeutschland. Gerhard Jüttemann vom Kali-Werk Betriebsrat rief den Kolleginnen und Kollegen zu: "Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist die Massenbewegung der Solidarität, ist der Schulterschuß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte. Das ist uns in den vergangenen Monaten klar geworden: als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!"

Die Solidarität mit Bischofferode wächst. Kamen zum 1. Solidaritätstag am 10. Juli ca. 5000 Menschen und eine Woche später ca. 2000, so waren es an diesem 1. August bereits mehr als doppelt so viele, die den Kali-Kumpels, ihren Frauen und den Hungerstreikenden Unterstützung und Anteilnahme zeigten. Häufig waren die Betriebe mit Delegationen vertreten, so z. B. die DKLf Zella-Mehlis mit 150 Kolleginnen und Kollegen. Die nachfolgende Auflistung der Betriebe und Einrichtungen, aus denen Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschafter am Solidaritätstag teilnahmen ist bei weitem unvollständig, zeigt jedoch trotz ihrer Unvollkommenheit, daß die Solidaritätsbewegung für die Kali-Kumpels einen festen Rückhalt in Betrieben und Gewerkschaften hat.

Solvay, Belgien
 Deutsche Seereederei GmbH, Rostock
 Krankenhaus Neukölln, Berlin
 22. Realschule "W. Komarow", Schwerin
 MdK AG, Werk "Werra", Merkers
 Jagd- u. Sportwaffen Suhl GmbH
 Leuna Werke AG
 SKET Magdeburg
 Kyffhäuser Maschinenfabrik, Artern
 Gabin, Nordhausen
 Hennigsdorfer Stahlwerk (HES-Riva)
 Sächsische Olefinwerke AG, Böhlen
 Bergwerk Monopol, Bergkamen (NRW)
 AWD, Schwerin
 VW Baunatal, Kassel
 Stahlleichtbau GmbH, Frankfurt/Oder
 Chem. Reinigung u. Färberei, Ludwigslust
 Ortlieb Baumontagen GmbH, Berlin
 DEUSA, Kali, Bleicherode

Maschinenbaufabrik "Bolschewik", Kiew
 Wismut GmbH, SB Ronneburg
 Druckhaus Hentrich, Berlin
 Telekom, Frankfurt/Main
 Thüringische Faser AG, Rudolstadt
 Seehafen Wismar GmbH
 ESG Böhlen
 Krupp Stahl Rheinhausen
 Deutsche Kugellager Fabrik, Zella-Mehlis
 SKL Industriepark GmbH, Magdeburg
 SKL AG, Magdeburg
 Universität Leipzig
 Derndruck GmbH, Neu-Isenburg
 Karmann-Os, Osnabrück
 ZEBA GmbH, NDH
 Prolux GmbH, Frankfurt/Oder
 Deutsches Rotes Kreuz, Essen
 Pegufarm, Bötzingen (Ba-Wü)
 Pumpenwerk Erfurt

Dresdner Wärmeversorgung GmbH
 Fachhochschule Wiesbaden
 Schindler Aufzüge, Berlin
 Thyssen Stahl AG, Werk Krefeld
 SPA e.V. Berlin
 Märk. Verlags- u. Druckgesellsch. Potsdam
 BQL Burgauer Quarzglasschmelze und
 Lichtwellenleiterwerk GmbH, Jena-Burgau
 Bürgerhospital Stuttgart
 Buchbinderei Lang, Hamburg
 Carl-Zeiss-Siedlung GmbH, Jena
 Senat der Hansestadt Rostock
 Doctes-Optic Eisfeld GmbH
 Zeche Niederberg, Neukirchen-Vluyn
 Krankenhaus Eisenhüttenstadt
 Krupp Stahl Oranienburg
 HE (ehem. Halbleiterwerk) Frankfurt/Oder
 Hoesch Federn GmbH, Hagen
 Stadtverwaltung Duderstadt
 Wolfener Vermögensverwaltung AG,
 Wolfen (ehemals Orwo-Filmfabrik)
 IG-Metall Jena
 IG-Metall Nordhausen
 ÖTV Rostock
 ÖTV Wismar / Güstrow
 ÖTV Nordthüringen
 ÖTV Kempten-Allgäu
 HBV Thüringen
 HBV Mühlhausen
 HBV Arbeitslosenausschuß Berlin
 IG Medien Brandenburg-Berlin
 DGB Südthüringen
 DGB Gotha

GfA Ostthüringen mbH, Ronneburg
 Burda News Druck, Darmstadt
 MAN Gutehoffnungshütte, Oberhausen
 Humboldt Universität, Berlin
 Mannesmann Demag Kunststofftechn. Wiehe
 Kulturverein Prenzlauer Berg e.V., Berlin
 Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und
 Raumfahrt (DLR), Braunschweig
 Hein u. Co., Hamburg
 MTA-Schule, Tübingen
 BAE Belfa, Berlin
 Stadtverwaltung Göttingen
 EKO-Anlagenbau GmbH, Eisenhüttenstadt
 Spezialbau GmbH, Potsdam
 Gothaer Fahrzeugwerk
 Stahl-u. Walzwerk Brandenburg GmbH
 Institut für Rundfunktechnik, München
 Bezirksamt Kreuzberg, Berlin
 Freiwillige Feuerwehr, Bischofferode
 Zeche Hugo Consol, Gelsenkirchen
 IG-Metall Erfurt
 IG-Metall Kaiserslautern
 GTB Erfurt
 ÖTV Gera
 ÖTV Sachsen
 ÖTV Berlin
 CDA Thüringen
 HBV Gera
 HBV Berlin
 HBV Seniorenausschuß Berlin
 IG Medien Berlin
 DGB Erfurt
 GGLF Thüringen

Weiterhin waren Kolleginnen und Kollegen aus der GdED, IG-BSE, IG-CPK, DPG, GEW und IG-BE gekommen. Ihnen, den zahlreichen Kundgebungsteilnehmern und -teilnehmerinnen, den vielen Vertretern politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (stellvertretend für alle seien hier der CB-Funkclub "Eichsfelder Skyline e.V. und der Motorradclub "Kuhle Wampe" e.V. genannt) sagen der Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative ein herzliches Glück Auf! Bis zum nächsten Mal am 4. September in Berlin!

Beschlüsse der Betriebsrätekonferenz am 1.8. in Bischofferode

Am 17.8. sollen dezentral Solidaritätsaktionen für Bischofferode stattfinden und danach jeden Dienstag um fünf vor Zwölf Aktivitäten des "zivilen Ungehorsams" zunächst bis zum 4.9. Am Samstag, 4.9. findet in Berlin eine zentrale Protestdemonstration gegen die Treuhandanstalt, Regierung und die gesamte Politik der Arbeitsplatzvernichtung und des Sozialabbaus statt. Die Koordinierung aller Solidaritätsaktivitäten läuft zunächst über die Bundeskoordinierungsstelle der "Komitees für Gerechtigkeit", Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin, Telefon: 030/28409316, Fax: 030/28409317.

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
 Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Der epd - Landesdienst Ost erscheint zweimal wöchentlich. Sein Bezugspreis beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdrucksrechte) 20,00 DM monatlich, die einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Versand ins Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B

70 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

Für die Kalikumpel ist die Pfarrerin wie eine von ihnen

Christine Haas ist in

Bischofferode mehr als eine Seelsorgerin

Von epd-Redakteurin Barbara Burghardt

Bischofferode (epd). Bischofferode, am 17. Tag des Hungerstreiks. Vor dem geschlossenen Werkstor, das seit Wochen besetzten Kaliwerks hält ein Auto. Eine zierliche Frau steigt aus und geht eilig auf das Tor zu. Stämmige Männer in einfacher Kleidung stehen davor und warten auf neue Nachrichten. Die Pfarrerin aus dem Nachbarort Großbodungen wird wie eine alte Bekannte begrüßt. Obwohl Christine Haas seit 20 Jahren in dieser Bergbaugegend lebt, habe sie erst in diesem Frühjahr erfahren, in welchem Maße die Bergarbeiter und ihre Familien mit der Arbeit im Schacht verbunden sind, erzählt sie.

Warum ihr das Schicksal der Kaliarbeiter so nahe geht, könne sie gar nicht genau erklären. Begonnen habe es eigentlich Gründonnerstag. Damals sei sie gebeten worden, zum Schacht zu kommen. Ihre Angst, es könne etwas passieren, aber vor allem die Hoffnung der Bergleute auf ihre Kirche sowie der Glaube und der Zusammenhalt der Kumpels habe sie veranlaßt, sich um sie zu kümmern. Und dazu habe auch das "Ostererlebnis" beigetragen, der gemeinsame Gottesdienst, den sie zusammen mit ihrem katholischen Amtsbruder im Betrieb gehalten habe und bei dem sie Brot und Wein untereinander geteilt hatten. Seither kommt sie fast täglich zum Schacht.

Nachdem sie mit den Männern vor dem Tor ein paar Worte gewechselt hat, geht sie mit forschem Schritt durch das Pfortnerhäuschen. Hier stapeln sich Zeitungen. An einem Balken hängen kurze Mitteilungen: Kurzarbeit sei angesagt, weil Aufträge für das Werk zurückgehalten werden, heißt es unter anderem. Daneben hängt ein Zettel mit Austrittserklärungen aus der CDU. Doch das interessiert Christine Haas im Moment relativ wenig. Sie will zu den Frauen, die sich dem Hungerstreik ihrer Männer angeschlossen haben. Eine kommt ihr schon wie bei ihren abendlichen Besuchen zuvor auch entgegen. Warum sollte das heute anders sein.

An der Säule des großen Saales, in dem alle Versammlungen stattfinden und in dem hinter Pappwänden die Hungerstreikenden auf ihren Pritschen liegen, lehnt ein großes Kreuz an der Wand. Es sei vorübergehend abgehängt worden, beeilen sich die Kumpels zu erklären. Christine Haas winkt verständnisvoll ab. Im Gespräch über ihre Kirche zeigt sie sich hingegen weniger gelassen. Ein bißchen alleingelassen habe sie sich anfänglich gefühlt, erzählt die 46jährige Seelsorgerin.

Aber dann habe es nach und nach Besuche, Bereitschaft zur Solidarität und auch Proteste gegen die geplante Stilllegung des Schachtes von kirchlicher Seite gegeben. Und selbst nach Bonn seien Kirchenvertreter gefahren, die dafür wiederum von anderer Seite "Prügel" einstecken mußten. "Sie sollten vernünftig sein und zum Abbruch des Hungerstreikes aufrufen", hieß es. Und als vor einigen Tagen die "Sonderangebote" von Bundes- und Landesregierung auf dem Tisch lagen, hätten sich auch die Kirchen verunsichern lassen.

Die Streikenden, die sich vorrangig damit beschäftigen, jede Information über die Vorgänge in Bischofferode aus den Zeitungen oder dem Rundfunk aufzunehmen, reagieren äußerst sensibel auf jede Äußerung, auch und gerade, wenn sich die Kirche zu Wort meldet. So sei mit den verunsicherten Kirchenvertretern heftig diskutiert worden, am 20. Juli erst mit dem Vertreter des Magdeburger evangelischen Bischofs, Propst Günter Weyhe. Hinterher habe ein Kumpel zu ihr gesagt: "Siehst du, die haben ihren Vertreter geschickt, aber wir schicken dich."

Inzwischen ist es Zeit zum Schlafen. Die letzte Nachrichtensendung ist ausgewertet. Jeder Ton, jedes Bild wird auf die Goldwaage gelegt. "Für uns oder gegen uns", ist die etwas simple Formel, nach der inzwischen gewertet wird. Und so nehmen die Kumpels auch die einfachen Worte und Gesten auf, mit denen die Pfarrerin ihre Zuneigung und Sympathie zum Ausdruck bringt.

Dieses Hin und Her zwischen Schachtgemeinde und Dorfgemeinde "zerfetzt mich manchmal", erzählt Christine Haas. Aber immer, wenn sie die Hoffnung in den Augen der Frauen und Männer sieht, überkomme sie ein großes Gefühl der Ruhe und der Gewißheit, am richtigen Platz zu sein.

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Hartmut Lorenz, Heiko Krebs, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167/169/170, Telefax 030/28467168; Büro Berlin: Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax: 030/28467168; Büro Potsdam: Iris Stoff, Mendelssohn-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/621429; Büro Schwerin: Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/883137, Telefax 0385/883109; Büro Greifswald: Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; Büro Dresden: Ulrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; Büro Magdeburg: z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/39906; Büro Erfurt: Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/667816; Herausgeber: Evangelischer Presseverband Ost e.V.; Geschäftsführer: Christian Meißner; Vertrieb: verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

bekundet. Der Magdeburger Bischofsvertreter Propst Günter Weyhe, der Nordhäuser Propst Joachim Jaeger und die Ortspfarrerin Christine Haas äußerten sich besorgt darüber, daß auch nach wochenlangen Verhandlungen noch keine für alle Beteiligten annehmbare Lösung gefunden worden sei. Die Kirchenvertreter hoben zugleich "das besonnene und verantwortungsvolle Vorgehen" des Betriebsrates in diesem Arbeitskampf hervor.

Zur Überwindung von Haß und Gewalt aufgerufen

Erstes gesamteuropäisches

Gemeindetreffen in Potsdam beendet

Potsdam (epd). Mit dem Aufruf, zur Überwindung von Haß und Gewalt gegen Fremde beizutragen, ist am 24. Juli das erste gesamteuropäische Treffen christlicher Gemeinden in Potsdam zu Ende gegangen. Europa befinde sich im Umbruch, heißt es in einem Schreiben, das die rund 190 Tagungsteilnehmer aus 27 Ländern an die Gemeinden der Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates in Europa gerichtet haben.

"Gewaltige sind vom Thron gestoßen worden. Unterdrückte Völker sind frei geworden. Viele sind zu neuen Ufern aufgebrochen", wird in der Mitteilung betont.

Der Aufbruch werde jedoch durch die "dämonischen Mächte" der Gewalt, der Gier und der Selbstsucht bedroht. Auch würden viele Menschen in Armut gestoßen, während andere sich bereicherten. Die christlichen Gemeinden stünden vor einer Fülle neuer Aufgaben, aber auch neuer Möglichkeiten. "Gott läßt uns heute Krise und Gnade gleichzeitig erfahren", betonten die Gemeindevertreter gegen Ende ihrer Tagung.

Der Allmacht des Geldes widerstehen

Im Gottesdienst zum Abschluß der Tagung am 25. Juli in der Inselkirche von Potsdam-Herrmannswerder rief Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe die Christen dazu auf, der Allmacht des Geldes zu widerstehen und sich ihrer Verantwortung in der Gesellschaft zu stellen. Die christliche Gemeinde sei der Ort, wo über Ursachen von Arbeitslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit nachgedacht werde und wo Wege zu ihrer Überwindung beschrritten werden, erklärte er.

Wie Stolpe dabei betonte, gingen viele Gemeinden im Land Brandenburg die Aufgaben von heute an, resignierten nicht und hätten "den Mut, gegen den Strom zu schwimmen, wo es nötig ist". Zu DDR-Zeiten sei die christliche Gemeinde ein "Ort der Freiheit, des Trostes, der Sammlung und der Suche nach dem Wesentlichen" gewesen. Christen hätten "quergedacht zu den kommunistischen Machthabern".

Die Ökumenische Versammlung in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89 habe das Land verändert. An dem Auftrag, sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen, habe sich bis heute für Christen nichts geändert.

Zu neuem Lebensstil aufgerufen

In einer ersten Bilanz hatten Teilnehmer des Treffens zu einem sozial und ökologisch verantwortbaren Lebensstil aufgerufen. Ein solcher Stil gehöre zum Christsein wesentlich dazu. Notwendig sei aber auch, die "Schätze der gottesdienstlichen Tradition" wieder zu entdecken und neue Formen zu entwickeln, um die biblische Botschaft auch den Zeitgenossen verständlich zu machen, äußerten von der Tagungsleitung beauftragte Beobachter, die das vom Weltkirchenrat in Genf ausgerichtete Treffen begleitet und gegen Ende der Beratungen beurteilt haben.

Wenn die Parteinahme für die Armen und Schwachen es erfordere, könnten christliche Gemeinden auch zum Widerstand gegen Autoritäten und gegen das Gesetz herausgefordert sein, betonten die sieben Beobachter. Möglicherweise hilfreich sei dabei u.a. die "Gegenbewegung zwischen Gebet und Handeln, zwischen liturgischer Erfahrung und sozialem Engagement".

Als gegenwärtige Herausforderungen, die die Kirchengemeinden nicht gleichgültig lassen können, nannten sie soziale Ungerechtigkeit, Verarmung und Arbeitslosigkeit, Gewalt und Krieg, Flüchtlinge und Asylbewerber sowie die ökologische Krise und der wachsende religiöse Fundamentalismus. Diese Wirklichkeit öffne neue Perspektiven für das christliche Zeugnis, sei aber auch eine Bedrohung und eine Gefahr.

Das Bemühen um Versöhnung und die Bestätigung des einzelnen in seiner jeweiligen nationalen, kulturellen und religiösen Identität seien zu dringlichen Aufgaben für jede Gemeinde geworden. Als weitere Herausforderung bezeichneten die Beobachter die weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem spirituellen Angebot der Kirchen und die damit verbundene Suche nach alternativen Wegen zu einem sinnerfüllten Leben. Die Beobachter regten den Weltrat der Kirchen an, das neuentstehende europäische Netzwerk zwischenkirchlicher Gemeindeparterschaft zu begleiten. Geschaffen werden solle zudem ein regelmäßiger Informationsdienst, der über neue Projekte missionarischer und ökumenischer Gemeindeerneuerung berichtet.

Kommunisten hinterließen Vakuum

Während der knapp einwöchigen Konferenz erörterten die Vertreter christlicher Gemeinden aus ganz Europa Projekte gegen Rechtsradikalismus und Fremdenhaß sowie gegen die wachsende Arbeitslosigkeit in ihren Ländern. Das ökumenische Gemeindetreffen habe dazu beitragen sollen, für die Kirche in der säkularisierten Gesellschaft Impulse zum kreativen Handeln zu geben, betonte der Organisator der Tagung, Gerhard Linn. Vor allem in Osteuropa hätten die Kommunisten ein "moralisches Vakuum" hinterlassen, das die Kirchen mit ihren Angeboten und Orientierungshilfen jetzt füllen müßten.

Sozialprojekte vorgestellt

Ein Projekt gegen Ausländerfeindlichkeit im belgischen Antwerpen stellte die Arbeitsgruppenleiterin Anne Ahmadyar-Weiland (Niederlande) vor. In

Kali-Arbeiter in Bischofferode nehmen volle Produktion auf

Betriebsrat: Hungerstreik im besetzten Werk geht dennoch weiter

Bischofferode (epd). Die Kali-Arbeiter im thüringischen Bischofferode haben die volle Produktion wieder aufgenommen. Trotzdem gehe der Hungerstreik in dem besetztgehaltenen Kali-Werk weiter, bestätigte Betriebsratsmitglied Meinolf Wiehe am 26. Juli gegenüber epd in Bischofferode. Einige Kumpel hätten ihren Hungerstreik jedoch abbrechen müssen, da sie für wichtige Bereiche der Produktion zuständig seien und sich die Belegschaft in der gegenwärtigen Situation keine Abstriche leisten könne.

In den letzten drei Wochen waren die Beschäftigten des Kali-Werkes auf Kurzarbeit gesetzt worden. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß vorhandene Aufträge vom Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG zurückgehalten wurden, betonte Wiehe.

Am 25. Juli hatte erneut ein ökumenischer Gottesdienst im Werk stattgefunden, an dem sich nach Angaben von Pastorin Christine Haas weit über 300 Kali-Arbeiter und Gäste aus der Umgebung sowie aus anderen Landesteilen Deutschlands beteiligten. Aus Solidarität mit den Streikenden hatten auch Teilnehmer einer Fahrradtour zum Umweltfestival "Auftakt" nach Magdeburg in Bischofferode Station gemacht.

Solidarität der Evangelischen Jugend

Auch die Evangelische Jugend in Thüringen erklärte sich solidarisch mit den Bischofferoder Kali-Arbeitern. "Lange hat es gedauert, ehe Menschen aufgestanden sind, um für ihre Rechte bis zum Äußersten zu gehen", heißt es in einer Erklärung des Eisenacher Landesjugendpfarramtes. Die Kumpel von Bischofferode hätten gezeigt, daß Arbeitslosigkeit kein unabdingbares Schicksal sei, in das man sich widerstandslos fügen müsse. Es könne nicht hingenommen werden, daß einige nach der Wiedervereinigung Deutschlands immer reicher werden, während andere von Sozial- und Arbeitslosenhilfe leben müssen.

Aufruf zur Ausweitung des Hungerstreiks

Die hungerstreikenden Bergarbeiter des Kalischachtes im thüringischen Bischofferode haben zu einer Ausweitung ihres Hungerstreiks aufgerufen. Es sei wichtig, "gemeinsam alle Kraft einzusetzen, um die Bundesregierung zum Einlenken auf eine Politik der Sicherung aller Arbeitsplätze zu zwingen", heißt es in dem am 23. Juli verbreiteten Aufruf.

Als sichtbares Solidaritätssignal sollte unverzüglich mit Hungerstreiks in Betrieben, Gewerkschaftshäusern und an anderen öffentlichen Stellen in Ost und West begonnen werden. Schon drei bis vier Tage wären von "größter Bedeutung". Zur Zeit befinden sich in dem seit April bestreikten Kalibetrieb 33 Männer und fünf Frauen im Hungerstreik. Vier Männer, die bereits seit Anfang Juli die Nahrungsaufnahme verweigert hatten, mußten bereits in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Propst Jaeger unterstützt Forderungen

Die Forderung der Kalibergleute nach Gleichbehandlung hat auch der Nordhäuser Propst Joachim Jaeger unterstützt. Gerechtigkeit und keine Sonderzuwendungen forderten die Kalikumpel, kritisiert Jaeger in der neuesten Ausgabe der evangelischen Wochenzeitung "die kirche". Die bisherigen Lösungsvorschläge von Politik und Wirtschaft seien "Sonderangebote, um das Problem vom Tisch zu bekommen und einen "Flächenbrand" von Arbeitskämpfen zu verhindern.

Einem Vergleich der Wirtschaftlichkeitsdaten durch Experten wichen die Unternehmer bisher aus, obwohl der Betriebsrat eigene Berechnungen vorgelegt hat, schreibt Jaeger.

Es bestehe weiterhin der Verdacht, daß die durch den Kali-Fusionsvertrag angestrebte Marktber-einigung zu Lasten der Kumpel im Osten gehe. Die Schließungen von Schächten im Westen würden dagegen zeitlich gestreckt. Erst der Hungerstreik in Bischofferode habe die notwendige Aufmerksamkeit auf die Situation der Industrie in den neuen Bundesländern gelenkt.

Die Kirchen könnten sich aus dieser Situation nicht heraushalten. Sie müßten sich für die Kalikumpel engagieren, erklärte Jaeger. Sie müßten es auch aushalten, wenn sie dabei der einseitigen Parteinahme bezichtigt werden. Im Geflecht der Expertenmeinungen könnten die Kirchenvertreter nicht alles durchschauen. Im Konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sei die Kirche für die Armen eingetreten. Daher müsse sie heute an der Seite der Kalikumpel stehen, betonte Jaeger.

Mehr Druck auf Bonn gefordert

Der Arbeitskampf gegen den Abbau von Industriearbeitsplätzen in Ostdeutschland habe zu spät begonnen, erklärte die Brandenburger Arbeitsministerin Regine Hildebrandt. Die "Verzweiflungstaten", zu denen die Kalikumpel in Bischofferode gegriffen haben, hätten viel früher kommen müssen, um tatsächlich dem industriellen Abstieg etwas entgegenzusetzen, erklärte sie am 23. Juli in einem Interview der Cottbuser Tageszeitung "Lausitzer Rundschau".

Solche Signale müßten grundsätzlich in Richtung Bonn verstärkt werden, um klar zu machen, daß der Entwicklung nicht tatenlos zugesehen werde. Ursache dafür sei "eine falsche Politik von Anfang an".

Explosion sozialer Spannungen möglich

Die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen forderte die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, den Konflikt um die Kaligrube Bischofferode im Interesse der Bergleute zu lösen. Eine "Explosion der immer größer werdenden sozialen Spannungen" sei nur durch eine entschlossene Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik gegenüber den ostdeutschen Ländern zu verhindern, teilte die Kirche am 21. Juli in Magdeburg mit.

Am 20. Juli hatten bereits Kirchenvertreter ihre Solidarität mit den Bergleuten und ihren Familien

Wenn die Wellen des Kampfes und die Herzen höher schlagen, fangen die Menschen an zu dichten. Anja Marx ist 17 Jahre alt und geht in Nordhausen in die 11. Klasse. Sie schrieb für den Betriebsrat des Kali-Werks und die Hungerstreikenden ein Gedicht.

Ein kleiner Ort

Ein kleiner Ort, fast unbekannt,
liegt dicht bei uns, in unserm Land,
ein kleines Nest, das Bergleute hat,
Bischofferode, Heldenstadt.

Die Kumpel woll'n Arbeit, wollen ihr Recht,
doch wenn sie nicht kämpfen, geht's ihnen schlecht.

Sie woll'n nicht Almosen, sie wollen nur Lohn
und keinesfalls leben in toter Region.

Darum sagt selbst der Jüngste schon:
Hilf Dir selbst, dann bist Du Gottes Sohn,
denn Theo, der Finanzminister,
zieht jetzt schon sämtliche Register
einzusparen, ohne Erbarmen,
nicht bei den Reichen, nur bei den Armen.

Auch Treuhand-Chefin, Birgit Breuel,
zeigt sich dabei als wahres Greuel,
wo die Frau ihres Amtes waltet,
ist menschliche Wärme ausgeschaltet,
mit Willenskraft und Korpulenz
beseitigt sie östliche Konkurrenz,
denn hinter ihr, dort steht nun mal
der eiserne Wille vom Großkapital.

In dieser Zeit tut es so gut,
zu seh'n des Kali-Kumpels Mut.
Selbst wenn der Kampf Erfolg nicht hat -
Bischofferode, Heldenstadt.

**Kommt alle zum internationalen Solidaritätstag am 1. Aug. ab 12 Uhr vor das
Werksgelände in Bischofferode! Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!**

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann

Stichwort: Kali-Werk

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin,
Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600



Sie streiken auch für die Zukunft ihrer Kinder

Foto: Wolfgang Dürr



Helft Bischofferode!

Die Kali-Kumpels und ihre tapferen Frauen brauchen praktische Hilfe, persönlichen Zuspruch und Geld.

Das Kali-Werk bleibt besetzt. Nach wie vor harren ca. 40 Kumpels und Unterstützer (Männer und Frauen) fest entschlossen im Hungerstreik aus. Täglich fahren 20 Frauen der Kumpels zur Protestbesetzung 600m tief in die Grube ein. Eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland hat eingesetzt. Betriebsräte schicken Delegationen. GewerkschafterInnen organisieren in vielen Städten Solidaritätsveranstaltungen, Ausstellungen über den Arbeitskampf in Bischofferode oder beteiligen sich am Hungerstreik. Die Belegschaft kämpft bis zum Sieg. Diesmal werden Treuhandanstalt und Kohl-Regierung in die Knie gezwungen. Das Kali-Werk Bischofferode trägt den stolzen Namen eines Thomas Müntzer.

**Der Betriebsrat des Kali-Werkes und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative rufen auf:
Kommt alle zum internationalen Solidaritätstag
am Sonntag, 1. August, ab 12 Uhr auf das
Werksgelände in Bischofferode!**

Gerhard Jüttemann, Bischofferode Constanze Lindemann, Berlin

**Um 17.00 Uhr findet eine Betriebsrätekonferenz im Kali-Werk statt.
Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!**

bitte wenden

Erklärung des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode. Unser Werk ist

- wirtschaftlich gesund,
- hat Lagervorräte für mindestens 47 Jahre,
- produziert hervorragendes K60/K61 für Mischdüngemittelhersteller,
- hat einen gesicherten Absatz in Nord- und Westeuropa und treue Kunden,
- hat für die Region Eichsfeld im Südharz die Bedeutung eines industriellen Kerns, von dem zahlreiche Arbeitsplätze bei Zulieferern und Handwerkern abhängig sind.

Ein solches Werk darf aus betrieblichen und regionalpolitischen Gründen **nicht** geschlossen werden, zumal immer noch eine Einzelprivatisierung an den Mittelständler Peine möglich ist. Nachdem in den vergangenen drei Jahren 22000 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie im Südharz gegen den Willen der Betroffenen durch die Treuhandanstalt vernichtet worden sind, halten wir es für unerträglich, wenn nun auch noch die letzten verbliebenen 700 Arbeitsplätze im Werk Bischofferode plattgemacht werden sollen.

Wir kämpfen nicht nur für die Interessen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode, sondern darüber hinaus für eine **regionale industriepolitische Lösung**, die unsere arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarstandorten wieder in Arbeit und Brot bringt. Unser Kampf ist **gerecht** und findet wachsende Unterstützung im In- und Ausland. Die Hungerstreikenden sind fest entschlossen, den opferreichen Kampf fortzuführen.

Wir führen Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode mit dem Bundeskanzleramt, der Landesregierung oder der Treuhandanstalt nur öffentlich vor der gesamten Belegschaft auf dem Werksgelände in Bischofferode. Über industrielle und unbefristete Ersatzarbeitsplätze verhandeln wir **nur**, wenn ein konkretes, bis ins Einzelne (Arbeitsplatzbeschreibung) gehendes, schriftliches Konzept vorgelegt wird, das für jedes Belegschaftsmitglied **juristisch einklagbar** ist. Bisher sind nur windige und völlig unverbindliche Versprechungen gemacht worden.

Wer industrielle Kerne erhalten will, kann damit in Bischofferode anfangen. Wir weigern uns entschieden, für die **egoistischen Profit- und Monopolbestrebungen** des Chemiekonzerns BASF unser traditionsreiches Werk und unsere Arbeitsplätze zu opfern. Wir wollen nicht in eine Verwahrungsgesellschaft und in Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, sondern in Würde arbeiten und leben.

Am 1. August findet vor dem Werk ab 12 Uhr ein internationaler Solidaritätstag statt.

Bischofferode kämpft weiter!

Bischofferode am 22.Juli 1993

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann

Stichwort: Solidarität mit den Kali-Kumpels!

Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

Lehren aus Bischofferode

Warum es nicht zum Hungerstreik hätte kommen müssen, wieso es doch dazu gekommen ist und was danach kommen könnte / Von Detlef Gürtler

Treuhand-Vorstand Klaus Schucht gibt zu, daß etwas schiefgelaufen ist: »Völlig außer Kontrolle geraten« sei die Schließung der Kaligrube von Bischofferode. Was ist da passiert?

1. Die Schließung der Grube in Bischofferode ist an sich nichts Besonderes.

Grubenschließungen haben im deutschen Bergbau eine lange Tradition. Immer wieder gab es irgendwo die letzte Einfahrt, immer wieder flogen Kumpel auf die Straße. Das heißt: Sie flogen eben nicht auf die Straße. Das Verfahren läuft anders: Das Unternehmen, die Landesregierung und die Gewerkschaft einigen sich darüber, wo stillgelegt werden soll, damit an den anderen Orten weiter abgebaut werden kann – für die Betroffenen gibt es Vorruhestandsregelungen und Sozialpläne. Die IG Bergbau ist aus leidvoller Erfahrung eine Gewerkschaft, der diese Art von »großen Lösungen« vertraut ist.

Die Kali-Fusion ist eine solche »große Lösung«, ein von allen Seiten festgezurrtter Kompromiß. Es geht dabei darum, die Kali-Kapazitäten in Deutschland zu reduzieren und die Kostenstruktur zu verbessern. Die Grube in Bischofferode, so die von niemand bestrittene Feststellung, ist die mit der ungünstigsten Kostenstruktur: Jede Tonne Kali, die dort im letzten Jahr gefördert wurde, brachte einen Verlust von 70 Mark, macht knapp 20 Millionen Verlust im Jahr, macht 25 000 Mark Verlust pro Beschäftigten.

2. Die Kali-Fusion ist sogar eigentlich Zeichen der Ost-West-Annäherung.

Es war der erste Fall überhaupt, in dem eine Privatisierung der Treuhand, vertraglich vereinbart, den Abbau von Arbeitsplätzen im Westen mit vorsah. Von den 11 000 Arbeitsplätzen im deutschen Kali-Bergbau sollen innerhalb von fünf Jahren insgesamt 3500 abgebaut werden – die Hälfte im Osten, die Hälfte im Westen. Im Osten bleiben dann 3000 Beschäftigte an fünf Standorten übrig. Der West-Monopolist, die »Kali und Salz AG«, hatte, so Treuhand-Vorstand Schucht, »natürlich ein Interesse, die Gruben im Osten auszuschalten«. Das ist nicht gelungen. Massiver Druck, hartes Verhandeln und hoher finanzieller Einsatz der Treuhandanstalt haben erreicht, daß die deutsche Kaliproduktion eine gesamtdeutsche ist und bleibt.

3. Die Hauptschuld an der Eskalation trägt die Heuchelei der thüringischen Landesregierung.

Die ostdeutschen Landesregierungen haben sich eine unselige Sitte angewöhnt: Im stillen Kämmerlein stimmen sie Massenentlassungen und Betriebsschließungen in ihrem Bundesland zu und polemisieren dafür, wenn es soweit ist, lauthals gegen soziale Kälte und Plattmache. Wirtschaftspolitik sollte sich aber eigentlich nicht auf den Barrikaden, sondern hinter den Kulissen bewähren. Jetzt, bei der Kali-Fusion, hat das Land Thüringen den Bogen eindeutig überspannt: Die Landesregierung hatte nicht etwa eine Position, die alternativ zu den vorliegenden Kali-Fusionsplänen diskutierbar wäre – Bernhard Vogel hat sich einfach nicht getraut, zu dem zu stehen, was er einmal mit abgesegnet hat. Er hatte keine Idee vorzuweisen, kein Konzept, kein Geld, nur große Worte. Und damit in Bischofferode Hoffnungen geweckt, für die es keinerlei realen Hintergrund gibt. Populisten und Sozialromantiker aus der ganzen Republik haben den Hungerstreik in verantwortungsloser Weise angeheizt, aber die eigentliche Verantwortung trägt das Land.

4. Hintergrund für die Eskalation ist das Scheitern des Aufschwung-Ost-Konzepts.

Die Situation in und um Bischofferode ist tatsächlich verzweifelt, und deshalb ist es auch der Protest der Kali-Bergleute. Er hätte so nicht stattgefunden, gäbe es in dieser Region, im Eichsfeld, andere Chancen auf Beschäftigung. Es gibt sie aber nicht. Für das

Eichsfeld hat niemand eine Idee geschweige denn ein Konzept. Bis hierher kommen die blühenden Landschaften nicht. Und da liegt das Problem: Die Investitionsförderung, das Rückgrat der deutschen Osthilfe, geht ins Leere, weil in ausgebluteten Landschaften keiner investiert, schon gar nicht in der Rezession. Eigentlich hätte der Abbau in den Altbetrieben aufgefangen werden sollen durch Einstellungen in den neuen Betrieben. Aber dazu kommt es immer noch nicht. Das erfordert ein neues wirtschaftspolitisches Instrumentarium – weg von der Förderung der Investition, die einseitig Neuansiedlungen be-

günstigt, hin zur Förderung der Produktion, die die Chancen der Altbetriebe verbessert.

»In Bischofferode gehen die Menschen gegen eine Sache an, die nicht mehr zu ändern ist«, sagt Treuhand-Vorstand Schucht. Hoffentlich hat er recht: Es darf nicht dazu kommen, daß unrentable Arbeitsplätze durch Hungerstreik erhalten werden. Aber wenn die Wirtschaftspolitiker im Osten in Zukunft nachdenken, bevor sie die große Klappe riskieren, und die in Bonn umdenken, bevor ganz Ostdeutschland so dasteht wie das Eichsfeld – dann hätte der Hungerstreik von Bischofferode doch Erfolg gehabt.

»Wir sind in Hessen.«

■ Am Kaliwerk Hattorf, das der »Kali + Salz AG« gehört, drehen sich die Räder des Förderturns. »Diese Verbrecher, uns murksen sie ab, um selber zu überleben«, schreit einer. »Außen schön lackiert, ihre Scheiß-Fabrik, aber innen auch nur 'ne Rostbude, ich hab's gesehen!«

Landolf Scherzer in »Die Kali-Karawane. Die Kumpel der ostdeutschen Kali-Industrie ziehen nach Bonn.«

In: *Wochenpost* 12/93

1 300.000 m² frei disponible Fläche für Gewerbe und Industrie
2 280.000 m² zusätzlich für das Bosch-Siemens-Hausgerätewerk
3 Uneingeschränktes Eigentum
4 Bebauungsplan rechtskräftig
5 Sofortiger Baubeginn möglich
6 Keine Altlasten

Gewerbegebiet Nauen
300.000 m² Gewerbe-/Industriefläche und 280.000 m² Bosch-Siemens-Hausgerätewerk

Steuern sparen: Gewerbesteuerhebesatz 250

Das wahrscheinlich unbürokratischste Fleckchen Erde in Deutschland.



Bis zur Berliner City sind es 35, bis zur Autobahn 7 km, und eine Bundesstraße führt direkt daran vorbei: Das Gewerbegebiet Nauen – 300.000 m² groß – ist inzwischen so weit erschlossen, daß jeder Investor sein Bauvorhaben unverzüglich beginnen kann. In bester Gesellschaft. Denn gleich nebenan haben sich die Bosch-Siemens-Werke mit einem dreistelligen Millionenbetrag engagiert. Nauen ist ein schönes Beispiel für eine neue Architektur des Denkens. Um so schnell wie möglich gesunde Arbeitsplätze zu schaffen, entschied sich die Verwaltung für eine enge Zusammenarbeit mit einem

Partner aus der Immobilienwirtschaft. Das Ergebnis der Kooperation: eine eigenständige Entwicklungsgesellschaft für die Stadt Nauen, kurz EGN.

Telefon 033 21-48082
Fax 033 21-48083

Gesellschafter sind der Landkreis Nauen mit 15%, die Stadt Nauen mit 36% und die Gebau Aktiengesellschaft Düsseldorf mit 49%. Privates und öffentliches Interesse sitzen also an einem Tisch. Die berechtigten Interessenkonflikte werden offen, einfallreich und unbürokratisch gelöst.

Warum die Gebau AG? Die private Gebau AG ist nicht nur Gesellschafter der EGN, sondern stellt auch die Geschäftsführung. Sie ist für die Erschließung, Planung und Vermarktung verantwortlich. Verantwortung braucht notwendigerweise Erfahrung. Dazu zwei Eckdaten. Erstens der Bau von Immobilien seit 1965 im Wert von

mehr als 2,3 Milliarden Mark für institutionelle und Einzelkapitalanleger. Zweitens ein verwaltetes Immobilienvermögen von derzeit ca. 3,3 Milliarden.

Gesundes Wachstum

Das Prinzip der Geschäftspolitik der EGN und der Gebau AG ist eindeutig auf ein gesundes Wachstum ausgerichtet. Gesundes Wachstum wiederum ist – auch da sind sich alle Partner einig – von Natur aus langfristig angelegt. Auch wenn wir unsere Ideen unbürokratisch und kurzfristig realisieren.

Gewerbegebiet Nauen



Richard-Wagner-Festspiele

■ Mit Heiner Müllers Neuinszenierung von »Tristan und Isolde« beginnen am Sonntag die diesjährigen Bayreuther Richard-Wagner-Festspiele. Die Hauptpartien singen Siegfried Jerusalem und Waltraud Meier, die musikalische Leitung hat Daniel Barenboim, die Kostüme stammen von dem japanischen Modekünstler Yohji Yamamoto. Neben »Tristan« stehen vier Inszenierungen früherer Jahre auf dem Programm: »Tannhäuser«, »Lohengrin«, »Der fliegende Holländer« und »Parsifal« (Wolfgang Wagner/James Levine).

Hitler in Wagner

■ »Es ist da, in Wagners Bramarbasieren, ewigem Perorieren, Alleinreden-Wollen, über alles Mitreden-Wollen eine namenlose Unbescheidenheit, die Hitler Vorbildet – gewiß, es ist viel »Hitler« in Wagner. (...) Der zweite Akt »Tristan« finde ich jetzt, mit seinem metaphysischen Wonnewebe, ist mehr etwas für junge Leute, die mit ihrer Sexualität nicht wo ein und aus wissen. Aber als ich mir neulich den ersten in seiner realistischen Dramatik wieder einmal vorführte, war ich vollständig begeistert. (...) Dennoch, den ganzen »Tristan« könnte ich nicht mehr aushalten.«

Thomas Mann, 1949



Illustration von Aubrey Beardsley zu »Tristan und Isolde«, 1896

Bayreuth ist eine feste Burg. Leer und unbeheizt im Winter. Jeden Sommer, einige Wochen vor Beginn der Wagner-Festspiele, wird die Zugbrücke hochgezogen. Wer dann drinnen ist, der gehört dazu. Man ist hier gemütlich miteinander wie eine große Familie und dient gemeinsam einem unerhört wichtigen Geheimprojekt. Die da draußen dagegen sind tendenziell sämtlich feindliche Spione und sollen gefälligst warten. Höflich, aber eisern zieht das Büro für Öffentlichkeitsarbeit einen unsichtbaren Schutzwall rund um den grünen Hügel zur Abwehr von Öffentlichkeit. Zur Not trägt sogar der Geist des Hauses höchstpersönlich dafür die Sorge: Wolfgang Wagner, letzter lebender echter Enkel, schlohweiß und sportlich, ein behender Zwerg. Er taucht plötzlich auf den Proben auf und poltert laut herum, daß ja die Türen geschlossen bleiben; er schnürt mehrfach täglich durch die Kantine und plaudert Tisch für Tisch mit der Belegschaft. An einem dieser Tische hockt heuer, im Kreise der Seinen, Heiner Müller.

Was, zum Teufel, macht Müller in Bayreuth? Er inszeniert den neuen »Tristan«. Zunächst hat niemand das im Ernst für möglich gehalten – jetzt ist die gesamte Musikwelt so neugierig auf das Resultat wie ein Wurf junger Katzen. Wie soll das auch zusammengehen? Dieser strenge kleine Heilige mit der dicken Zigarre und den proletarisch schmutzigen Fingernägeln – und der zarte Luxus-Duft der »Tristan«-Musik? Was kann einer, der selbst nur knappe messerscharfe Dialoge drehselt, anfangen mit Wagners üppig geschwätzigen Monologen? Mit diesen wildwuchernden Stabreimgeschwüren, die man aber nur selten genau versteht, weil die Musik meist lauter ist? Und was geht einen, der sich bevorzugt mit den schmutzigen Niederungen und Greueln deutscher Gegenwartsgeschichte faßt hat, der hemmungslose Höhenflug über einzigartigen romantischen Love-Story an? »Lustentzücken«, schreit Tristan. »Himmelhöchstes Weltentrücken«, antwortet ihm Isolde. »Mein! Mein!« jubeln dann beide, endlich vereint auf einem Ton, der weil sich drunten im Orchestergraben immer noch weiter die hungrigen Septakkorde jagen, die sich nirgendwohin auflösen wollen und dann diesmal doch auf blankem, billigem C-Dur landen: »Mein und dein. Ewig ein.« Was macht ein von der Pike auf an Brecht geschulter, exsozialistischer Dramatiker bloß mit solch einem Stück, das als einzig wirklich wichtige Handlung nur diese überwältigende Nacht der Liebe kennt?

Heiner Müller hat noch vor einem Jahr in seiner Autobiographie von seinem gestörten Verhältnis zur Gattung Oper erzählt. Ohne Musik könne er ganz gut leben, ohne Bilder nicht. Augenblicklich bewohnt er in Bayreuth ein Einfamilienhaus in ruhiger Randlage, das vor ihm schon reihenweise berühmte Wagnerheroinen beherbergt hat – und wie es aussieht, lebt er nicht schlecht dabei. Die übliche genialische Unordnung auf und unter der mittelständischen Couchgarnitur, Arbeitspapier und Zeitungsaustrisse, leere Gläser und Polaroidfotos von der frisch in die Welt gesetzten Tochter sowie eine Pampers (Girls) in der Ecke. Die zweite Oper, die er je gesehen habe, sagt Müller, sei Puccini gewesen: »Das war »Butterfly«, im Berliner Metropoltheater, irgendwann Anfang der 50er Jahre. Und das fand ich wirklich zum Kotzen. Aber ich habe nicht gekotzt. Nur hatte ich deshalb jahrelang einen Horror vor der Oper.« Er muß selber darüber lachen, etwas verstohlen in die hohle Hand hinein. Wie man eben lacht über ein albernes Mißverständnis. Vielleicht war es aber auch keines. Aller Anfang immerhin, das sei rein zufällig Wagner gewesen, und zwar 1948 mit Josef Keilberth in Chemnitz: »Der »Tristan« war die erste Oper, die ich je gesehen habe. Und das war auch der Grund, warum ich zugesagt habe, als Barenboim mich gefragt hat, ob ich den Tristan hier in Bayreuth machen will.«

Ein bißchen mager, die Motivation. Mehr Eist freilich nicht zu erfahren. Überhaupt fühlt sich Müller, frontal befragt zur Musik, nicht gerade wohl in seiner Haut. Die Fragen

Wißt ihr, wie das wird?

Keiner hätte es für möglich gehalten:
Heiner Müller inszeniert »Tristan und Isolde« in Bayreuth.
Von Eleonore Büning

sind auch allzu intim. Nein, Notenlesen könne er nicht. Ja, man habe ihm dafür einen Assistenten vom Hause gestellt, einen ganz hervorragenden Japaner. Nein, er selber singe nie, auch als Kind habe er nicht gesungen, nur der Vater, daran könne er sich gut erinnern, habe allerhand populäre Operettenschlager auswendig gekannt. Seinen Vornamen Heiner zum Beispiel, glaubt Heiner Müller, hat er Vaters Lieblingslied »Heinerle, Heinerle, hab kei' Geld« zu danken (aus »Der fidele Bauer« von Leo Fall). O ja, mit Opernsängern zu arbeiten, das sei allerdings neu und schwierig gewesen. Sängern muß man immer sofort sagen, wo es langgeht – Schauspieler lieben eher Umwege. Und dann das uralte Problem: daß Musik eine Kunst ist, die den Ablauf der Zeit organisiert: »Im Schauspiel gibt es unendliche Möglichkeiten der Interpretation durch die Zeitdehnung und Zeitraffung. Die gibt es in der Oper wesentlich weniger. Der Zwang, der von der Partitur ausgeht, der ist unabänderlich gegeben. Die Zeit, die die Musik dauert, ist nicht variabel. Es gibt noch diese kleine Differenz, die der Dirigent in der Hand hat. Aber das ist ganz wenig. In der Oper ist alles viel stärker vorhergegeben und fixiert.«

Diese ganz spezielle Oper, das kommt noch hinzu, hat Längen wie kaum eine zweite: »Tristan und Isolde« besteht zum allergrößten Teil aus Warten. Erst warten alle darauf, daß Land in Sicht kommt, dann wartet sie auf ihn und schließlich am Ende er auf sie. Und die Hörer warten derweil in höchster Lust oder auch unbewußt darauf, daß sich endlich die Tonalität vollends auflöst und der Durchbruch in andere, bessere Welten gelingt. Sie warten, wie man weiß, nicht umsonst. Aber außerhalb der Musik passiert buchstäblich fast nichts, was man guten Gewissens eine dramatische Aktion nennen könnte. Das wiederum findet Müller ganz be-

sonders interessant und geradezu revolutionär: »Das Stück hat nur eine innere Handlung. Denken Sie mal an die Fabeldefinition von Brecht. Die Beziehungen innerhalb einer Person interessieren nicht, da geht es erst einmal nur um die gesellschaftlich relevanten Vorgänge. Und genau dadurch, durch dieses Ausklammern der Psychologie, erst bei Marx und letztlich bei Brecht, sind die gesellschaftlichen Katastrophen entstanden. Dieser Schritt von Brecht zurück und vorwärts zu Shakespeare, das ist Wagner.«

Ein gewagtes Wort. Große Namen, dunkles Raunen, einen Schritt vorwärts und zwei zurück. Ich verstehe nicht gleich. Aber dann verstehe ich doch blitzartig eines: daß Müller und Wagner am Ende doch viel besser zusammenpassen als gedacht. Eine Hamlet-Maschine trifft die andere, das gibt ein Fest: Müller, die deutsch-deutsche Mythe, zu Gast in der seit Generationen bewährten urdeutschen Mythenfabrik Wagner & Co.! Bestimmt guckt demnächst auch sein Bild heiligtvoll von der Wand herab im Wagnerianer-Restaurant »Die Eule« – findet sich auch sein Namenszug neben dem von Uta Danel und Ernst-Dieter Lueg auf den Trophäenlisten, die überall aushängen, vom Schaufenster der ordinären Haushaltswaren-Handlung bis hin zum feinsten Hotel am Platze. Schon wurden die ersten Schlachtenbummler mit Autogramm-Mappen unter dem Arm vor dem Bühneneingang des Festspielhauses gesichtet. Und wer weiß, was für Wunder uns erst am 25. Juli aufblühen, wenn bei der Eröffnung der Bayreuther Festspiele, zu der diesmal neben dem Bayerischen Ministerpräsidenten sogar Raissa und Michail Gorbatschow erwartet werden, Heiner Müller tatsächlich mit einem »Jahrhundert-Tristan« niederkommt, oder wenigstens wohlweise mit einem zünftigen Skandal: Dann

Harald Messlin, Ifflandstraße 2, 10179 Berlin

An die
Redaktion der "Wochenpost"
Mauerstraße 86-88

10117 Berlin

Berlin, am 26. Juli 1993

Betrifft "Lehren aus Bischofferode" Nr.30 vom 22.7.1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

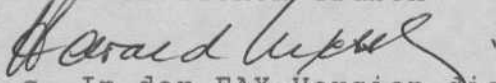
Als ein bisher in Treuhand-Angelegenheiten durch die "Wochenpost" gut unterrichteter Leser habe ich den Artikel "Lehren aus Bischofferode" von Detlev Gürtler irgendwie mit unguten Gefühlen gelesen. Vor allem der zweite fettgedruckte Satz "Die Kali-Fusion ist sogar eigentlich Zeichen der Ost-West-Annäherung" brachte mich ins Grübeln: sollten das die gutkatholischen Kumpel vom Eichsfeld, die mit der DDR nie viel im Sinne hatten, nicht gemerkt haben?

Inzwischen habe ich mich etwas kundiger gemacht - theoretisch, aber auch praktisch, indem ich übers Wochenende nach Bischofferode gefahren und dort in der Grube "Thomas Müntzer" vor Ort gewesen bin.

Jetzt weiß ich: jener fettgedruckte Satz von der Kali-Fusion als Ost-West-Annäherung ist so - sagen wir mal - unwahr, daß durch ihn allein der ganze Artikel falsch wird, auch wenn Herr Gürtler ihn noch so "gut gemeint" haben mag. Mit solchen und ähnlichen "gut gemeinten" Belehrungen von Leuten, die vermutlich nie in ihrer Haut gesteckt haben, werden die Bischofferoder Kali-Kumpel zur Zeit überschüttet.

Aber hoffentlich ist Ihnen von der Redaktion klar: um Treuhand-Verlautbarungen zu lesen, brauchen wir die "Wochenpost" nicht!

Mit freundlichen Grüßen



p.s. In der FAX-Version dieses Schreibens habe ich unter "Betrifft" versehentlich Nr.19 anstelle von Seite 19 geschrieben

6.10.93



Chemnitz, am 20. Juli 1993

Liebe Kali-Kumpel in Bischofferode,

Solidarität tut not. Eure Haltung bewegt mich so, daß ich Euch meine Gedanken schreiben möchte. Ich erlaube mir, Euch unbekannterweise zu duzen. Kurz zu mir: Ich arbeite an der TU Chemnitz-Zwickau in Teilzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter; einige wenige haben sich hier als Antwort auf die 50%-Personalreduzierung "zusammengetan", weil Teilen verbindet. (Nicht wegen Verstrickung in den SED-Apparatschik oder gar die Stasi habe ich 'geteilt; nein, bescheidene Scherflein hatte ich demgegenüber versucht zur Wende beizutragen - ich bedaure heute die Wende ebensowenig wie ich denjenigen "Wendeaktivisten" beipflichten kann, die sich nun herablassend, entsolidarisierend oder gar schadenfreudig über "Kohl-Wähler" äußern: "Sollen die nur selbst sehen, wie sie kommen.") Das soll vorerst zu meiner Person genügen, denn darum geht es ja nicht.

Hauptsächlich möchte ich Euch sagen, was mich an Eurer aufrechten Haltung am tiefsten bewegt und was ich Euch weiterhin wünsche. Ich glaube, Euer Wirken bildet nicht nur ein landesweites Symbol gegen "Plattmache" schlechthin, sondern weist auf einen Kreuzweg hin, an dem sich mir eine fatale Fehlleistung deutscher Politik bemerkbar macht: Der Bundeswirtschaftsminister meinte neulich auf einer Pressekonferenz sinngemäß, daß die neuen Bundesländer ab 1995 die blühendsten Europas sein könnten, wenn die alten Bundesländer die Rezession überwänden, wenn ein "Aufschwung West" gelänge. Wenn die erste Hälfte dieser Aussage zu glauben dümmere wäre als etwas auf die 90er Wahlversprechen gegeben zu haben (der Kanzler hat ja inzwischen selbst "gewisse Fehler" eingeräumt), so kann die ganze Aussage klären, warum Ihr mit Eurem Anliegen in Bonn nichts*) erreicht habt. Regierungspolitik scheint die These geworden zu sein "ERST WIR (die alten) und DANN (vielleicht!) IHR in den jungen Bundesländern" nach dem Motto "Laßt das mal den Pappi machen (denn bringt ihr denn überhaupt was?)". Fatal daran ist, daß es erklärtermaßen um die Einheit Deutschlands gehen soll und man genau wissen müßte, daß Teilung nur durch Teilen echt überwunden werden kann. Und noch gewichtiger: Weltwirtschaftlich und weltpolitisch steht ein Abschwung Nord-West auf der Tagesordnung - wie Ihr vielleicht wißt, hat selbst der Club of Rome die Sackgasse des industriellen Nordwestens beschworen! Wie aber sieht dieser Nordwesten aus, wenn er über seinen Aufschwung meditiert "ERST WIR..." - auf Kosten der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung des vielfältigen Lebens? Nein - ich bin überzeugt, es ist nur eine Illusion gleich einem Strohalm in bedrohlicher Flut, an einen "Aufschwung West" mit überdies noch guten

*) Wer mündiger Bürger geworden ist (und nicht mehr von Herrn Honecker vordiktiert bekommt, was seine Interessen sind), der wird sich ja auch nicht mehr vorsagen lassen, was für ihn ein Erfolg ist und was nicht - von Frau Breuel oder von wem auch immer.

Sogwirkungen**) zu glauben.

Ja - nichts weniger als so wichtig finde ich Bischofferode heute; und was wünsche ich Euch? Ich wünsche Euch natürlich Erfolg für Euer Anliegen nun vor der EG. Und ich wünsche Euch, daß Eure aufrechte Haltung fürderhin anhält und auch Flexibilität zeigt in dem Sinne, daß Ihr möglichst vorbereitet seid auf das, was kommen kann. Was aber kann kommen? Keiner weiß es. Deshalb nur: Beispielsweise könnte Euer einzelprivatisiertes Werk in Absatzschwierigkeiten kommen. Manchmal zeigt sich nämlich, daß das, was man gelernt hat und gerne tut, zwar nicht zu verachten ist, aber eben doch nicht so wichtig ist wie man glauben mochte (mir geht es jetzt mit dem Gedanken an Struktur und Bedeutung der Wissenschaft so, obwohl landesweit, insbesondere von Wissenschaftlerkollegen, nach mehr Bedeutung und nach mehr Millionen gerufen wird). Also ich wünsche Euch in solcher Situation eine feste Solidarität unter Euch, eine Bereitschaft zum Teilen der Arbeitsplätze unter Euch. Fragt doch mal genau nach, was Eure Kinder besser fänden, Einzelstreben nach mehr Geld, nach Auto und Hektik ... oder gemeinsam füreinander mehr Zeit zu haben in einem äußerlich ärmlischeren aber innerlich-natürlich reicheren Leben mit Bildung z.B. durch Wandern, ökologischen Gartenbau ... (Ihr wißt selbst noch viel angemessenere "Zweitbeschäftigungen"). Vielleicht seid Ihr nun vor den Kopf gestoßen: "Ach so, von solcher suspekten Richtung redet er?" Dann bitte ich Euch trotzdem nur noch, die Zeilen mal den Hungerstreikenden ***) zu geben. Ich bin nämlich vor etwa zwei Jahren Vegetarier geworden und weiß daher, daß die Art der Ernährung auch Auswirkungen auf die Art des Denkens hat ... Außerdem meine ich, daß wir Ossis durchaus in der Lage sein könnten, notwendige Anstöße zum Teilen und zum Verbinden zu geben. Vierzig Jahre "ständig steigender Wohlstand" und Erziehung zur Ellbogengesellschaft machen das den Wessis möglicherweise viel schwerer. Und Impulse von den Politikern? Dort herrscht, glaub' ich, meistens große Angst vor den "Massen" (ähnlich wie bei den alten Herren vor der Wende in der DDR), so daß von dort die Kursrichtung "immer geradeaus" als die wahrscheinlichste erscheint. Glück auf!

Mit besten Wünschen für Gesundheit an Kopf, Herz und Gliedern

Wilfried Weinelt

Wilfried Weinelt
Georgenkirchweg 4
09117 Chemnitz
(ao. Dozent an der TUCZ;
Tel. 0371-561-2707 Mo.+Di.)

**) Apropos Sogwirkung. Nehmen wir nur einmal an, es gelänge wirtschaftlich ein großer Aufschwung Nord-West. Völlig natürlich wäre dann unter anderem ein größerer Strom von Immigranten (was auch für die Entwicklungsländer keinerlei Lösung brächte). Und etwas Natürliches zu verbieten hätte auch keinen Zweck ...

***) Ich sehe in ihrem Symbol zweierlei. Einmal die starke Form der freien Meinungsäußerung über tiefempfundenes Unrecht und zum anderen die Bereitschaft zum Fasten, worüber Jesus Christus sagt, man soll's nicht tun solange der Bräutigam da ist - der aber hat sich abgewendet!

EIN NEUES KALI - ECHO

Herausgegeben vom:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode
Tel.: 036077/99415, 99470, 99474, 99476
Fax.: 036077/99271, 99470

Kaliwerk Bischofferode
Bischofferode, den 18.07.1993

Der Betriebsrat nimmt die Bemühungen der Landesregierung um die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen in Bischofferode zur Kenntnis.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß alle Anstrengungen in Bonn und Erfurt auf die Ansiedlung von Industrieunternehmen zu richten sind, da nicht nur die 1.200 bereits aus unserem Kaliwerk Entlassenen, sondern auch eine große Anzahl anderer Arbeitsloser der Region auf die Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten dringend angewiesen sind.

Die Einleitung neuer als auch bereits laufender Aktivitäten für die Ansiedlung von Unternehmen in dieser Region können also nicht von einer Zusage oder Ablehnung des Angebotes der Landesregierung vom 17.07.1993 durch den Betriebsrat abhängig gemacht werden, da dieses längst überfällige Maßnahmen sind.

Sowohl das Bonner-7-Punkte-Programm als auch die Erklärung des Thüringischen Ministerpräsidenten beinhalten lediglich pauschale Zusagen und sind rechtlich nicht einklagbar (Aussage Kanzleramtsminister Bohl vom 14.07.1993 in Bonn). Mit diesen beiden Angeboten wird in keiner Weise auf die Grundforderung der Belegschaft eingegangen.

Wir fordern nach wie vor den **Erhalt des Kalistandortes Bischofferode durch Einzelprivatisierung**, da die fol-



Stellungnahme zur Erklärung des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen im Ergebnis der Kabinettsitzung am 17.07.1993

genden, seit Monaten offenen Fragen, nicht geklärt sind:

- Welche Kaliarbeitsplätze in Deutschland durch Weiterführung der Produktion in

Bischofferode konkret gefährdet werden?

- Wer übernimmt bei Stilllegung von Bischofferode unsere Produktion? (Aussage von Herrn Dr. Schäfer vom K+S-Vorstand in der Treuhandanstalt am 17.05.1993: "Mit geringen Investitionen wäre dieses an den Standorten Sigmundshall oder Neuhoof-Ellers möglich.")

Das würde bedeuten, es erfolgt eine Verlagerung von Produktionskapazitäten von Ost nach West, was wiederum einen eindeutigen Verstoß gegen den Auftrag der Treuhandanstalt wäre).

Wir erachten den Auftrag des Thüringer Landtages vom 14.07.1993 an die Lan-

desregierung als bislang nicht erfüllt. Mit den Aussagen: "Es wird keine Erfolgsaussicht einer Klage gesehen" und "Es ist nicht erkennbar, daß europäisches Recht dem (Fusionsvertrag) entgegensteht", kann sich die Landesregierung dem Auftrag des Landtages nicht entziehen.

Nach wie vor sieht der Betriebsrat politische und rechtliche Möglichkeiten, die Schließung des Kaliwerkes Bischofferode zum 31.12.1993 zu vermeiden. Die Belegschaft betrachtet sich durch das Votum der Belegschaft vom 16.07.1993 weiterhin legitimiert für die Fortsetzung des Arbeitskampfes mit diesem Ziel.

Brodhun
Betriebsrat Bischofferode
Kaliwerk Bischofferode
Bischofferode, den 18.07.1993
Betriebsrat

Presseerklärung

Nach dem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit dem Ministerpräsidenten, bei dem über die Haltung des Kabinetts zur Situation und dem weiteren Umgang mit dem Kaliwerk Bischofferode erklären wir folgendes:

Wir haben die Erklärung der Landesregierung über ihre Position zur Erhaltung des Kaliwerkes Bischofferode nach der Entscheidung der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Dabei bleibt anzuzweifeln, daß die Landesregierung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auch voll ausgeschöpft hat oder noch bestehende Möglichkeiten nutzen wird.

Ministerpräsident Vogel ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß die Bundesregierung derzeit noch die Möglichkeit hätte, den Fusionsvertrag rückgängig zu machen oder zu modifizieren, dies aber nach wie vor konsequent ablehnt.

Wir sind der Auffassung, daß eine Bundesregierung, die nicht mehr Willens oder in der Lage ist, die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger konsequent gegen Wirtschaftsinteressen solcher Art zu vertreten, das Recht auf Regierungsverantwortung verwirkt hat, und deshalb fordern wir ihren sofortigen Rücktritt.

Christine Grabe
Mitglied des Thüringer Landtags
Dr. Roland Hahnemann
Fraktionsvorsitzender Linke Liste/
PDS
Thüringer Landtag Erfurt, den
17.7.1993

Gastkommentar

Schacht Bischofferode - ein kapitalistisches Lehrstück

Die Kalikumpel in Bischofferode wissen, was Solidarität ist, und sie haben am eigenen Leibe gespürt, wie gezielt Entsolidarisierung von den Mächtigen der Wirtschaft als Knüppel gehandhabt wird.

Erst wurden die Kalikumpel West gegen die Kalikumpel Ost ausgespielt, dann Südharz gegen Werra und nun ist der "Rest" nur noch wegzuräumen.

Wider besseren Wissens reden BASF, Kali + Salz sowie die Treuhand den Bischofferöder Kalischacht in Grund

und Boden. Die Tatsachen jedoch beweisen: Der Schacht hat sichere Märkte, seine Produkte eine ausgezeichnete Qualität, die Produktivität erreicht Westniveau (und mehr!), die Preise sind, auch ohne Dumping, konkurrenzfähig. Und trotzdem - oder gerade deshalb - soll der Schacht Bischofferode sterben, um das Monopol der BASF zu sichern. Nicht überall sind Manöver der Treuhand und jener, die ihr die Entscheidungen vorgeben, so durchschaubar wie im Falle der Kali-Industrie.

Was nutzt das Gerede von industriellen Kernen, die erhalten werden sollen, wenn solche industriellen Kerne wie Bischofferode von der Treuhand, letztlich mit Duldung der Landesregierung, zerschlagen werden? Die Kali-Industrie, vor al-

lem der Schacht Bischofferode, ist das wirtschaftliche und soziale Rückgrat der Südharzregion. Von sozialer Verantwortung des Eigentums, wie im Grundgesetz festgeschrieben, ist hier nichts zu spüren!

Kapital kennt nun einmal keine soziale Verantwortung - da nützen keine Illusionen.

Man verweist darauf, daß die verhängnisvolle Treuhandentscheidung, die von Volksvertretern auf Bundesebene mehrheitlich befürwortet wurde, folgerichtiges und gewolltes Resultat der Politik der Bundesregierung ist. Dieschüchternen Proteste der Thüringer Landesregierung wirken da nur hilflos und geben nicht mehr als eine Alibifunktion her. Eine solche Politik ist verantwortungs-

los. Nicht zuletzt, weil Kanzler Kohl blühende Landschaften und nicht kahlgeschlagene Regionen versprochen hat. Die Kalikumpel haben sehr zeitig auf ihre Lage aufmerksam gemacht. Ihr beherzter Widerstand war nicht umsonst - anderenfalls wäre der Schacht schon vor Jahresfrist in aller Stille gestorben. Spätestens jetzt wird deutlich, daß die Solidarität eine Überlebensfrage ist.

Nur so ist Widerstand möglich, nur so gibt es eine Chance, das Eigentum, sprich: Kapital, in seine grundgesetzliche Pflicht zur sozialen Verantwortung zu zwingen.

L.A.

Kurze Chronik unseres Arbeitskampfes

Am 10. Dezember 1992 hat unser Arbeitskampf begonnen.

Wir konnten das ungerechte Fusionskonzept zwischen der Mitteldeutschen KALI AG Sondershausen und der Kali und Salz AG Kassel nicht akzeptieren, da es für uns nur die Schließung bedeuten würde.

Wie es weiterging:

- Großkundgebung am Heiligabend vor dem Werkstor des Kaliwerkes mit etwa 5000 Teilnehmern, darunter Kommunalpolitiker, Kirchenvertreter, der Minister der Staatskanzlei Thüringen.

konvoi von ca. 120 Fahrzeugen mit 300 Kalikumpeln zur Aktionärsversammlung nach Kassel, um auch dort ihren Unmut über die geplante Fusion zum Ausdruck zu bringen.

- Großkundgebung zum 1. Mai an der ehemaligen Deutsch-Deutschen Grenze; 4000 Teilnehmer waren unserem Aufruf gefolgt, an der Spitze marschierte Bischof Wanke.

Durch Aufstellen von Schildern mit Kritik an der Treuhandanstalt an 4 ehemaligen Grenzübergangsstellen kam zum Ausdruck, daß wir nicht gewillt sind, den Osten zu einer deutschen Kolonie - verwandelt

Um 19.00 Uhr fand ein ökumenischer Gottesdienst unter Teilnahme von Probst Dr. Falcke und Probst Kockelmann statt und dokumentieren damit den friedlichen Charakter.

19.6.93

Abordnung von Bischofferode zur 3. Konferenz der ostdeutschen BR-Initiative Berlin

23.6.93

Abordnung des Kaliwerkes zur Demonstration der DSR vor dem Schweriner Landtag, um die Solidarität mit den ebenfalls von Werksschließung Betroffenen zu bekunden.

1.7.93

Empfehlung THA, Fusion zuzustimmen - 12 Kumpel in Hungerstreik

Aufruf an die Kommunen durch Bürgermeister Lintzel, die Verwaltungen im Eichsfeld zu schließen.

2.7.93

Die Zahl der Hungerstreikenden erhöht sich auf 23. Kommunen in der VG Eichsfeld-Südharz und Worbis symbolisch geschlossen.

4.7.93

Zahl der Hungerstreikenden erhöhte sich auf über 40. Unter ihnen der MdL Roland Hahnemann, Fraktion LL/PDS, und der Regionalsekretär der CDA, Thomas Hedergott.

6.7.93

Schülerdemo vor dem Kaliwerk. Um dies zu verhindern, ging zum 2. Mal im Aussiedlerheim eine Bombendrohung ein.

7.7.93

MDR-Live-Übertragung vor dem Werk. Solidaritätsbekundung der Einwohner der umliegenden Orte und einer Abordnung aus den Aussiedlerheim.

Wirtschaftsminister Bohn spürt den Unmut der Belegschaft.

8.7.93

Solidaritätsbekundung einer Abordnung des Kaliwerkes in Rudolstadt - Thüringer Faser AG Schwarza - 986,- DM Geldspende für Bischofferode.

Dem Ministerpräsidenten, Dr. B. Vogel, werden die eindeutigen Positionen der Belegschaft und der Hungerstreikenden dargestellt.

10.7.93

Großer Aktionstag für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen die Werksschließung

ung in Bischofferode.

Mehr als 5.000 Menschen nahmen teil, darunter Belegschaftsvertreter aus fast 40 Betrieben aus Ost- und Westdeutschland.

14.7.93

Die von den Oppositionsfractionen erzwungene Sondersitzung des Landtags findet statt. In Erfurt demonstrieren ca. 500 Kaliwerker, deren Angehörige sowie etwa 500 mit ihnen Sympathisierende.

Wieder wurden Polizisten in Zivil unter die Demonstranten geschleust und Filmaufnahmen aus dem Landtagsgebäude heraus gemacht. Der Landtag beauftragt die Landesregierung, alles für den Erhalt des Kalischachtes zu tun.

Am gleichen Tag werden Vertreter der ca. 60 nach Bonn gereisten Bürgermeister von der Bundestagspräsidentin und dem Kanz-



- Am 12.03.1993 große Protestkundgebung in Bonn mit ca. 1500 Teilnehmern.

- Am 08.04.1993 wurde gemeinsam mit Bürgermeistern der Kommunen die B 80 an 2 verschiedenen Stellen durch Straßenblockaden gesperrt; Flugblätter für den Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode wurden verteilt.

- Auch Karfreitag befanden sich 175 der rund 700 Beschäftigten Untertage; sie führten eigens zu einer Kreuzwegandacht aus.

- Am Ostersonntag beteten die Kumpel in 600 m Tiefe bei einem ökumenischen Gottesdienst um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

- Seit 07.01.1993 wird das Werk bei laufender Produktion rund um die Uhr besetzt gehalten.

- Am 17.04.1993 besuchte uns Bundestagspräsidentin, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth; auch sie sprach sich vor versammelter Belegschaft für den Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode aus und sagte Unterstützung zu.

- Am 21.04.1993 - Teilnahme von etwa 50 Kaliwerkern an einer Plenarsitzung im Thüringer Landtag; hier wurden Beschlüsse zum Erhalt des Kaliwerkes Bischofferode gefaßt.

- Am 23.04.1993 fand eine Kundgebung in Düsseldorf statt. Grund: Treuhandverwaltungsrat entschied zur Kalifusion; 150 Kaliwerker brachten ihren Unmut zu dieser Entscheidung zum Ausdruck.

- Am 27.04.1993 übertrug das ZDF-Morgenmagazin am Werkstor einen Situationsbericht zur Besetzung unseres Werkes; erstmals stellte sich die Firma Peine als Investor vor. Anschließend fuhr ein Auto-

konvoi von der Treuhandanstalt der Bundesregierung - werden zu lassen.

- Am 17.05.1993 fand eine Protestkundgebung vor dem Gebäude der THA Berlin statt, 400 Kalikumpel haben teilgenommen, diese Kundgebung wurde von Provokateuren der Polizei in Zivil begleitet; (durch Bildmaterial können wir dieses auch belegen).

- Am 09.06.1993 tagte der Treuhandausschuß zum Thema Kali in Bitterfeld.

Etwa 100 Frauen und Kinder der Kalikumpel demonstrierten vor dem Tagungsgebäude.

Am gleichen Tag fand eine demonstrative Gruben- und Werksbesetzung mit Minister und Abgeordneten aller Fraktionen des Thüringer Landtags statt; ihnen haben sich Vertreter des Landkreises Worbis und Bürgermeister der umliegenden Kommunen angeschlossen.

Auch eine Abordnung von Vertretern des Stahlwerkes Rheinhausen nahm an der Grubenbesetzung teil, sie hatte zuvor mit Transparenten ihre Solidarität mit den Kalikumpeln in Bischofferode zum Ausdruck gebracht.



14.7.93 vor dem Landtag



10.7.93 Gerhard Jüttemann
stv. Betriebsrat

leramtsminister empfangen. Auch Kanzler Dr. Kohl "schaut kurz herein". Die Bundesregierung verspricht Alternativarbeitsplätze bis Ende 1995.

16.7.93

Die Belegschaft entscheidet per Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes. Das Ergebnis: 535 dafür, 50 dagegen, 3 x ungültig.

17.7.93

Aktionstag mit mehr als 2000 Teilnehmern, darunter Unternehmer von dem Ost- und Westeichsfeld, die sich mit uns solidarisieren.

Inzwischen sind 5 Frauen am Hungerstreik beteiligt.

Die Landesregierung bietet Arbeitsplatzgarantien über 1995 hinaus, notfalls in einer Landesgesellschaft.

Sie gibt ihren kurzen Kampf gegen die Schließung des Kaliwerkes auf.

Wir aber nicht!

Wir werden auch weiterhin für den Erhalt des Kali-Standortes Bischofferode kämpfen!

Wir hoffen, daß wir die Sympathie vieler Menschen in Deutschland erfahren werden!

Glück auf!

Betriebsrat

Warum das Kaliwerk Bischofferode geschlossen werden soll einige Hintergründe

Am 31. Dezember 1993 sollen unsere Bergleute das letzte Mal Salz aus dem "Thomas-Müntzer"-Schacht in Bischofferode fördern. Danach soll es in Deutschland außerhalb des Fusionsunternehmens MDK/KS (Mitteldeutsche Kali AG Sondershausen/Kali und Salz AG Kassel) kein Kali mehr produziert werden! Das Fusionsunternehmen ist Tochter des Chemiegiants BASF!

Unser Werk beliefert hauptsächlich große Düngemittelproduzenten in Nord- und Westeuropa, die genauso wie die Gruppe BASF/Kali + Salz Kaliumsulfat und Mehrnährstoffdünger herstellen.

Durch die Schließung dieses Werkes geraten diese Produzenten von der Beschaffungsseite her in Bedrängnis. Dies deshalb, weil unser K60 für deren Verarbeitungsbedürfnisse besonders geeignet ist und eine gleichwertige Qualität nur noch vom GUS-Produzenten Uralkali angeboten wird. Im Verhältnis zur Gruppe BASF/Kali + Salz verschlechtern sich daher rohstoffseitig die Produktionsmöglichkeiten

dieser Produzenten bei Kaliumsulfat und sulfatischen Mehrnährstoffdüngern.

Das künftige Fusionsunternehmen Treuhand/Kali + Salz braucht unser K60 für die eigene Herstellung von Kaliumsulfat und sulfatischen Mehrnährstoffdüngern deshalb nicht, weil das von der Kali + Salz angewendete Kaliumsulfatherstellungsverfahren von der K60-Seite her anspruchsloser ist als dies bei unseren K60-Kunden in Nord- und Westeuropa der Fall ist. Dort kommt nämlich das sogenannte Mannheim-Verfahren zur Anwendung, für das das Bischofferöder Kali bekanntermaßen besonders gut geeignet ist. Für diese Kunden liefern wir in Gestalt des K61 sogar eine Sonderanfertigung dorthin. Das kommt dort bei der Kaliumsulfatherstellung zur Anwendung, um eine gleichbleibend hohe Qualität des Endprodukts zu

sichern. Das Interesse dieser Kunden an unserem Produkt ist somit evident. Wohl auch deshalb hat sich nach 1989 unsere Abnehmerstruktur verbreitert. Was für sich allein schon bemerkenswert ist.

Diese Lieferungen sind von ihrem Umfang her nach 1989 sogar noch angestiegen. Sie sicherten in den vergangenen Jahren eine Auslastung von 60 - 70 % der Bischofferöder Produktionskapazität. In Zukunft eher noch mehr, weil sie auf die Düngemittelprodukte Kaliumsulfat und sulfatische Mehrnährstoffdünger gerichtet sind, die zukunftssträftig sind.

Diese Dünger verzeichneten in der jüngeren Vergangenheit ein größeres Verbrauchswachstum als der Kaliverbrauch insgesamt. Gleiches ist für die Zukunft zu erwarten. Diese Dünger sind außerdem noch preisstabiler als die K60-Standard-

dünger.

Durch die Schließung des Vorlieferanten Bischofferode eröffnet sich für BASF/Kali + Salz die Chance auf dem Kaliumsulfatgebiet die absolute Vorherrschaft zu erlangen. Bisher standen Kali + Salz und EMC auf dem Kaliumsulfatgebiet etwa gleichauf. Auf beide Konzerne entfällt etwa 85 % der EG-Kapazität bei Kaliumsulfat. Indem der für EMC wichtige Vorlieferant Bischofferode ausfällt, verschlechtert sich dessen Position gegenüber Kali + Salz nachhaltig. Gleiches gilt im Falle des wichtigen Kunden Kemira Oy bei der Herstellung sulfatischer Mehrnährstoffdünger im Verhältnis zum Mehrnährstoffdüngerproduzenten BASF/Kali + Salz.

Solcherlei und andere hier nicht angesprochene Hintergründe sind für uns Grund genug, nicht vorzeitig aufzugeben. Erst recht auch außerhalb nicht, weil sich weder die Treuhandanstalt, das Bundesfinanzministerium noch das Kanzleramt zu den hier angesprochenen und ihnen gegenüber mehrmals dargelegten Sachverhalten auch nur geäußert haben, geschweige denn zufriedenstellende Antworten gegeben haben. Die Reaktion war immer Schweigen. Dazu paßt, daß nicht nur der Fusionsvertrag geheim ist, sondern auch das Negativgutachten der Treuarbeit zu Bischofferode auf das man sich immer beruft.

Aus der Vorlage, die dem Verwaltungsrat der Treuhandanstalt zur Entscheidung zugeht:

2.6. Positive/wenig negative Abweichungen von den Ergebnissen (nach Gewerbeertragssteuern) des Geschäftsplanes - unabhängig von der Ursache - sollen sich zwischen K & S und Treuhandanstalt wie folgt aufteilen:

	K & S	THA
1993-95	10 %	90 %
1996	15 %	85 %
1997	20 %	80 %

Ab 1998 wird das Geschäftsergebnis entsprechend dem Beteiligungsverhältnis zugeordnet. Ausgleich und Verrechnung von Abweichungen vom Geschäftsplan erfolgen erstmals nach fünf Jahren.



"meine Grube kriegs 'te nich...!!!"

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Seit 10 Tagen nehme ich die ärztliche Betreuung der sich im Hungerstreik befindlichen 40 Kalikumpel im thüringischen Bischofferode wahr.

Ich habe nunmehr Anlaß zu sehr großer Sorge um den Gesundheitszustand dieser Bergleute, der sich ständig verschlechtert.

Herr Bundeskanzler, bitte, helfen Sie diesen Menschen, die ihre ganze Hoffnung auf eine Entscheidung von Ihnen setzt!

Glück auf!

Dr. med. Rosemarie Sonneborn

Im Wortlaut

Bischof Demke: Ungeheure Provokation

Der Treuhandausschuß des Bundestages hat sich am 1. Juli für die Fusion der Mitteldeutschen Kali AG mit der Kali und Salz AG Kassel und damit für die Schließung des Kali-Schachtes Bischofferode zum Jahresende ausgesprochen. Bereits am 24. Juni hatte der evangelische Magdeburger Bischof Christoph Demke sich gemeinsam mit

dem Erfurter katholischen Bischof Joachim Wanke mit dem dringenden Appell an Bundesfinanzminister Theo Waigel gewandt, die Fusion und damit die Schließung des Schachtes zu verhindern. Nach der Entscheidung des Bundestagsausschusses wandte Bischof Demke sich mit der folgenden Erklärung an die Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit:

Diese Entscheidung ist - im Blick auf die Bergleute in Bischofferode - eine ungeheure Provokation der Öffentlichkeit. Auf breiter Ebene war für den Erhalt des Schachtes eingetreten worden. Die Schließung des Kali-Schachtes, der gegenwärtig noch zu 85 Prozent ausgelastet ist und auch über Abnehmer seiner Produktion verfügt, darf nicht hingenommen werden.

Die Gründe für die Entscheidung des Ausschusses müssen offenlegt werden. Der von einem Treuhandvertreter gegebene Hinweis, die Produktion in Bischofferode könne nach Schließung des Schachtes durch Importe aus Kanada ersetzt werden, ist eine Verhöhnung der Bergleute und ihrer Situation. Es fragt sich, wessen Markinteressen die Treuhand vertritt und wessen Interessen die Arbeitsplätze von Bischofferode geopfert werden sollen.

Wenn der Ausschuß des Bundestages keine befriedigende Auskunft über die Gründe seines Beschlusses geben kann, müssen die Kirchen sich dafür einsetzen, daß - anhand des konkreten Beispiels Bischofferode - die Arbeit der Treuhand untersucht wird. Zu untersuchen sind die Wirkung verschiedener Interessen auf und die Sozialverträglichkeit der Treuhand-Entscheidungen.

Die letzte Entscheidung für die geplante Fusion liegt beim Bundesminister der Finanzen. Er hat sie - auch unter Berücksichtigung der politischen Zusammenhänge - zu fällen. An ihn ist weiter zu appellieren, sich für die Herauslösung des Bischofferöder Kali-Schachtes aus der Fusion einzusetzen und damit für dessen Erhalt.





Aus dem Solidaritätsaufruf vom 2. 7. 1993:

„SOLIDARITÄT aller Bürgerinnen und Bürger ist gefragt, wenn die Region nicht sterben soll! ...

... Die am 1. 7. 93 stattgefundene namentliche Abstimmung mit dem inzwischen bekannten **skandalösen Ergebnis** war eine **reine Farce**. Dieses Ergebnis ist ein **politischer Skandal**, den Bundestagsabgeordnete von CDU, CSU, FDP und SPD zu verantworten haben.

Wenn es in diesem Land immer mehr zur Normalität wird, daß Politiker mit einem klaren Wählerauftrag sich über sachliche und fachliche Argumentationen hinwegsetzen und durch einseitige Informationen und Wahlkreisdanken ihr Tun und Handeln bestimmt werden, dann wird der soziale Friede in noch größerem Maße gefährdet. **Nur das geschlossene und besonnene Handeln aller Menschen des Landkreises Worbis zusammen mit den Kalikumpeln kann das Unmögliche noch möglich machen! Wir dürfen unseren gerechten Arbeitskampf nicht aufgeben!**

Bitte, helft uns!

*Bischofferode, den 2.7.93
Die Belegschaft des Werkes Bischofferode*

Inzwischen (Stand 20.7.93) hat die Solidaritätsbewegung die Grenzen der Landkreise, Thüringens, ja Deutschlands verlassen. Grußadressen kamen selbst aus den USA, Kanada, aus Brasilien und Kolumbien. Und täglich gehen neue ein - von Firmen, den Belegschaften, von Parteien, Gewerkschaften, Komitees, Vereinen und Familien.

Auszug aus der Liste der sich Solidarisierenden:

Betriebsrat
Halbleiter Elektronik GmbH Frankfurt/O.
Betriebsrat
Seehafen Wismar GmbH
Betriebsräte
DSR-Lines (Deutsche Seereederei Rostock GmbH)
Kollegengruppe
Mercedes-Benz Bremen
Vertrauensbürger
Tünninger Faser AG Schwarza

blühen!“

Aber wie soll sie blühen, wenn man uns auch noch diese letzte Chance nimmt, unser täglich Brot in unserer Heimat zu verdienen? **Bitte stehen Sie zu Ihrem Wort!**

Es ist uns unverständlich, weshalb das Kaliwerk geschlossen werden soll. Wir haben trotz schwieriger Weltmarktsituation eine Auslastung von ca 80%, einen stabilen Kundenstamm in West- und Nordeuropa und wir haben einen privaten Investor aus dem mittelständischen Bereich, der nach wie vor zu seinem Kaufangebot steht.

Dieser hat sogar schon Verträge für Lieferungen in die USA abgeschlossen, die für Jahre eine Abnahmegarantie für unsere gesamte Jahresproduktion von 650 000 t bedeuten.

Bei einer Herauslösung Bischofferodes aus dem Kalifusionsvertrag wäre das Land Thüringen bereit, für eventuell auftretende Verluste eine Verlustdeckungsgarantie zu übernehmen, da das wesentlich billiger wäre als die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Der Weiterbetrieb unseres Werkes gefährdet keine Arbeitsplätze, da kein anderes Werk in Deutschland unser Kaliprodukt herstellt.

Deshalb ist eine Schließung aus den o.g. Gründen auch nicht zu rechtfertigen.

Hier geht es um eine reine Marktberingung, der Konkurrent muß verschwinden.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

In Bischofferode in Thüringen befinden sich 40 Kalikumpel seit 10 Tagen im Hungerstreik. Sie kämpfen um den Erhalt ihrer Existenz und den Erhalt ihrer Region.

Ich betreue diese 40 Bergleute ärztlich während des Hungerstreikes und habe nunmehr Anlaß zu großer Sorge um die Gesundheit dieser Menschen.

Herr Bundespräsident, verwenden Sie bitte Ihre vorhandenen Möglichkeiten, diesen verzweifelten Menschen, die zu allem bereit sind, zu helfen.

Glück auf!

Dr. med. Rosemarie Sonnenborn

Betriebsrat

DERNDRUCK GmbH Neu-Isenburg

Betriebsrat

EKO GmbH Eisenhüttenstadt

Betriebsrat

Seehafen Rostock GmbH

Betriebsrat

VEM-Antriebstechnik AG Wernigerode

Betriebsrat

VW Sachsen GmbH, Motorenfertigung

Betriebsrat

Kvaerner Warnow Werft GmbH Warnemünde

Schauspieler

des Nationaltheaters Weimar

Schauspieler

des Schillertheaters Berlin

Betriebsrat

Franzis-Druck GmbH München

Betriebsrat

Druckhaus Heintrich, Berlin

Betriebsrat

Ilmenauer Glaswerke GmbH

Betriebsrat

Presatex GmbH Apolda

Raststätte

„Grenzsnak“ Ferna

Thüringer Bauernverband

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Thüringen

Verband Deutscher Landwirte „Elbe-Elster“ e.V.

IG Metall Bezirksfrauenkonferenz

Pastor i. R. Bauer, Bergen/Rügen

Bündnis 90/Die Grünen Thüringen

SPD-Stadtverband Göttingen

Komitees für Gerechtigkeit Erfurt, Leipzig

Landeskomitee Sachsen-Anhalt, Bundesvorstand

Katholische Arbeitnehmerbewegung

IG Bausteine/Erden Duderstadt

IG Metall Berlin, Saalfeld, Finsterwalde,

Sonneberg

DGB Gotha

CDA Gera

Gewerkschaft Gartenbau, Land, Forst Suhl

PDS-Bundesvorstand, PDS-Landesverbände

Thüringen, Berlin, Brandenburg,

Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen

PDS-Kreisverbände Altenburg, Stadtroda,

Berlin-Pankow, Suhl, Chemnitz, Arnstadt,

Berlin-Marzahn, Ilmenau, Weimar, Berlin-Köpenick,

Eisenberg, Hildburghausen,

Jena, Gera, Schmalkalden

u.v.a.

Wenn auch Sie helfen wollen:

Unsere Anschrift:

Kaliwerk Bischofferode

Betriebsrat

Holunger Straße

37345 Bischofferode

Tel.: 036077/99415, 99470,

99474, 99476

Fax: 036077/99271, 99470

Spendenkonto: 36031038

BLZ: 82054022

Kreissparkasse Worbis

Stichwort: „Solidarität“

An den Bundesvorsitzenden der CDU Dr. Helmut Kohl

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender,

wir, die Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode, wenden uns an Sie persönlich, weil wir enttäuscht von der Privatisierungspolitik der Treuhand sind. Unser Betrieb soll auf der Grundlage des von der Treuhandanstalt ausgehandelten Kalifusionsvertrages zum 31.12.1993 geschlossen werden.

Das wäre eine Katastrophe für das Eichsfeld.

Es gibt hier weder Ersatzindustrien noch andere reale Entwicklungschancen. Eine Region soll sterben, aber für was und wen? Wer, wenn nicht Sie Herr Bundeskanzler, kann unseren Betrieb und damit auch die Menschen dieser Region noch vor dem entgültigen „Aus“ bewahren.

Die Eichsfelder sind ein tief religiöser Menschenschlag mit einem starken Glauben und einem guten Gedächtnis. Sie klammern sich an ihre Worte, die Sie auf der Großkundgebung im Frühjahr 1990 in Gerblingerode vor 60 000 Eichsfeldern sprachen:

„Kräpelt die Ärmel hoch, packen wir es gemeinsam an. Diese Landschaft soll

blühen!“ Aber wie soll sie blühen, wenn man uns auch noch diese letzte Chance nimmt, unser täglich Brot in unserer Heimat zu verdienen? **Bitte stehen Sie zu Ihrem Wort!**

Es ist uns unverständlich, weshalb das Kaliwerk geschlossen werden soll. Wir haben trotz schwieriger Weltmarktsituation eine Auslastung von ca 80%, einen stabilen Kundenstamm in West- und Nordeuropa und wir haben einen privaten Investor aus dem mittelständischen Bereich, der nach wie vor zu seinem Kaufangebot steht.

Dieser hat sogar schon Verträge für Lieferungen in die USA abgeschlossen, die für Jahre eine Abnahmegarantie für unsere gesamte Jahresproduktion von 650 000 t bedeuten.

Bei einer Herauslösung Bischofferodes aus dem Kalifusionsvertrag wäre das Land Thüringen bereit, für eventuell auftretende Verluste eine Verlustdeckungsgarantie zu übernehmen, da das wesentlich billiger wäre als die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Der Weiterbetrieb unseres Werkes gefährdet keine Arbeitsplätze, da kein anderes Werk in Deutschland unser Kaliprodukt herstellt.

Deshalb ist eine Schließung aus den o.g. Gründen auch nicht zu rechtfertigen.

Hier geht es um eine reine Marktberingung, der Konkurrent muß verschwinden.



Bitte revidieren Sie im Interesse der Menschen hier, die durch die Treuhandanstalt gefällt und durch das Bundesfinanzministerium abgesegnete Entscheidung.

Wir hoffen auf Ihre schnelle und unbürokratische Hilfe, da sich hier aus Verzweiflung über 40 Kollegen schon über eine Woche im Hungerstreik befinden.

Mit freundlichen Grüßen

Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode

IMPRESSUM

Herausgegeben vom:

Kaliwerk Bischofferode

Betriebsrat

Holunger Straße

37345 Bischofferode

Tel.: 036077/99415, 99470, 99474,

99476

Fax: 036077/99271, 99470

Druck: Fehldruck, Brühler Straße

53, 99084 Erfurt

Layout: Heiko Hildebrand

Gedanken zum Werk Bischofferode (nachfolgend "B" genannt)

Gegen politische Unvernunft ist kein Kraut gewachsen!! Aufgrund der Fakten hätte am 08.07. in Bonn ein anderes Ergebnis erzielt werden müssen oder hat das Fraktionsdenken eine Rolle gespielt???

Der Absatz des Werkes B ist traditionell Westeuropa.
1991 = 95 % Absatz westliches Eurpoa
1992 = 85 % dto.

B war in der Ex-DDR das stärkste, nach Westeuropa ausgerichtete Werk.

Grund hierfür: Spezifikation der Kaliqualität.

Das Produkt K60/K61 findet als Spezialität Anwendung bei der Herstellung von Kaliumsulfat- und Mehrnährstoffdüngemittel in der Industrie.

Die Absatzsteigerung ist von 1988 bis 1992 kontinuierlich.

Die Kunden in Westeuropa (größte Kalisulfat- und Mehrnährstoffdüngerhersteller) sind auf B angewiesen.

Der Vorlieferant B wird zugunsten der BASF und K & S Interessen (Kaliumsulfathersteller) stillgelegt!!! Hier verlegt man Kriegsschauplätze. Es geht hier nicht um B-Kaliprodukte sondern um den Kaliumsulfatmarkt.

Die Abnehmerstruktur hat sich seit 1989 ausgeweitet und positiv verbessert.

Kundentreue ist vorhanden, alle Kunden kaufen noch heute.

Die Kaliumsulfatnachfrage steigt weltweit, weil es sich hier um ein Wachstumsprodukt handelt.

70 % der Kapazitäten für Kaliumsulfat liegen in Europa
50 % dieser Kapazitäten verwenden das Mannheim-Verfahren, für welches man Kali aus B benötigt.

Folgerung: B partizipiert indirekt an den steigenden Bedarf von Kaliumsulfat und ist schwer austauschbar wegen des Mannheimer-Verfahrens.

Der Standort für den Export bezüglich Eurpoa ist sehr günstig.
Die Preise von Kalisulfat sind in der Zeit von 1990 bis 1992 um ca. 25 % auf Dollarbasis gestiegen.

Daß der Kaliabsatz aus B nach 1990 angestiegen ist bedeutet, daß

- der Markt deutliche Präferenz für B Produkte zeigt
- der Markt nur das B-Produkt aufgrund der Verarbeitungseigenschaften und nicht die Eigentumsverhältnisse sieht
- die Spezialität K 61 auf Wunsch des Kunden EMC-Belgien/Tessen-derlo ist

Die Metzler-Consulting-Studie sagt:

... wenn Preissteigerungen möglich sind, dann kann B weitergeführt werden.....

Dies ist möglich:

Da für Kaliumsulfat und Mehrnährstoffdünger sehr hohe Preise gezahlt werden, wird die Industrie an einer weiteren Belieferung von Spezialitäten aus B sowie die Unabhängigkeit interessiert sein und dies auch honorieren.

B hat etwas, was die Industrien benötigen. Man ist an Rohstoffsicherung bzw. Lieferung interessiert und benötigt die B-Ware.

- Gewachsener Produzentenmarkt, andere ostdeutsche Werke eigenen sich nicht
- Laut Kooperationsgespräch hat MdK den Inlandsmarkt Ost und K & S den Inlandsmarkt West
- Dies bedeutet, daß Märkte einfach abgegeben werden.

Durch Wegfall von B erhält K & S/ BASF ein Monopol für Rohstoffzulieferung von Kaliumsulfat bzw. Mehrnährstoffdünger.

Für das Kartell bzw. K & S und BASF besteht bei Fortbestehen von B Unsicherheit hinsichtlich der Preise in bezug auf Kaliumsulfat.

Traditionelle Zukunftsmärkte sichern B eine Überlebenschance.

(Es geht nicht um B, sondern um das Kärfteverhältnis europ. Kaliumsulfat und Mehrnährstoffdüngemittelhersteller.

B ist kein Hindernis/Gefahr bezüglich des Überlebens der deutschen Kaliindustrie, da ein gleichwertiger Produzent in Deutschland nicht vorhanden ist und somit die Kreise der K & S nicht stören kann.

Für die Politik und die Öffentlichkeit ist es schwierig, die Marktkräfte bzw. das Kartell zu durchschauen.

Der fehlende Absatz für B kann nicht als Argument benutzt werden, da dies bewußt und gesteuert irreführend ist und entsprechend falsche Entscheidungen folgen.

Tatsache ist, daß B unter den MdK-Werken 1991 und 1992 das Werk mit der höchsten Auslastung war und dies nicht berücksichtigt, sondern im Gegenteil als störend empfunden wird.

Die Problematik ist nicht der Wettbewerb zwischen den MdK-Werken Zielitz und Unterbreizbach bzw. B, sondern der Störfaktor, daß B folgende Auslastung bereits besitzt:

1991 = 74,9 %
1992 = 78,4 %

Der Absatz an die nordwesteuropäischen Düngemittelindustrie in Richtung Kaliumsulfat ist unbeeinflußt von der allgemeinen Entwicklung des Kaliweltmarktes und dies sichert auf lange Sicht den Standort B.

Sämtliche Aussagen in bezug auf die Überlebensfähigkeit des Werkes B sowie dem zukünftigen Weltmarktbedarf sind Prognosen, welche sowohl zur positiven, als auch zur negativen Seite ausschlagen können.

Über Alternativen zur Weiterführung des Werkes B und den damit verbundenen Lösungen in bezug auf:

- Beteiligungsverhältnisse
- Gesellschafter
- Finanzausstattung
- Erhalt einer Region
- etc.

wurde noch nicht ausreichend zu Ende gedacht.

Angeführte Bonitätszweifel sind die kleinsten Hindernisse und können unverzüglich aus der Welt geschaffen werden.

Es ging bisher vorrangig um den Nachweis der Weiterführung und Absatzchancen. Eine ausreichende Kapitalausstattung ist Voraussetzung und selbstverständlich.

Wie entscheidet das Kartellamt in Berlin und Brüssel, wenn alle Tatsachen und Hintergründe über Sachverständige dargelegt werden??

Bisher liegen nur einseitige Informationen bezüglich der Fusion vor und diese werden nicht alle Details enthalten, was die Märkte und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte anbelangt.

Fazit: Welches Werk der MdK und K & S hat die o.g. Voraussetzungen?

Außerdem wird der Markt von Bischofferode ins Ausland transferiert bzw. abgegeben, da kein anderer deutscher Produzent das B-Produkt herstellen kann.

1. Was soll die Fusion laut Geschäftsbericht K & S bezwecken??

Antwort der K & S: Niedrige Produktionskosten!

Tatsache ist:

- Der Wettbewerb wird vom Markt genommen
- Es wird auf Marktanteile verzichtet
- Erlöse über Kartelle werden erzielt
- Abschöpfung von Bundesmitteln und dies unkontrollierbar
- Marktbeherrschung des Weltmarktes über Produkt KALIUMSULFAT
- Ausschaltung weltweiten Wettbewerbs aufgrund Steuerung der Rohstoffe K2O
- Vernichtung von hochqualifizierten Rohstoffquellen/Lager. Zukunft wird außer acht gelassen, obwohl Deutschland ein rohstoffarmes Land ist.

2. Was ist durch die Fusion passiert??

- Marktwirtschaftliche Kräfte durch Ausschalten des Wettbewerbs werden zerstört
- Teilzerschlagung eines Industriezweiges in Ostdeutschland
- Vernichtung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland
- Vernichtung ganzer Infrastrukturen in Ostdeutschland

3. Vor- und Nachteile der Fusion

- Nur Nachteile für die neuen Bundesländer
- Nur Vorteile für Kaliindustrie im Westen, sprich K & S bzw. BASF

*schöne Bed.
bei m. Sprungstoff
Kartell
Abbau - Mandat*

4. Vor- und Nachteile für Bischofferode?

- Nur Nachteile in allen Bereichen

5. Vor- und Nachteile bei Erhalt des Werkes Bischofferode

- Standorterhaltung Bischofferode
- Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer
- Erhalt Rohstofflager
- Erhalt des Wettbewerbs und damit Kostendenken
- Verbesserte Marktbedingungen für die Landwirtschaft
- u.a.

6. Beantwortung der Frage: "Warum schließen keine anderen Werke auf dem Weltmarkt?"

Wenn ein Kartell vorhanden ist, dann dürfte nicht nur die BRD bei Abbau von Kapazitäten "bluten", sondern eine solidarische Lösung wäre gerecht.

Gedanken zum Beschlußvorschlag FUSION:

A) Kosten für Steuerzahler bzw. Treuhand:

- nach 5 Jahren Anbieterspflicht der Anteile Treuhand zum Preise von (Verlust/Gewinn??)?????
- Bareinlage/Planverluste MdK-Werke	1.044 Milliarden
- Bereinigung Bilanz MdK	0,270 Milliarden
- Altlasten????????
- Sozialplan MdK????????
- negative Abweichungen vom Plan = Ausgleich durch TH in Höhe von 80 - 90 %????????
- ab 1998 Ergebnisausgleich nach Beteiligungsgröße????????
- Übernahme Verpflichtungen bei K & S bei Zusammenschluß????????
- Gemeinschaftsunternehmen erwirbt Bergwerkseigentum (kein Konkurrenzangebot vorhanden)????????
- Verlustvortrag der MdK in Höhe von 400 Mio DM=Vorteil für K & S (Steuerersparnis)	ca. 210 Mio DM
- Buchwerte ostdeutsche Werke werden mit Null bewertet, Verlust????????
- Marktwerte der MdK	ca 1 Milliarde DM und mehr
- Lagerstätte/Vorräte	???Milliarden und mehr

B) Rückführung Produktion:

Produktion 1992 MdK	1,7 Mio to
Produktion 1992 K & S	2,0 Mio to
GESAMT:	3,7 Mio to

Laut Beschlußprotokoll/vorschlag soll die Produktion von 3,1 Mio Tonnen auf 2,1 Mio Tonnen zurückgeführt werden. Wo verbleiben die 600.000 Tonnen??

Hatte man seinerzeit eventuell das Werk Bischofferode aus der Kalkulation herausgenommen bzw. vergessen???

Wer bekommt der Marktanteil von 1 Mio Tonnen und was zahlt der eventuelle Produzent indirekt an K & S???

c) Stilllegung Werke:

Im Beschlußvorschlag wird von Stilllegung folgender Werke gesprochen:

- 1) 1 Kaliwerk (vermutlich Bischofferode)
- 2) 1 Kalitageablage (vermutlich Märkers)
- 3) 1 Kaligrube (West??)
- 4) 1 Steinsalzwerk (West??)

Es wird nicht darauf hingewiesen, daß bereits über die GVV folgende Werke im Osten stillgelegt wurden:

- Bleicherode
- Solstedt
- Sondershausen
- Roßleben
- Dorndorf
- Volkerode

Dies wird bewußt verschwiegen und nicht aufgeführt!!!

d) Die DDR war zweitgrößter Exporteur für Kaliprodukte.

Reihenfolge:

1. Canada
2. MdK
3. K & S
4. Rußland

Bei der Reihenfolge der Kaliproduzenten weltweit sieht es wie folgt aus (Stand 1989):

- | | |
|------------|------------------------|
| 1. Rußland | mit ca. 9 Mio Tonnen |
| 2. Canada | mit ca. 6 Mio Tonnen |
| 3. DDR | mit ca. 3,5 Mio Tonnen |
| 4. K & S | mit ca. 2,2 Mio Tonnen |

e) Es wird darauf hingewiesen, daß kein Interesse ausländischer Investoren an der mitteldeutschen Kaliumindustrie bestand/besteht.

Dies ist normal, da ein Kartell existiert und entsprechende Repressalien angekündigt werden können.

Fest steht, daß Canada und Frankreich Interesse gezeigt haben. Verhandlungen hinter verschlossenen Türen wurden mit Herrn Teutsch geführt, daß Ergebnis sowie die Forderungen der Treuhand sind unbekannt.

f) Desweiteren wird behauptet, daß das Kaligeschäft in Europa rückläufig sei und die Nachfrage stagniere.

Fest steht:

Iaut K & S Geschäftsbericht ist der Absatz um 7,2 % in Europa zurückgegangen.

Man geht jedoch nicht auf die Spezialitäten ein, wie z. B. der Rohstoff für Kaliumsulfat aus Bischofsharode.

Außerdem muß man sich die Frage stellen, warum die Treuhand aufgrund neuer Erkenntnisse bei ihrer ursprünglichen Entscheidung bleibt und das sogar stereotyp.

g) Iaut Beschlußvorschlag wird sich die Treuhand mit 49 % an der Fusion beteiligen (=1.044 Mia DM). K & S bringt laut Bilanz Vermögenswerte von 1.091 Mia DM ein (Gesamtvolumen = 2.135.646.00 DM).

Daraus resultiert das Verhältnis 51 : 49 %.

Es bleiben folgende Werte unberücksichtigt seitens der Treuhand und der MdK:

Lagervorkommen Wert	??????????
Buchwerte Werke der MdK	??????????
Marktanteil Bewertung = 6,4 %	??????????
(wahrscheinlich 970 Mio DM und mehr)	

Fazit: Diese Fusion ist ein Schachzug gegen Dritte auf dem Weltmarkt auf Kosten Ostdeutschlands. Im Vorfeld der Fusion wurde bereits Wettbewerb vom Markt genommen. K & S kann das Ergebnis über Töchter oder BASF steuern. Was hat K & S/BASF bereits für die Marktberreinigung vom Kartell in DM oder an Vorteil erhalten???

Zahlen aus dem Geschäftsbericht 1992 der K & S:

Jahr:	1988	1989	1990	1991	1992
Umsatz in TDM	1.290	1.328	1.339	1.365	1.272
Kaliproduktion (1.000 to K2O)	2.290	2.185	2.190	2.192	2.040
Kaliabsatz (1.000 to K2O)	2.283	2.196	2.236	2.158	2.013
Durchschnittspreis pro to K2O auf <u>Gesamtum-</u> <u>satz</u> gerechnet in DM	56,50	60,47	59,88	63,25	63,18
Gewinn/Verlust pro to K2O auf Gesamtpro- duktion in DM auf <u>Ge-</u> <u>samtumsatz</u>	+0,098	+0,04897	-0,0333	-0,04927	-0,072

Anmerkung: Durchschnittspreis bzw. Gewinn- und Verlust gerechnet auf K2O sollte lediglich Tendenz zeigen. Tonnage für Spezialdünger etc. nicht berücksichtigt.

Interessant an o.g. Analyse ist, daß der Absatz K2O in 1989 und 1990 höher als die Produktion war.

Ermittlung Durchschnittspreis Produkt Kali:

	1991	1992
Umsatz Kali in TDM	598	561
to-Preis k ₂ O in DM/to	277,10	278,68
to-Preis Kali (Umrechnungsfaktor 0,6)	166,20	167,20

Wenn wir für Herstellung von Spezialdünger

ca. 500.000 to K₂O

in Anrechnung bringen, dann verbleiben folgende K₂O Mengen bezüglich des Kali-Verkaufes:

1991	1.658.000 to
1992	1.513.000 to

Dies könnte folgenden Kalipreis zur Folge haben:

	1991	1992
Umsatz Kali in TDM	598	561
to-Preis K ₂ O in DM/to	360,67	370,78
to-Preis Kali (Umrechnungsfaktor 0,6)	216,40	222,47

Anmerkung: Von Interesse sind auch die Verrechnungspreise konzernintern zwischen K & S bzw. BASF bzw. Drittfirmen
Dies muß noch geprüft werden.

Umsatzanteil nach Regionen:

	1991	1992
Inland	47 %	46 %
übriges Europa	34 %	33 %
Übersee	19 %	21 %
speziell Kali (im Gesamtumsatzanteil enthalten)	43 %	44 %

Anmerkung: Dies bedeutet eine Steigerung von 1 % gegenüber 1992 zu 1991. Außerdem ist der %-Anteil Kaliumsatz zum Gesamtumsatz gestiegen, was wiederum bedeutet, daß andere Produkte umsatzmäßig rückläufig sind.

Vergleich K₂O weltweit:

- ABSATZ -

1988	= 30 Mio Tonnen = 100 %
1992	= 23 Mio Tonnen
<u>Differenz weltweiter Rückgang</u>	<u>= 7 Mio Tonnen = 23 %</u>

Vergleich innerhalb der K & S:

1988	= 2.283 Mio Tonnen = 100 %
1992	= 2.013 Mio Tonnen
<u>Differenz/Absatzrückgang bei K & S</u>	<u>= 0,270 Mio Tonnen = 11,8 %</u>

Anmerkung: Gegenüber weltweitem Absatzrückgang von 23 % ist der Rückgang bei K & S noch vertretbar.

Analyse Geschäftsbericht bezüglich der Erträge/Gewinne:

a) Gewinne Tochterunternehmen	ca. 1.403.000 DM
b) Gewinne ausl. Tochterunternehmen = 9.214.000 can-\$= (Kurs heute: 1,31 DM)	ca. 12.000.000 DM
c) Erträge aus Beteiligungen lt Geschäftsbericht in 1992	ca. 25.000.000 DM
d) Verlustübernahme (war in 1991 nicht enthalten)	11.374.000 DM
Abschreibungen an Finanzlage Beteiligungen CFK in 1992	51.903.000 DM

Anmerkung: Wenn man die Abschreibung an Finanzlage CFK unberücksichtigt läßt, würde ein Gewinn von 37,2 Mio DM entstehen.
Wenn man Erträge aus Beteiligungen unberücksichtigt läßt, dann wäre der Gewinn 12,2 Mio DM.

Desweiteren führt der Vorstand zu der Erlössituation der K & S im Geschäftsbericht folgendes an:

a) GUS bzw. Nachfolgestaaten Rußlands haben in 1992 zu Dumpingpreisen verkauft. Die Situation wird sich aufgrund des Beschlusses der EG in 1993 verbessern.

b) Ferner verweist der Vorstand auf die Erlösminderung durch den Dollarverfall gegenüber 1991.
Der Vorstand erklärt, daß die Leitwährung im Kaligeschäft der \$-Dollar ist.

Laut Vorstand ist der Dollarpreis um 0,10 DM im Schnitt gesunken.

Das bedeutet, daß bei einem Umsatzanteil von 54 % im Ausland (=692,6 Mio DM oder ca. 461,73 Mio \$-Dollar) ein Währungsverlust von

ca. 46,17 Mio DM

eingetreten ist oder anders gesagt, ein Umsatzerlösverlust um 46,17 Mio DM entstand.

Auf den Kalierlös könnte sich dies wie folgt ausgewirkt haben:

Gesamtumsatz Kali	561 Mio DM
davon ins Ausland ca. 54 %	302 Mio DM
bedeutet einen \$-Umsatz von	201,3 Mio \$
Erlösverlust durch \$ für Kali	20,13 Mio DM
Erlösverlust pro to K2O	10,00 DM/to
Erlösverlust pro to Kali (Umrechnungsfaktor 0,6)	16,66 DM/to

Anmerkung: Dies bedeutet, daß der Kalipreis pro Tonne auf DM gerechnet mit 16,66 DM/to auf Seite 1 und 2 für Zukunftsgeschäfte erhöht werden müßte. Es sollte versucht werden, auf DM-Basis abzurechnen, um Währungsverluste zu vermeiden.

Außerdem ist zu klären, wer bzw. welche Firma die Kaliprodukte ins Ausland verkauft??? K & S oder Tochterfirmen bzw. BASF??

c) Der Vorstand führt weiter an, daß der Umsatz gegenüber 1991 um 6,7 % zurückgegangen ist. Dies ist interessant, wenn man den Vergleich weltweit dagegen hält (Seite 3).

Analyse Personalaufwendungen:

	1988	1989	1990	1991	1992
Personalaufwand in TDM	527	544	545	558	523
vom Umsatz in %	40,8	40,9	40,7	40,8	41
pro Kopf Beschäftigte in TDM	66,8	69,8	71,7	77,6	77,3

Anmerkung: Personalkosten K & S pro Kopf 77.300 DM
 Personalkosten Bischofferode pro Kopf 45.000 DM
 Vorteil pro Kopf 32.300 DM
 Dies bedeutet einen Gesamtpersonalkostenvorteil von (536 Beschäftigten)
17.312.800 DM

Bei einem Kaliverkauf von 650.000 to in Bischofferode würde das pro Tonne Kali einen Kostenvorteil/Gewinn von

26,63 DM/pro Tonne

gegenüber K & S bedeuten.

Bei einem Ausstoß von 472.000 Tonnen würde Bischofferode gegenüber K & S bei den Personalkosten im direkten Vergleich um 33,89 DM/to günstiger produzieren!!

Kaliwerk Bischofferode

Herrn
Dr. Bohl
Kanzleramt
Bonn


per Telefax: 0228/562048

Bischofferode, 15.7.93

Sehr geehrter Herr Bohl,

mit Bezugnahme auf das gestrige Gespräch im Kanzleramt und nach Konsultation heute morgen im Betrieb teile ich Ihnen folgendes mit:

1. Das vorgelegte Papier und der darin anvisierte Schließungstermin werden nicht hingenommen.
2. Gefordert wird nach wie vor eine Einzelprivatisierung des Kaliwerks Bischofferode.
3. Gefordert wird daß sich die Politik in dieser elementare Fragen der Deutschen Einheit betreffenden Sache nicht mehr länger zum Vollstrecker einschlägiger Interessen macht. Gefordert wird eine Positionierung zu diesen Interessen.
4. Gefordert wird ein eingehender und entscheidungsrelevanter Abgleich der vorliegenden Gutachten Treuarbeit und TLW zu Bischofferode. Dies auf der Ebene Kanzleramt und im Verbund zwischen Bund, Land, Treuhandanstalt und Betriebsrat Kaliwerk Bischofferode.


Heiner Brodhun
BR-Vorsitzender

Bundeskoordinierungsstelle
des Komitees für Freiheit
Hoydingerstraße 14-16

10⁰⁰ - 18⁰⁰

10178

Das eigentliche Ärgernis ist der Hungerstreik

Als ich am 20. Juli erstmals nach Bischofferode fuhr - der Betriebsrat des Kaliwerkes hatte mir per Fax das Mandat erteilt, ihn zu vertreten - geschah dies mit der Überlegung, daß ich den Kumpels insbesondere mit den Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes juristisch mit Rat und Tat zur Seite stehen könnte. Jetzt, nach drei Treffen von Betriebsratsmitgliedern mit führenden Politikern und Beamten dieses Staates, an denen ich teilnehmen konnte, bewegen mich menschliche Dinge ungleich stärker: die offenkundige Unwissenheit, mit der in Bonn eine existenzielle Entscheidung getroffen wurde; die soziale Dickfelligkeit, die damit einhergeht und - dies am stärksten - die Tatsache, daß die Sorge, das „eigene Gesicht“ wahren zu müssen, offensichtlich alle Entscheidungen bestimmt.

Bonner Unwissenheit

Gleich am Tag meiner Ankunft gab es das Treffen von Betriebsrat, Bürgermeistern und Landrat mit Frau Süßmuth in Worbis. Die Bundestagspräsidentin wollte sich überhaupt erstmal über den Kern des Problems informieren - denn normalerweise sei eine Fusion ja kein Grund, einen Betrieb zu besetzen und in den Hungerstreik zu treten, so Frau Süßmuth. Ihr mußte überhaupt erstmal klar gemacht werden, daß es hier eben um keine klassische Fusion im Sinne gleichberechtigter Zusammenführung geht, im Osten von einst 24.000 Beschäftigten des DDR-Kalikombinates bereits über 22.000 in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden und die nächsten 750 - eben die Bischofferoder - binnen drei Monaten gehen sollen. Das würde sich kein Westunternehmen erlauben - die Entwicklung der beiden dort zu schließenden Kalibetriebe ist schließlich auch bis 1995 gestreckt...

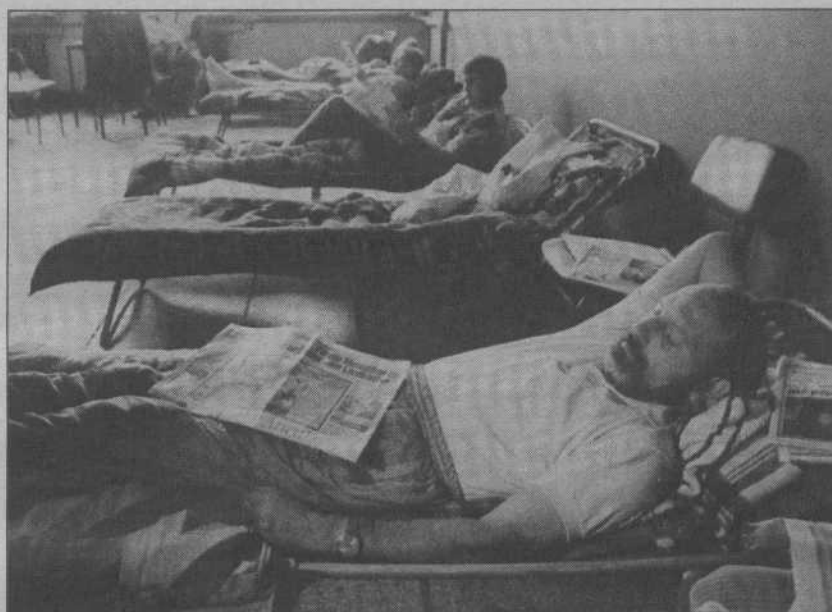
Nun gibt es ja die bekannten Versprechen - der Bundeskanzler verspricht zwei Jahre, Thüringens Ministerpräsident gar dauerhafte Beschäftigung. Wer so etwas sagt, provoziert bei den Arbeitnehmern die Vorstellung, daß sie ihr restliches Arbeitsleben nach Ende ihrer Grube gesichert an einem Arbeitsplatz verbringen könnten. Illusionen, die Frau Süßmuth ehrlicherweise zerstörte: Unter Dauerarbeitsplätzen sei nicht mehr und nicht weniger als gesicherte Tätigkeit für mehr als 12 Monate zu verstehen. Insgesamt haben die 750 also die Garantie erhalten, mindestens 36 Monate beschäftigt zu sein - und dies absehbar für die meisten in Form von bezahlter Freizeit. Denn bei Schließung der Grube werden einige diese zuschütten, andere Landschaftspflege betreiben. Mein salopper Einwurf, es gehe also um Rasenkantenmähen und Brückenbretterputzen, blieb unwidersprochen.

Aber die Kumpel kämpfen um Industrie für ihr Eichsfeld, welche eine Infrastruktur - Subunternehmen, Handwerk, Kleingewerbe usw. - am Leben erhält! Schon deshalb sind die Versprechen langfristig ihr Papier nicht wert. Hinzu kommt - und dies erklärten wir auch Frau Süßmuth -, wie inflationär des Kanzlers Wort ist. Angefangen vom Einigungsversprechen bis zur Abwicklung trotz positiver Evaluierung, Nichteinhaltung von Sozialplänen.

Frust über den Hunger

Zuletzt meinte Frau Süßmuth, daß ein Hungerstreik dennoch keinen Sinn mache, Verhandlungen belaste, das Klima für Investoren vermiese. Fast gebetsmühlenartig wurde die-

Eindrücke aus vier Tagen in Bischofferode, Bonn und Berlin
Von Rechtsanwältin Ruth Martin



se These auch bei den weiteren Treffen, letzten Donnerstag im Bonner Kanzleramt, am Freitag im Berliner Bundeskartellamt wiederholt. So Kanzleramtsminister Bohl: Man werde einen Teufel tun und in dieser Gegend - Thüringen - eine dort geplante Ministerkonferenz zur Verkehrspolitik nach der deutschen Einheit durchführen. Solange Hungernde dem Klima einer konstruktiven Strukturpolitik entgegenstünden. Da müsse ja jeder davor zurückschrecken, Konzepte für die Zukunft vorzustellen. Die deutschen Wettbewerbswächter in Berlin wiederum meinten, die zuständige EG-Kommission in Brüssel stünde im Angesicht eines Hungerstreiks mit undenkbar gefährlichen Gefahren für Menschen unter einem unzumutbaren Druck. Deutlich wurde jedenfalls eines: das eigentliche Ärgernis ist der Hungerstreik an sich. Die soziale Dimension, die der individuellen, selbstbestimmten Entscheidung von drei Dutzend Menschen, Nahrungsaufnahme zu verweigern, zugrunde liegt, wird überhaupt nicht registriert. So kultivierten bei allen Treffen Regierungsvertreter die Argumentation, Kohls und Vogels Angebote seien ein Privileg. Das heiße ja, Du mußt erstmal verhungert sein, um Anspruch auf Nahrung zu haben. Eine Denkrichtung, die weiterbetrieben ungeheuren sozialen Sprengstoff im ganzen Land aufstümt. Nicht zuletzt

manövrieren Bonn und Erfurt die Kumpel so in eine Position, die eine Lösung des Konfliktes tatsächlich unmöglich macht. Wenn ein Angebot - das im übrigen bisher nur als nicht durch konkrete Fakten fundierte Presseerklärung existiert - als Privileg um die Ohren gehauen wird, der kann dies ja schließlich nicht annehmen, wenn er um Selbstverständlichkeiten streitet.

Enttäuschende Interessenvertreter

Besonders erschütterte mich dabei auch das Verhalten der Gewerkschaften, insbesondere der IG Bergbau/Energie. Deren Vertreterin hatte sich in Bonn nicht zu unrecht einen Platz auf der Regierungsseite gesucht, signalisierte zwar neue Gesprächsbereitschaft, strich aber ebenfalls die geplante Privilegierung der Bischofferoder heraus. Offenkundig haben auch Gewerkschaftsfunktionäre bis heute noch nicht begriffen, daß dieser deutsche Einigungsprozeß ein ganz anderes Herangehen erfordert als die Beschränkung auf jährlich neue Tarifverträge. Geht es doch nicht um das Aufrechnen der einen gegen die anderen Arbeitslosen, sondern um die Forderung nach Perspektiven für

ganze Regionen! Dies in Ost wie West einzuklagen, der Schließung von Gruben erst zuzustimmen, wenn Alternativen für die bisher dort Beschäftigten tatsächlich auf den Weg gebracht sind - dadurch müßte sich doch eigentlich heute Arbeitnehmer-Interessenvertretung auszeichnen.

Wem nützt es?

Die Tatsache des Hungerstreiks scheint jedoch nicht die einzige Achillesferse der Widersacher der Bischofferoder Kumpel zu sein. Wenn z.B. Staatsminister Bohl auf den Vorhalt, mit der Fusion werde doch offenkundig Wettbewerb unterdrückt, mit Emotionsausbrüchen statt Fakten reagiert (Treuhänder und Bundesregierung müßten schließlich die Verbrechen der SED in ihrer 40jährigen Wirtschaftspolitik ausbügeln), wenn Treuhändervertreter auf die Frage, was passiere, wenn ein Anbieter mit besserer Bonität als Peine auftauche, weitere - bei anderen Privatisierungen bisher unbekannte - Forderungen draufsatteln (der müsse dann noch einen ausreichenden Kundenstamm nachweisen - und dies bei einer Grube, die bisher schon den sonst nirgendwo erreichten Auslastungsgrad von knapp 80 Prozent erreichte!), so fragt man sich: Wessen Spiel wird hier eigentlich gespielt? Woher rührt die Vehemenz, mit der Bischofferode um buchstäblich jeden Preis geopfert werden soll? Denn jedes bisherige Angebot aus Bonn und Erfurt wird für den Staatshaushalt um ein Mehrfaches teurer als eine Einzelprivatisierung der Grube. Die Fusion aller übrigen deutschen zu dann de facto BASF-Kalirevierern könnte ja dennoch erfolgen. Warum wird kein Wettbewerber zugelassen, aber innerhalb des Fusionspaketes offenbar ein Finanzrahmen geschaffen, der einen aggressiven Verdrängungswettbewerb im europäischen Maßstab ermöglicht, dabei zur Verlagerung dessen ökonomischen Risikos auf die Schultern des verbleibenden Ost-Reviers - und der Steuerzahler - förmlich einlädt?!

Fassade geht vor

Besonders bitter stößt mir dabei auf, wie reihum immer wieder betont wurde, man habe ja Verständnis - aber alle Beteiligten müßten dabei doch ihr Gesicht wahren. Das heißt doch im Klartext, es ist für die herrschende Politik anscheinend ein Unding, von sich aus mit Autorität und Sachverstand Korrekturen vornehmen zu können. Was im zwischenmenschlichen Bereich sicher schwer, aber nicht unmöglich ist - angesichts einer Fülle von Fakten gefällte Entscheidungen zu revidieren - soll das wirklich in der Politik unmöglich sein?! Die Bischofferoder Kumpel wollen sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Sie kämpfen mit bisher im Osten nie dagewesenem Einsatz nicht um gesellschaftliche Visionen, sondern um ihre persönlichen Hoffnungen. Beispielsweise kauften viele von ihnen erst im letzten Jahr, als zweistellige Millioneninvestitionen der Treuhänder die Aussicht auf Überleben ihrer Grube nährte, die Häuschen, die sie bewohnen. Die Kumpel kämpfen nicht nur um ihre Arbeitsplätze, sondern um das Überleben des ganzen Eichsfeldes, wo ihre Grube weit und breit der letzte „industrielle Kern“ ist. Sie kämpfen darum, daß die gepriesenen Spielregeln der Marktwirtschaft eingehalten werden.

Um nicht mehr - aber auch nicht weniger.

Foto: Gabriele Senft

1. August: Auf nach Bischofferode!

„Das Kapital benötigt die Knute Massenarbeitslosigkeit, um über die Knute der sozialen Not und der Perspektivlosigkeit den weiteren Sozialabbau vorantreiben zu können und unsere Gewerkschaften weiter zu schwächen“, meint Horst Jäckel vom DGB-Landesvorstand Berlin-Brandenburg, der zur Solidarität mit den Kumpeln in Bischofferode aufruft. Ab sofort ist eine von den Kali-Kumpeln gestaltete Ausstellung in der Berliner DGB-Geschäftsstelle, Keith-Str. 1-3, zu sehen. Solidarisch mit den Bischofferodern erklärten sich auch 47 KollegInnen der SEL (Standard Elektrik Lorenz AG) angesichts drohender Entlassungen in Berliner Betrieben und geplanter Produktionsverlagerungen nach Thüringen. „Wir Arbeiter - ob Ost oder West - müssen uns gegenseitig unterstützen“, heißt es in einer Erklärung.

Zum internationalen Solidaritätstag in Bischofferode am 1. August fährt am Sonntag 7 Uhr ab Liebknecht-Haus (Kleine Alexander-Str., Berlin-Mitte) ein Reisebus. Interessenten können sich bis zum 30. Juli in der Landesgeschäftsstelle der Berliner PDS, Tel.: 28409 289 oder 301, melden. Im Unkostenbeitrag von 30 DM ist eine Spende für die Streikkasse enthalten. Bei der täglichen Mahnwache vor der Treuhänderanstalt waren bis Redaktionsschluß 2.020 DM Spenden übergeben worden. Für den 2-Tagesausflug Bischofferoder Kinder am 2. und 3. August nach Berlin, zu dem die Berliner PDS-Fraktion eingeladen hat, sind inzwischen 1775,- DM eingegangen (Berliner Sparkasse, Kennwort „Bischofferode“, Konto 113 000 8092, BLZ 100 500 00). Der Treptower Kulturpark will die Kinder kostenlos betreuen.

Ist das Schloß wirklich die...

So ganz „in der Mitte“ ist das Schloß in der Vergangenheit eigentlich gar nicht immer gelegen. Gegründet wird es als hochgesicherte Zwingburg im 15. Jahrhundert jenseits des Randes der mittelalterlichen Doppelstadt Berlin-Cölln, aber durchaus in strategischer Lage - an der einzig möglichen Stelle, die die Herrschaft über Berlin und Cölln maximal sichert. Der neue Herrschaftssitz kontrolliert die Lange Brücke und damit nicht nur einen Spreeübergang, sondern zugleich den Ort, an dem sich durch das gemeinsame Rathaus die bürgerliche Herrschaft der Doppelstadt manifestiert hat. Damit hat die neue Burg zunächst eine gewaltige, westlastige Schiefelage gegenüber der älteren Bürgerstadt. Sie ist seither zwar Angelpunkt der weiteren Stadtentwicklung, aber noch lange nicht der Mittelpunkt der Stadt.

Das Schloß wies westwärts

Mit den kurfürstlichen Neugründungen des Friedrichswerder, der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt im 17. Jahrhundert scheint die Schiefelage ausgeglichen zu werden: Das Schloß rückt in das geographische Zentrum der Stadt. Doch es bleibt weiter eine Insel im neuen Städtearchipel, abgesichert von den barocken Stadterweiterungen, vor allem aber abgesichert von der alten Stadt. Diese Tradition der Abkapselung widerspricht allerdings den neuen Repräsentationsbedürfnissen der preußischen Barockfürsten. Gefragt ist ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Schloß, eine Unterordnung der Stadt unter das Schloß. Erst diese macht das Schloß zum städtebaulichen Angelpunkt, zum Nabel der Stadt. Doch wohin soll sich das Schloß hauptsächlich orientieren, wohin seine wichtigste Front wenden? Drei Varianten sind theoretisch möglich: die Variante Ost, die Variante Süd und die Variante West.

Die Neuformulierung der Hauptstraße des mittelalterlichen Berlin der späteren Königs- und heutigen Rathausstraße, als „Schloßstraße“, als Straße also, die auf die Hauptfassade des Schlosses zuführt, ist eine mögliche Variante. Sie würde die Altstadt aufwerten, zugleich aber vor dem Schloß in die Knie zwingen. Der neue Name „Königsstraße“ verweist auf diese via triumphalis in nuce.

Eine zweite, bescheidenere Möglichkeit ist die Variante Süd, der Ausbau der Breiten Straße zur „Schloßstraße“. Dieser Vorschlag wird ebenfalls nach 1700 zeichnerisch durchgespielt.

Mit dem langsamen Aufstieg der Straße Unter den Linden zum Nobelsitz gewinnt jedoch die Variante West an Gewicht. Das Schloß dreht insbesondere Berlin den Hintern zu, das strahlende Antlitz richtet sich nach Westen. Der neugestaltete Stadtraum ist insbesondere eine Schöpfung von Karl Friedrich Schinkel, der mit dem Alten Museum, der umgebauten Domkirche, der Schloßbrücke, der Bauakademie und der Friedrichwerderschen Kirche den vielleicht bedeutendsten Stadtraum in Berlin schafft und damit die Transformation der historischen Stadt in ein modernes Zentrum einleitet. Schinkels berühmter Plan zur Erneue-

Berlin ist wieder einmal fieberhaft auf der Suche nach (s)einem zentralen Punkt. Für viele scheint klar: Das Schloß war die Mitte der Mitte, das Schloß soll nun wieder zum Dreh- und Angelpunkt werden, an dem die Identität der nicht richtig zusammenwachsenden Stadt einen neuen Halt finden kann. Doch stimmen Rück- und Ausblick mit dem was war und jenem, was werden sollte, überein?

Von Harald Bodenschatz

rung des Berliner Zentrums aus dem Jahre 1817 gilt allerdings ausschließlich dem Bereich westlich des Schlosses. Die alte Stadt im Osten wird ausgeblendet. Das städtebauliche Werk Schinkels wird in der Folgezeit erheblich verändert bzw. beschädigt. Die erste bedeutende Änderung bringt der Durchbruch der Kaiser-Wilhelm-Straße im Nordosten des Schlosses in den 1880er Jahren. Erst seit diesem Zeitpunkt

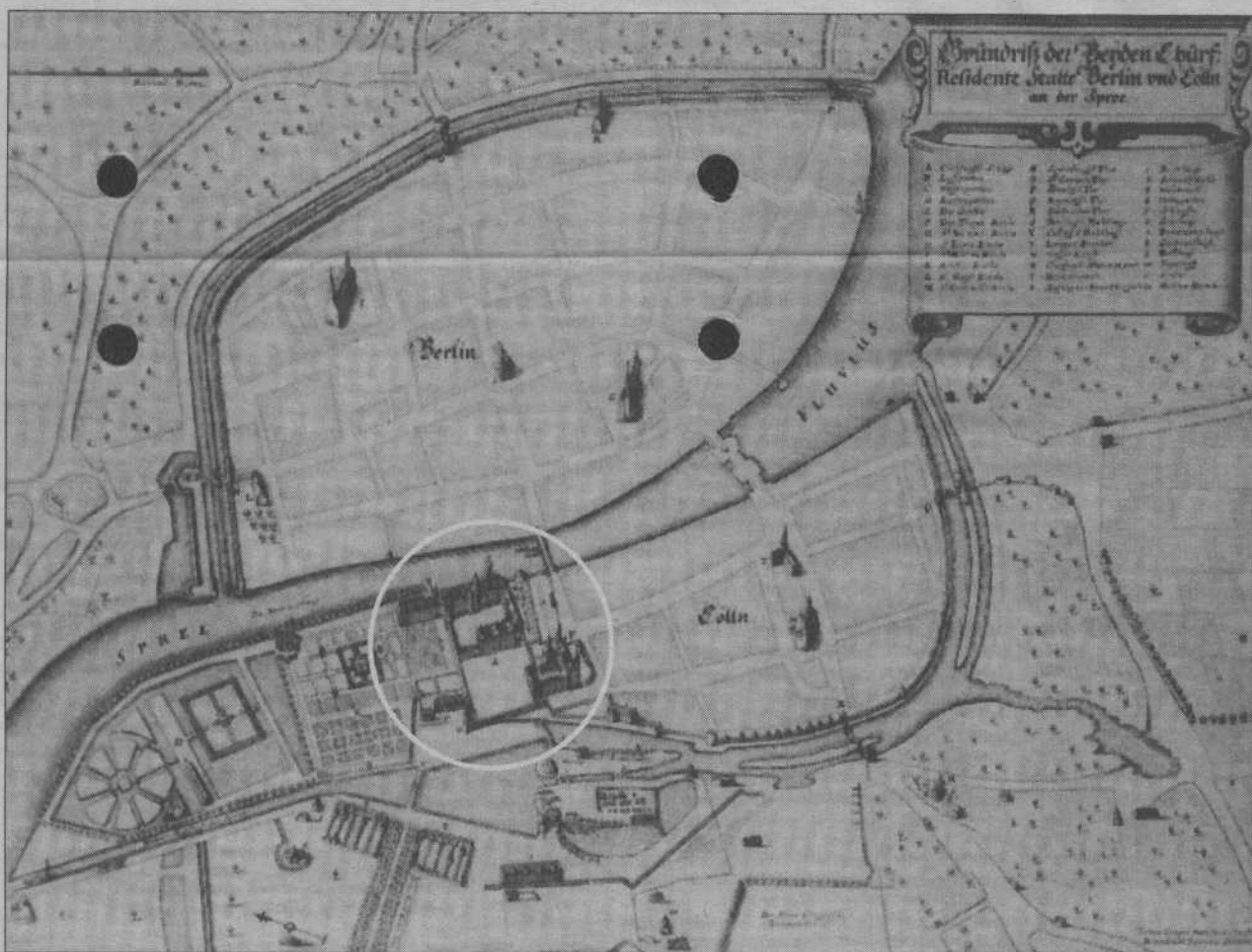
Modernisierung, die das „alte Berlin“ der Zentrumsentwicklung erschließen sollte. Auf der Berliner Städtebauausstellung im Jahre 1910 werden weitere Vorschläge zur Modernisierung der Altstadt vorgestellt. Die nächste Schädigung des Stadtraums stellt ab 1894 der Neubau des Doms dar, der - als Ausdruck der Staatskirche - die räumlichen und gestalterischen Proportionen des Raumes bewußt sprengt. Der auf Fernwir-

dacht wird weiter über die Rationalisierung der Altstadt zwischen Schloß und Alexanderplatz.

Im Zweiten Weltkrieg werden das Schloß, die Bauakademie und die Friedrichwerdersche Kirche teilweise zerstört. Schloß (1950) und Bauakademie (1961) werden trotz aller Proteste in der Nachkriegszeit abgerissen - zugunsten des Baus des Außenministeriums (1964-67) und - nach langem Hin und Her - des Baus der Palastes der Republik (1973-76). Die Baupolitik der DDR zielt weder auf eine Erhaltung noch auf eine Weiterentwicklung des historisch wertvollen Stadtraums, sondern auf einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit.

Ost-Bruch und West-Renaissance

Das Ergebnis ist auf der Westseite des ehemaligen Schlosses ein toter Stadtraum ohne nur halbwegs äquivalente Qualität. Vor al-



Der älteste Stadtplan Berlins von 1652 beweist: Das Königsschloß war ursprünglich ein Bau am Rande.

ist die Straße Unter den Linden keine Sackgasse und das Schloß keine stadträumliche Barriere mehr.

Abstieg des Schlosses

Die Verknüpfung von Schloß und Alt-Berlin wird durch zwei „repräsentative“ Kopfbauten jenseits der 1886-89 errichteten Kaiser-Wilhelm-Brücke architektonisch inszeniert. Damit wird das Schloß wenigstens ansatzweise aus einem fiktiven zu einem realen Stadtknotenpunkt. Mit der Anlage der Kaiser-Wilhelm-Straße beginnen auch die Projekte der „Modernisierung“ der historischen Stadt östlich des Schlosses, eine

kung projektierte Monumentalbau stellt das Schloß trotz der zur Mitte des 19. Jahrhunderts errichteten Schloßkuppel eindeutig in den Schatten.

Dem 1897 eingeweihten, monströsen „Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I“, einem neun Meter hohen Reiterstandbild vor halbkreisförmig angeordneten Kolonnaden, müssen die alten Gebäude der Schloßfreiheit weichen. Erst seit dieser Zeit existiert auch auf der Westseite des Schlosses ein platzartiger Raum, der sich partiell zum Wasser hin öffnet.

Nach 1918 verliert das Schloß seine herrschaftliche Funktion und wird Sitz wissenschaftlicher Institute und Museen. Nachge-

lem der Bau des Außenministeriums markiert einprägsam die westliche Grenze des Ost-Berliner Zentrums, das Ende der neuen, sozialistischen Stadt, hinter der die Schattenzone der alten Friedrichstadt dahindämmert.

Auf der Ostseite wird die in den 20er Jahre angedachte radikale Rationalisierung des Stadtgrundrisses exekutiert - wenn auch in einer gänzlich neuen, überraschenden Weise. Nach der Abräumung der noch erhaltenen Bauten wird seit den 60er Jahren ein gewaltiger Freiraum angelegt, der in Ost-West-Richtung durch die Karl-Liebknecht-Straße (in etwa die früher Kaiser-Wilhelm-Straße) im Norden und die Rathausstraße

Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Am Dom 2, 39104 Magdeburg,
(PF 1424, 39004 Magdeburg),
Telefon 0391/56818-313,
Fax 0391/56818-333

Brief der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen

Liebe Kalikumpel!

Die Magdeburger Kirchenleitung hat Ihren Kampf um die Erhaltung des Kalischachtes Bischofferode intensiv mitbedacht und begleitet.

Einige von Ihnen haben an Bischof Dr. Demke am 12.6.93 einen Brief geschrieben, auf den wir Ihnen antworten möchten.

Die Proteste der Belegschaft und der Hungerstreik haben in ganz Deutschland Beachtung gefunden, die Aufmerksamkeit auf die sozialen Krisen der wirtschaftlichen Umbruchsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern gelenkt und viel solidarisches Engagement ausgelöst.

Sie haben damit stellvertretend für viele ähnlich Betroffene gesprochen und etwas für unsere ganze Gesellschaft Notwendiges getan!

Sie haben dadurch Politiker herausgefordert, die politische Verantwortung für die soziale Dimension der "sozialen Marktwirtschaft" wahrzunehmen und gegen das Diktat rein wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Sie sind durch Ihren beharrlichen Protest aus der Resignation und Lähmung aufgebrochen, die angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern umsichgreifen, und haben damit Schaden von der demokratischen Entwicklung besonders in den ostdeutschen Bundesländern abgewendet.

Wir sind dankbar dafür, daß in Ihrem ganzen Arbeitskampf durch Gottesdienste auf dem Werksgelände deutlich wurde, daß für Christen Glaube und politische Verantwortung, Beten und Arbeiten, auch Beten und Kämpfen zusammengehören. Sie haben so jeder Gewalt und der Gefahr des politischen Mißbrauchs Ihres Kampfes widerstanden.

Mit Ihnen fordern wir auch weiterhin

- die Offenlegung des Fusionsvertrages, denn nur durch Durchschaubarkeit kann Vertrauen wachsen,
- die Entscheidung der kartellrechtlichen Zulässigkeit des Fusionsvertrages, denn sonst wird die Berufung auf marktwirtschaftliche Regeln unglaubwürdig,
- die ernsthafte Erwägung Ihres Vorschlages zum eigenständigen Erhalt des Kalischachtes Bischofferode,
- die Entwicklung verbindlicher Konzepte für Ihre Region, für die Sie mit Ihrem Kampf eintreten wollen.

Sie gehen Schritt für Schritt einen eigenverantworteten Weg, für den wir Ihnen von außen keine Ratschläge erteilen können.

Wichtig erscheint uns im Interesse Ihres Kampfes, daß sie auch an neuen Entwicklungen mitwirken und in der Auseinandersetzung mit Ihren Konfliktpartnern weiter nach politisch verantwortbaren und wirtschaftlich realisierbaren Möglichkeiten suchen. Unsere Gesellschaft braucht Sie als Partner in einem demokratischen Prozeß für mehr soziale Gerechtigkeit in Ihrer Region.

Ihr Kampf kann dann auch zu konstruktiven Lösungen in anderen Konfliktregionen der ostdeutschen Länder beitragen.

Wir begleiten Sie weiter mit der Solidarität, zu der wir durch unseren Glauben aufgerufen sind.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Kirchen auf Konzepte für regionale Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern drängen.

Die Mitglieder der Kirchenleitung der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen grüßen Sie.

Für die Kirchenleitung Ihr

gez. Christoph Demke
Bischof

Jul 83 ?

Der epd - Landesdienst Ost erscheint zweimal wöchentlich. Sein Bezugspreis beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdrucksrechte) 20,00 DM monatlich, die einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Versand ins Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B

55 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

Mit viel Fantasie treten Kalikumpel Mächtigen gegenüber

Eichsfelder haben Politikerfrauen
zu sich nach Hause eingeladen

Von epd-Redakteurin Barbara Burghardt

Bischofferode (epd). Not macht erfinderisch, staunt Dieter K. aus Erfurt, der gerade von einem Besuch der Kaliarbeiter in Bischofferode wiedergekommen ist. Soviel Fantasie wie die Kumpel bei ihrem Arbeitskampf entwickeln, wünschte er sich in seinem Betrieb auch. Dort denke jeder nur an sich und hoffe darauf, daß ihn die Arbeitslosigkeit nicht trifft. Die Eichsfelder zeigten jedoch den Ängstlichen und Resignierten, was möglich ist: Gestern waren sie beim "Heiligen Vater" in Rom, heute verkaufen sie Gesteinsbrocken aus ihrem Schacht und morgen richten sie Briefe an Politikerfrauen.

Darin werden beispielsweise Frau Kohl, Frau Schäuble oder Frau Rexroth zu einem vierwöchigen Besuch in die von Arbeitslosigkeit betroffenen Eichsfeldfamilien eingeladen. Sie könnten doch sicher einschätzen, was eine Familie von vier bis fünf Personen zum Leben braucht, heißt es in dem Brief. Und falls die Einladung nicht angenommen werden könne, "dann bitten wir Sie, unsere Lage mit Ihrem Gatten zu besprechen und einen Monat lang ihren Haushalt mit 1.500 Mark zu bestreiten".

Drei von elf Politikerfrauen haben bisher reagiert. Ihre Antworten hängen am Schwarzen Brett aus. Frau Marita Blüm schrieb den Kumpels, ihr Privatleben sei unantastbar, die Familie müsse aus dem politischen Tagesgeschäft herausgehalten werden. Eine andere Politikerfrau überließ ihrem Schreibbüro die Antwort und stieß auch damit bei den Kalikumpels auf Unverständnis.

"Meine Frau dankt Ihnen für Ihren Brief. Da sie selber berufstätig ist, kann sie Ihrer Einladung leider nicht folgen", antwortete schließlich Hans-Ulrich Klose auf das Schreiben an seine Frau und löste damit vor allem Heiterkeit, aber auch Betroffenheit aus. Denn am Ende des Briefes, der auf die Unsinnigkeit

der Einladung und auf das Diktat des Marktes gegenüber der Politik hinweist, bekommen die Osss noch einen drauf: Sie seien an ihrer Lage ja selber Schuld; wer CDU, CSU und FDP gewählt habe, dürfe sich nicht wundern, wenn er nun in der Patsche sitze.

Doch die so gemäßregelten Bergleute werden nicht müde, mit aufrechtem Gang Initiativen zur Gestaltung einer sozialen Marktwirtschaft von den Politikern einzufordern. In einer Predigt hatte Pfarrer Peter Zimmermann vor kurzem Gewaltlosigkeit, Hungerstreik und Gottesdienst, Solidarität der Betroffenen über alle Grenzen hinweg sowie Offenheit und Öffentlichkeit als die Mittel der Bergleute bezeichnet, mit denen sie die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik auf ihre Schwäche verweisen.

Dieter, der Rohrschlosser aus Erfurt, bewundert jedoch vor allem die Fantasie der Kollegen. Beispiel dafür sei auch der in seiner Farblosigkeit und architektonischen Einfallslosigkeit kaum zu überbietende ehemalige große Speisesaal des Kalischachtes "Thomas Müntzer". Er habe sich durch die Hände und Köpfe vieler zum interessantesten Mehrzweckraum verwandelt, den er je gesehen habe. Hier gebe es Wohn- und Schlafzimmer für die Hungerstreikenden, Raum für Ausstellungen, Gottesdienste oder Versammlungsraum der ganzen Belegschaft. Holzkreuze, Plakate, Transparente, Briefe und Zeitungsausschnitte schmücken die Wände.

Mit der Fantasie der Mächtigen sei es dagegen nicht weit her. Drohung, Erpressung und hinterlistige Intrigen seien die Mittel, mit denen sie die Probleme in Bischofferode bewältigen wollen. Nachdem das Mittel einer differenzierten Abfindung nicht zur Spaltung und Beendigung des Arbeitskampfes geführt hat, fordere das Arbeitsamt nun von den Arbeitern das Kurzarbeitergeld zurück, weil die sich in der zusätzlich freien Zeit an Besetzung und Hungerstreik beteiligt hätten. Auch dafür fand Pfarrer Zimmermann in seiner Predigt die passenden Sätze: "Sie haben nichts als ihre vom Geld gesteuerten Eigeninteressen. Sie haben keine moralische Macht und keine menschliche Stärke." Das sei aber zuwenig, um die Welt zu regieren.

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Hartmut Lorenz, Heiko Krebs, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167/169/170, Telefax 030/28467168; Büro Berlin: Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax: 030/28467168; Büro Potsdam: Iris Stoff, Mendelssohn-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/621429; Büro Schwerin: Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/5185137, Telefax 0385/5185109; Büro Greifswald: Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; Büro Dresden: Ullrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; Büro Magdeburg: z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/39906; Büro Erfurt: Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/667816; Herausgeber: Evangelischer Presseverband Ost e.V., Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467162; Geschäftsführer: Christian Meißner; Vertrieb: verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

Jul 53 S

Der epd - Landesdienst Ost erscheint zweimal wöchentlich. Sein Bezugspreis beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdruckrechte) 20, DM monatlich, die einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Versand ins Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B

55 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

ZUR DOKUMENTATION

"Etwas für unsere ganze Gesellschaft Notwendiges!"

Leitung der Kirchenprovinz Sachsen
schrieb an die Kalikumpel in Bischofferode

Bischofferode (epd). Solidarität und Unterstützung im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze hat die Leitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen den Kalikumpeln in Bischofferode in einem Schreiben zugesichert, das die Kirchenleitung auf ihrer jüngsten Sitzung am 28. August in Magdeburg beschlossen hat und das am 29. August die Werbefachfrau Barbara Rinke aus Nordhausen als das Mitglied der Kirchenleitung im sonntäglichen Gottesdienst in Bischofferode verlesen hat. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

(...)Die Magdeburger Kirchenleitung hat Ihren Kampf um die Erhaltung des Kalischachtes Bischofferode intensiv mitbedacht und begleitet.

Einige von Ihnen haben an Bischof Dr. Demke am 12. August 1993 einen Brief geschrieben, auf den wir Ihnen antworten möchten.

Die Proteste der Belegschaft und der Hungerstreik haben in ganz Deutschland Beachtung gefunden, die Aufmerksamkeit auf die sozialen Krisen des wirtschaftlichen Umbruchs in den ostdeutschen Ländern gelenkt und viel solidarisches Engagement ausgelöst.

Sie haben damit stellvertretend für viele ähnlich Betroffene gesprochen und etwas für unsere ganze Gesellschaft Notwendiges getan!

Sie haben dadurch Politiker herausgefordert, die politische Verantwortung für die soziale Dimension der "sozialen Marktwirtschaft" wahrzunehmen und gegen das Diktat rein wirtschaftlicher Interessen durchzusetzen.

Sie sind durch ihren beharrlichen Protest aus der Resignation und Lähmung aufgebrochen, die

angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern um sich greifen, und haben damit Schaden von der demokratischen Entwicklung besonders in den ostdeutschen Bundesländern abgewendet.

Wir sind dankbar dafür, daß in Ihrem ganzen Arbeitskampf durch Gottesdienste auf dem Werksge- lände deutlich wurde, daß für Christen Glaube und politische Verantwortung, Beten und Arbeiten, auch Beten und Kämpfen zusammengehören. Sie haben so jeder Gewalt und der Gefahr des politischen Mißbrauchs Ihres Kampfes widerstanden.

Mit Ihnen fordern wir auch weiterhin - die Offenlegung des Fusionsvertrages, denn nur durch Durchschaubarkeit kann Vertrauen wachsen, - die Entscheidung der kartellrechtlichen Zulässigkeit des Fusionsvertrages, denn sonst wird die Berufung auf marktwirtschaftliche Regeln unglaublich, - die ernsthafte Erwägung Ihres Vorschlages zum eigenständigen Erhalt des Kalischachtes Bischofferode, - die Entwicklung verbindlicher Konzepte für Ihre Region, für die Sie mit Ihrem Kampf eintreten wollen.

Sie gehen Schritt für Schritt einen eigenverantwortlichen Weg, für den wir Ihnen von außen keine Ratschläge erteilen können.

Wichtig erscheint uns im Interesse Ihres Kampfes, daß Sie auch an neuen Entwicklungen mitwirken und in der Auseinandersetzung mit Ihren Konfliktpartnern weiter nach politisch verantwortbaren und wirtschaftlich realisierbaren Möglichkeiten suchen. Unsere Gesellschaft braucht Sie als Partner in einem demokratischen Prozeß für mehr soziale Gerechtigkeit in Ihrer Region.

Ihr Kampf kann dann auch zu konstruktiven Lösungen in anderen Konfliktregionen der ostdeutschen Länder beitragen.

Wir begleiten Sie weiter mit der Solidarität, zu der wir durch unseren Glauben aufgerufen sind. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Kirchen auf Konzepte für regionale Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern drängen. (...)

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Hartmut Lorenz, Heiko Krebs, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167/169/170, Telefax 030/28467168; Büro Berlin: Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax: 030/28467168; Büro Potsdam: Iris Stoff, Mendelssohn-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/621429; Büro Schwerin: Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/5185137, Telefax 0385/5185109; Büro Greifswald: Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; Büro Dresden: Ulrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; Büro Magdeburg: z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/39906; Büro Erfurt: Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/667816; Herausgeber: Evangelischer Presseverband Ost e.V., Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467162; Geschäftsführer: Christian Meißner; Vertrieb: verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

Jul. 93

Der epd - Landesdienst Ost erscheint zweimal wöchentlich. Sein Bezugspreis beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdruckrechte) 20,00 DM monatlich, die einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Versand ins Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B

70 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

ZUR DOKUMENTATION

"Es geht nicht mehr nur um Bischofferode"

Wortlaut der Erklärung
der Thüringer Kirche zum Hungerstreik

Eisenach (epd). Eine grundsätzliche Wende in der Wirtschaftspolitik gegenüber den ostdeutschen Ländern hat die Leitung der Thüringer evangelischen Kirche in einer Erklärung gefordert, in der sie erstmals zum Hungerstreik der Kalikumpel in Bischofferode Stellung nimmt. "Es geht nicht mehr nur um Bischofferode, sondern um die Kette wirtschaftlicher Zusammenbrüche in Thüringen und darüber hinaus in den neuen Bundesländern überhaupt", betont die Kirchenleitung in ihrer Erklärung, die am 20. Juli in Eisenach veröffentlicht wurde. Wir dokumentieren im Folgenden den Wortlaut der Erklärung:

"Der Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche in Thüringen nimmt betroffen Anteil an den Vorgängen um die Stilllegung der thüringischen Kaligrube in Bischofferode. Er sieht den Hungerstreik der Bergarbeiter mit tiefem Respekt und begreift ihn als einen Akt entschlossenen Widerstandes gegen die weiteren Verluste ostdeutscher Industriegebiete. Daß Menschen mit ihrem Protest bis an eine solche Grenze gehen müssen, ehe sie gehört werden, zeigt, daß das Ausmaß der wirtschaftlichen Fehlentwicklung in den neuen Bundesländern bisher noch nicht begriffen wurde.

Auch wenn für die Kalikumpel jetzt und auf Zukunft sichere Arbeitsplätze geschaffen werden, wird damit das eigentliche Problem nicht gelöst.

Es geht nicht mehr nur um Bischofferode, sondern um die Kette wirtschaftlicher Zusammenbrü-

che in Thüringen und darüber hinaus in den neuen Bundesländern überhaupt. Deswegen sehen wir im Kampf der Kalikumpel ein Symbol für einen landesweiten Widerstand gegen die Bevorzugung westdeutscher Wirtschaft.

Deshalb erklärt sich der Landeskirchenrat mit dem Anliegen der Streikenden solidarisch. Er wendet sich an Landesregierung und Bundesregierung und zugleich an alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Öffentlichkeit, eine grundsätzliche Wende in der Wirtschaftspolitik gegenüber den ostdeutschen Ländern jetzt herbeizuführen.

Das Konzept 'Sanieren durch Privatisieren' ist weithin gescheitert. Es hat die Prozesse ausgelöst, denen immer weitere Arbeitsplätze, Betriebe und Industriestandorte zum Opfer fallen.

Damit es nicht zu einer Explosion durch die immer größer werdenden sozialen Spannungen kommt, muß jetzt eine andere Denkrichtung gesucht und sehr rasch in wirtschaftswirksame Maßnahmen umgesetzt werden.

Aus Verantwortung für die Menschen im Osten unseres Landes, aber ebenso für alle im Westen, die unweigerlich in den Strom der Ereignisse hineingerissen werden, ruft die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen zu einer Koalition der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, in Parteien und Gewerkschaften, in Wissenschaft und Recht, in Kirchen und Verbänden auf, dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten.

Die Spannungen wachsen. Ihnen kann nur noch in einer gemeinsamen Anstrengung aller Verantwortlichen begegnet werden, für die es bisher kein Beispiel gibt, zu der uns aber die Verantwortung für die Menschen und das stellvertretende Handeln der Kalikumpel zwingt."

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Hartmut Lorenz, Heiko Krebs, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167/169/170, Telefax 030/28467168; Büro Berlin: Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax 030/28467168; Büro Potsdam: Iris Stoff, Mendelssohn-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/821429; Büro Schwerin: Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/883137, Telefax 0385/883109; Büro Greifswald: Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; Büro Dresden: Ullrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; Büro Magdeburg: z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/39906; Büro Erfurt: Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/667816; Herausgeber: Evangelischer Presseverband Ost e.V.; Geschäftsführer: Christian Meißner; Vertrieb: verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

Diese Bundestagsabgeordneten
(Diätenhaie) stimmten für die Kalifusion
gegen Kali Bischofferode

10.07.1993



Wilhelm Rave

CDU



Hermann Pohler

CDU



Ulrich Petzold

CDU



Günther Krause



Susanne Jaffke

CDU



Josef Hollerith

CSU



Horst Giebtner



Erich Riedl



Werner Skarvon

SPD



Helmut Kohl

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU

CDU



Arnulf Kriedner

CDU



Otto Schily



Werner Ziwietz

FDP



Jürgen Töck

FDP



Paul Friedhoff

FDP

Wenn heute über Bischofferode geschrieben oder gesprochen wird, herrscht häufig Unklarheit über die Hintergründe. Das liegt daran, daß diese zum einen tatsächlich nicht so leicht zu durchschauen sind, und zum anderen von Treuhandanstalt, Mitteldeutscher Kali-AG (Ost), Kali + Salz AG (West), Bundes- und Landesregierung eher vernebelt als aufgeklärt werden.

Die DDR war 1989 der drittgrößte Kaliproduzent der Welt und der zweitgrößte Kaliexporteur; die alte BRD folgte der DDR auf den Plätzen vier bzw. drei. Frau Breuel hat also recht, wenn sie in diesem Fall einen Verdrängungswettbewerb zwischen West und Ost bestätigt: Mit der Fusion soll die Kaliproduktion in Deutschland bis 1997 nicht nur auf ca. 3,1 Mio. Tonnen jährlich reduziert werden, sondern sie soll im Westen auf die Hälfte und im Osten auf ein Drittel gekürzt werden (Beschluß des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt vom 9. Dezember 1982). Wenn es weiter heißt, daß im Westen später ein Kaliwerk und eine Kaligrube stillgelegt werden sollen und im Osten schon Ende 1993 ein Kaliwerk und eine Kali-Tagesanlage, so wird verschwiegen, daß im Osten bereits die Kaliwerke in Bleicherode, Solstedt, Sondershausen, Roßleben, Dornsdorf und Volkerode geschlossen wurden. Wenn im selben Beschluß behauptet wird, daß die Zahl der Beschäftigten im Westen um 1 744 und im Osten um 1 884 reduziert werden sollen, so wird verschwiegen, daß allein in Thüringen die Zahl der Beschäftigten in der Kali-Industrie von ca. 24 000 auf ca. 1 500 gefallen ist, zum größten Teil ohne die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Die Verdrängung des Ostens war also durch die Treuhand längst begonnen, bevor Bischofferode zum Problem geworden war.

Die Produkte aus Bischofferode sind besonders geeignet

Warum Bischofferode als Konkurrent im Kaligeschäft ausgeschaltet werden soll:

Der große Deal zwischen Treuhand und BASF

Von Dr. GREGOR GYSI

für das sogenannte Mannheimer Verfahren, und sämtliche west- und nordeuropäischen Hersteller von Kaliumsulfat bzw. sulfatischen Mehrnährstoffdüngemitteln, die diese Verfahren anwenden (das betrifft 50 Prozent der europäischen Kapazitäten), setzen die Kaliprodukte aus Bischofferode ein. Für dieses Verfahren gibt es nichts Gleichwertiges in Europa (mit Ausnahme von Rußland, das gegenwärtig nur für den Eigenverbrauch herstellt). So konnte das Kaliwerk Bischofferode von 1988 bis 1992 seinen Absatz kontinuierlich steigern, den Kundenkreis erweitern und erreichte 1991 eine Auslastung von 74,9 Prozent, 1992 von 78,4 Prozent.

In den badischen Anilin- und Sodafabriken (BASF) dagegen wird das sogenannte Kieserit-Verfahren angewendet, und sie brauchen deshalb die Kaliprodukte aus Bischofferode nicht.

Ein Schnäppchen ganz besonderer Art

Alle Begründungen der Treuhandanstalt, die auf die Entwicklung des Weltkalkmarkts verweisen und darauf, daß, wenn Bischofferode nicht schließt, eine andere Grube in Osten schließen müßte, stimmen nicht, dienen lediglich der Verwirrung von Unwissenden. Auch die vorgetragenen Bedenken gegen den potentiellen Investor Peine sind wenig überzeugend. Seine Bonität ist für einen Mittelständler gut, sein Konzept trägt, und die Treuhandanstalt ist schon ganz andere Risiken eingegangen.

Es geht nicht um Bischofferode, es geht um die Kunden von Bischofferode. Werden nämlich gegenüber den west-

und nordeuropäischen Düngemittelherstellern die Lieferungen aus Bischofferode eingestellt, dann kann die BASF in Europa ein Monopol begründen: Die anderen Hersteller müßten entweder durch den Transport wesentlich verteuerte Produkte einführen (und sich gegebenenfalls noch technisch umrüsten) oder sich kostenaufwendig auf das Kieserit-Verfahren umstellen. Das alles braucht die BASF nicht. Nicht Bischofferode „an sich“ ist eine Konkurrenz für die BASF, sondern seine Kundschaft. Hinzu kommt, daß die BASF mit der Schließung von Bischofferode ein Schnäppchen ganz besonderer Art machen würde: Eine der vielen Töchter der BASF ist die Kali + Salz AG.

Aber sie wird gemäß Fusionsvertrag der Mitteldeutschen Kali-AG beitreten (nicht umgekehrt) und damit ein Ost-Betrieb, wenngleich die Anteile 51 Prozent betragen werden. Der „Ostbetrieb“ ist dann zwar faktisch zu 51 Prozent ein „Westbetrieb“, aber es gelten die Rechtsvorschriften für einen Ostbetrieb, zum Beispiel beim Sozialplan, bei Zuschüssen der Treuhandanstalt etc.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt vom 9. Dezember 1992 behält die Treuhand nur 49 Prozent der Anteile, übernimmt aber nach der Fusion in den ersten drei Jahren 90 Prozent, im vierten Jahr 85 Prozent, im fünften Jahr 80 Prozent der Defizite, und zwar „unabhängig von der Ursache“ der Verluste. (Letzteres würde kein seriöser Geschäftspartner je unterschreiben, wohl aber die Treuhand.) Das aber bedeutet, daß sich der fusionierte Kalibetrieb riesige Verluste leisten kann, zum Beispiel durch extrem

billigen Verkauf von Kaliprodukten an die Muttergesellschaft BASF. So kann die BASF die Konkurrenz in Europa auch noch preislich vom Markt verdrängen, und das alles bezahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über

Die ökonomische und technologische Leistungsfähigkeit des Kalischachts Bischofferode wurde nachgewiesen in dem Gutachten des Schweizer Ökonomen Peter Arnold, das ND am 19. Juli ausführlich dokumentierte. In dem nachfolgenden Beitrag betrachtet der Vorsitzende der Bundestagsgruppe der PDS/LL, Dr. Gregor Gysi, einige ökonomische, politische und juristische Hintergründe des Vorgehens gegen Bischofferode.

die Treuhand. Neben den offiziell zugestandenen 1,3 Mrd. DM, die der fusionierte Kalibetrieb von der Treuhand bekommen soll, gibt es weitere, bislang unbezifferte Beträge (Schätzungen belaufen sich auf weitere 2 Mrd. DM) und dann eben noch die millionenschweren Verlustausgleiche für die nächsten fünf Jahre.

Den Ostdeutschen wird dies alles als Transfer von West nach Ost angerechnet, obwohl ein beachtlicher Teil nach West fließt und die Mittel sich als indirekte Subvention an die BASF darstellen.

Dies alles ergibt sich, direkt und auch indirekt, aus dem Fusionsvertrag. Diesen bekommt so gut wie niemand zu sehen. Er wird wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Weder dem

Betriebsrat in Bischofferode und noch nicht einmal den Mitgliedern des Treuhandausschusses des Bundestages lag er vor. Das sagt allerdings auch sehr viel über diese Politiker aus, die einer Fusion zustimmen, ohne den Vertrag vollständig zu kennen, der dieser Fusion zugrunde liegt.

Der Plan ist fast genial, auch wenn er weder sozial noch marktwirtschaftlich ist. Und es wäre auch alles gutgegangen, wenn es nicht die Kali-Kumpel in Bischofferode gäbe. Sie haben begriffen, daß sie den Monopolinteressen der BASF zum Opfer fallen sollen, obwohl sie rentabel produzieren könnten.

Kumpel wollen in ihrer Grube Arbeit

Zu wenige wundern sich über die Verzerrungen von Politik und Wirtschaft, denn Bundes- und Landesregierung bieten den Kumpeln Bezahlung ohne Arbeit an. Einzige Bedingung: Bischofferode

darf trotz hoher Auslastung nicht produzieren (der DDR wurde in solchen Fällen verdeckte Arbeitslosigkeit vorgeworfen). Aber die Kali-Kumpel wollen eben nicht nur bezahlt werden – sie wollen auch Arbeit. Und sie wissen, daß es in ihrer Grube genug Arbeit gäbe. Für sie ist es moralisch indiskutabel, wenn ihre Arbeit darin bestehen soll, ihre eigene Grube zu zerstören. Auch sind sie inzwischen mißtrauisch geworden, denn zu oft wurden sie getäuscht. Hier sollen nur zwei Beispiele angeführt werden.

Der Bundestagsabgeordnete der CDU aus Thüringen, Udo Haschke, hat ihnen gegenüber immer wieder erklärt, daß er sich für den Erhalt des Betriebes einsetzen wird. Er stimmte auch im Treuhandausschuß

gegen den Mehrheitsbeschluß, der das Ende für Bischofferode bedeuten soll. Aber hinter dem Rücken der Kumpel schrieb er am 12. Juli 1993 einen Brief an den Bundeskanzler, in dem er darum bat, „eine zeitliche Streckung der Schließung der Grube zu ermöglichen“. Also doch Schließung, nur nicht sofort. Und er versuchte auch, den Bundeskanzler politisch zu motivieren: Andernfalls würde die PDS die Situation nutzen, „um flächendeckende Unruhen zu provozieren“. Abgesehen davon, daß dies eine Überschätzung der PDS darstellt, ihre Motivation auch falsch wiedergibt, ist am erstaunlichsten, daß er nicht einmal begriffen hat, worum es geht. Ansonsten wäre ihm nämlich klar gewesen, daß für die Bundesregierung genau eine Streckung der Betriebsstilllegung nicht in Frage kommt, denn dann würden die Kunden von Bischofferode weiterhin beliefert werden.

Noch abenteuerlicher ist es, wenn der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, Herr Dr. Peter Struck, am 12. Juli 1993 den Antrag der Gruppe PDS/LL für eine Debatte zu Bischofferode im Bundestag u. a. mit folgender Begründung ablehnt: „Mich erfüllt das Auftreten der PDS im Deutschen Bundestag mit einiger Verbitterung – sie hat ja ausdrücklich die Rechtsnachfolge der SED angetreten –, wenn sie sich zum Anwalt von Menschen aufspielen wollen, denen sie durch ihre falsche Politik, in deren Rechtsnachfolge sie sind, zu diesem Elend verfallen haben.“ Die Verwendung dieses Standardarguments gegen den Antrag der PDS/LL zeugt entweder von Böswilligkeit oder aber davon, daß sich Herr Struck nie da-

mit beschäftigt hat, worum es in Bischofferode geht. Denn gerade das Kaliwerk in Bischofferode war am allerwenigsten eine Altlast. Und die BASF ist nun zweifellos keine Altlast der DDR, sondern wenn überhaupt, dann eine der BRD.

Falsch verstanden oder sogar belogen

So mußten die Kali-Kumpel immer wieder feststellen, daß sie entweder nicht verstanden oder sogar belogen wurden. Und daraus resultiert dann auch Bitterkeit, die gegenwärtig Politikerinnen und Politiker dort zu spüren bekommen.

Gegenwärtig scheint es keinen Kompromiß zu geben. Die Regierung besitzt offenbar nur Spielraum in einer irgendwie gearteten Beschäftigung der Kali-Kumpel und ihrer Bezahlung, nicht aber bei der Fortsetzung der Produktion im Kaliwerk Bischofferode. Die Kali-Kumpel dort wollen aber genau dies und nichts anderes. Es gibt nur eine politische und wirtschaftlich vertretbare Lösung: Das Kaliwerk in Bischofferode wird privatisiert. Herr Peine respektiert zwar die Regierungsentscheidung, wäre aber bei einer Änderung der Entscheidung nach wie vor bereit, zu seinem Angebot zu stehen.

Findet die Fusion der Kali + Salz AG und der Mitteldeutschen Kali-AG dennoch statt, meinen wir sogar mit gewissen Subventionen, so muß die BASF gezwungen werden, darauf zu verzichten, ihren Konkurrenten die Lieferung des Grundstoffs durch Bischofferode abzuschneiden. Aber das würde voraussetzen, daß sich die Bundesregierung zumindest gegen Teilinteressen der BASF stellt, die dann kein so leichtes Spiel auf dem europäischen Markt hätte. Ob ihr dies zuzutrauen ist, sei dahingestellt. Wenn es überhaupt jemand schaffen kann, daß die Bundesregierung sich diesbezüglich bewegt, dann die solidarisch unterstützten Kali-Kumpel aus Bischofferode.

